



# „DIE LINKE“ STELLEN

HANDREICHUNGEN ZUR POLITISCHEN AUSEINANDERSETZUNG

RUDOLF VAN HÜLLEN

ISBN 978-3-940955-70-8



## INHALT

### 5 | VORWORT

### 7 | 1. EINLEITUNG

### 10 | 2. WER ODER WAS IST „DIE LINKE“?

2.1	Historische Wurzeln: eine Partei der Diktatur.....	11
2.2	Von der PDS zur „Linken“ .....	18
2.2.1	Die „pluralistische Strömungspartei“ .....	19
2.2.2	Parteiführung und Basis .....	22
2.2.3	Was ist neu an der fusionierten „Linken“?.....	25
2.3	Elemente des Politikverständnisses .....	28
2.3.1	Politik als Machtfrage.....	30
2.3.2	Politik als Sendebewusstsein.....	31
2.3.3	Das Grundrechtsverständnis der „Linken“ .....	33
2.4	Elemente des Traditionsverständnisses:	
	„Die Linke“ und die SED-Diktatur .....	38
2.4.1	Die DDR als „legitimer Versuch“ und andere Rechtfertigungsmodelle.....	40
2.4.2	Schatten der Staatssicherheit: die Leiche im Keller .....	44
2.4.3	Furchtbare Vorbilder: Lenin, Liebknecht, Luxemburg und andere.....	46

### 50 | 3. UMRISSE DES „DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS DER „LINKEN“

3.1	Marxismus als System- oder Kapitalismuskritik? .....	51
3.1.1	„Antikapitalismus“ als Wirtschaftskritik.....	51
3.1.2	„Antikapitalismus“ als Systemkritik.....	54
3.1.3	Wege zum „demokratischen Sozialismus“ .....	56
3.2	Sozialistische Wirtschaft: staatlich gelenkte Ökonomie.....	62
3.2.1	„Die Linke“ und die Marktwirtschaft .....	62
3.2.2	Die Wirtschaftsvorstellungen der „Linken“ und die EU .....	68
3.3	Sozialpolitik: ungedeckte Wechsel auf die Zukunft .....	69
3.3.1	Beschäftigungspolitik .....	72
3.3.2	Rentenpolitik .....	74
3.3.3	Wohnungspolitik .....	77
3.4	Finanzpolitik: Lizenz zum Gelddrucken?.....	78
3.5	Kultur, Medien, Öffentlichkeit unter „geistiger Hegemonie“ der „Linken“.....	83
3.6	Außen- und Sicherheitspolitik der „Linken“ .....	88
3.6.1	Die „konsequente Friedenspartei“: Aufguss des traditionellen Antiimperialismus .....	88
3.6.2	Das Agitationsmuster „völkerrechtswidrige Angriffskriege“.....	93
3.6.3	Neue Freunde in aller Welt: Castro, Chávez & Co.....	98

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,  
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch  
elektronische Systeme.

© 2009, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim.  
Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.  
Printed in Germany.  
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-940955-70-8

## 102 | 4. TECHNIKEN DER POLITIKUMSETZUNG

4.1 <i>Imagebildung durch Personalisierung: Gregor Gysi und Oskar Lafontaine</i> .....	102
4.1.1 <i>Der Fall Gysi</i> .....	103
4.1.2 <i>Der Fall Lafontaine</i> .....	106
4.2 <i>Populistische Irreführung: Eine linke Partei auf Abwegen</i> .....	110
4.3 <i>Semantische Mimikry: Umdeutung von Begriffen und Werten</i> .....	116
4.4 <i>Agitationsmethoden</i> .....	119
4.4.1 <i>Vereinnahmungstechniken: „Die Linke“ als „Ostpartei“</i> .....	119
4.4.2 <i>Selektive Wahrnehmung und maßstabsloser Vergleich</i> .....	122
4.4.3 <i>„Lob der Dialektik“: Techniken politischer Täuschung</i> .....	125

## 130 | 5. ERGEBNISSE: WIE UMGEHEN MIT DER „LINKEN“?

## 135 | ANHANG: PROGRAMMDOKUMENTE DER PDS BZW. DER LINKEN

## 136 | DER AUTOR

## VORWORT

60 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution hat sich die Demokratie in Deutschland, so wie sie die Gründungsmütter und -väter im Grundgesetz fixierten, als stabil erwiesen. Die Ausgestaltung unseres Grundgesetzes ist auch auf die Erfahrungen der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus zurückzuführen: Im Wissen um die Fragilität eines demokratischen Staatswesens wurden mit einer Ewigkeitsklausel die Grundrechte und Strukturprinzipien Deutschlands gesichert. Trotzdem gilt es, gegenüber extremistischen, sich gegen die Demokratie richtenden, Strömungen wachsam zu sein. Die Auseinandersetzung mit Extremisten, ihren Argumenten, Zielen und Methoden zur Durchsetzung ist unverzichtbar. Denn Extremisten sind keine Demokraten; sie lehnen unsere demokratische Grundordnung ab. Den Müttern und Vätern des Grundgesetzes ging es darum, die Bundesrepublik Deutschland gegen Diktaturanhänger jedweder Richtung, ob Rechts oder Links, zu schützen.

Um sich der Auseinandersetzung mit Extremisten zu stellen, braucht es nicht nur Regelungen zur „wehrhaften Demokratie“ wie sie die Bundesrepublik Deutschland in ihrem Grundgesetz verankert hat. Sondern es sind auch informierte, aufgeklärte, argumentativ starke Bürger notwendig. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich im Rahmen ihrer Politischen Bildung zum Ziel gesetzt, Bürgerinnen und Bürger gegen jedweden Extremismus fit zu machen: Hierzu gilt es, sie zu informieren, ihnen durch die Bewertung von Fakten Orientierung zu geben und sie zu befähigen, sich auch aktiv gegen Extremismus einzusetzen.

Nachdem die Politische Bildung im Jahr 2008 ein „Informationspaket gegen den Rechtsextremismus und -populismus“ erstellt hat, legt sie hiermit eine Handreichung zur politischen Auseinandersetzung mit Linksextremisten und -populisten vor.

Ziel dieser Publikation ist es,

- über „Die Linke“, ihren Weg von der SED über die PDS zur heutigen Ausprägung zu informieren,
- den ideologischen Unterbau der „Linken“ sowie ihre Positionen in einigen Politikfeldern offenzulegen und
- die Methoden der „Linken“ bei der Ansprache der Bürger darzustellen.

Die Ausführungen werden mit Erläuterungen zum Hintergrund sowie Argumentationsfiguren, Begriffserklärungen und Originalzitaten der „Linken“ plastisch gemacht.

Wir danken dem Autor, Rudolf van Hüllen, für seine faktengesicherte Ausarbeitung und erhoffen uns viele Leser, denn nur wer sich über „Die Linke“ informiert, weiß, wessen Geistes Kind sie ist und kann für sich selbst entscheiden, welcher Partei er die Geschicke der Zukunft unseres Landes anvertraut.

Wesseling, im April 2009

*Dr. Melanie Piepenschneider*  
*Leiterin*  
*Hauptabteilung Politische Bildung*  
*der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.*

*Dr. Werner Blumenthal*  
*Leiter Abteilung Bildungswerke*  
*und -zentren der Hauptabteilung*  
*Politische Bildung*

## 1. EINLEITUNG

Juli 2007: Die „Linkspartei.PDS“ und die „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ (WASG) schließen sich zusammen. Die Wirkungen in der öffentlichen Wahrnehmung sind beträchtlich. Wie Umfragen belegen, sind die Bürger der Republik verbreitet der Meinung, eine völlig neue Partei sei entstanden, die von Oskar Lafontaine geführt werde und aus honorigen Gewerkschaftern bestehe. Das Publikum assoziiert mit der „Linken“ überdies vor allem eine Partei, die um soziale Gerechtigkeit bemüht sei. Die Partei erzielt vor allem in den alten Bundesländern bis dahin nicht erreichte Wahlergebnisse.

Ist die Wahrnehmung des Publikums von den Fakten gedeckt? 60.000 Mitglieder, die ganz wesentlich noch aus dem Kernbestand des Staats- und Parteiapparates der SED-Diktatur stammen, haben sich mit etwas mehr als 10.000 Westdeutschen zusammengeschlossen, unter denen tatsächlich viele enttäuschte Gewerkschafter sind. Die beiden Parteiführer, der ehemalige SED-Funktionär Gregor Gysi und der frühere SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine, kennen sich seit langem. Zum vierten Mal hat die Staatspartei SED den Namen gewechselt (von SED zu SED-PDS im Dezember 1989, zu PDS im Februar 1990, zu „Linkspartei.PDS“ 2005). Ist jedesmal eine neue Organisation entstanden? Sind die Namensänderungen Ergebnis heftiger Anstrengungen, sich von der Staatspartei der Diktatur in eine ehrbare demokratische Partei zu wandeln? Oder handelt es sich möglicherweise in erster Linie um den Versuch, Spuren zu verwischen?

Tatsache ist: Bei keiner Partei wird in der Öffentlichkeit so wenig nachgefragt wie bei der „Linken“, ob die Selbstdarstellung auch der Substanz der Sache entspricht. Ihre telegenen Matadore mit unbestreitbaren kommunikativen Befähigungen sind in den Medien weit überdurchschnittlich präsent, aber fast niemand stellt ihnen kritische Fragen.

Das erstaunt umso mehr, als der früheren Staatspartei immer noch amtlich bestätigt wird, in der Demokratie nicht angekommen zu sein. Der Bundesminister des Innern sieht nach Prüfung an den vom Bundesverfassungsgericht 1952 normierten Elementen der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ weiterhin – in der gestelzten Gesetzessprache – „Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen“ bei der Partei<sup>1</sup>. Deshalb ist er verpflichtet, sie im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2007 zu beschreiben. Er bescheinigt der Partei auch nach der Fusion ein „ambivalentes Erscheinungsbild“, das weiter sorgfältig zu beobachten und zu analysieren sein werde.<sup>2</sup> Dies bedeutet im Klartext: „Die Linke“ steht nach verfassungsrechtlichen Kriterien außerhalb des Verfassungsbogens.

In der Praxis bedeutet dies offenbar nahezu nichts mehr. In der Hauptstadt ist sie seit Jahren Koalitionspartner, die Mitwirkung ihrer Kader in Landesparlamenten und in kommunalen Vertretungskörperschaften sind Normalität geworden. Die Partei hat sich in die Regeln und Umgangsformen der Demokratie und der Verwaltung längst eingewöhnt und verhält sich dem entsprechend. Anders als rechtsextremistische Parteien tritt sie in der Regel mit leisen Tönen auf. Tatsächlich muss sie – anders als die NPD beispielsweise – nicht befürchten, jemand beabsichtige, sie zu verbieten.

Das heißt aber nicht, dass man sich mit ihr nicht politisch auseinander zu setzen hätte. Im Gegenteil: „Die Linke“ benötigt Kritik schon aus zwei Gründen: Erstens, weil sie angeblich in die bundesdeutsche Gesellschaft hinein unterwegs ist und es nahe liegt, ihren Kurs aufmerksam zu beobachten und zweitens, weil sie jene Kritik, die sie als linke Partei ständig gegen das bundesdeutsche Politik- und Gesellschaftssystem wendet, auch gegen sich selbst gelten lassen muss. Kritik beginnt damit, Fragen zu stellen. Sie können sich auf die Prüfung jener politikwissenschaftlich-juristischen Definitionselemente von Extremismus beziehen, die oben erwähnt wurden. Sie können aber auch kritisch nachfragen, wer diese Partei eigentlich ist, auf welchen Wahrnehmungsstrukturen das Denken ihrer Mitglieder beruht, welchen Traditionen und Prägungen sie nach-

hängt, welche öffentlich bekundeten oder auch aus taktischen Gründen eher verschwiegenen Fernziele sie ansteuert und – last not least – welche Folgen es für die Bundesrepublik hätte, wenn sie Gelegenheit hätte, mit ihren Absichten Ernst zu machen. Dafür bedarf es nicht der Feststellung einer „extremistischen Ausrichtung“, denn es ist nicht extremistisch, eine Wirtschaftspolitik zu propagieren, die Innovation und Investition zum Erliegen bringt, und es ist auch nicht extremistisch, sich aus der Solidarität der zivilisierten Nationen bei Kampf gegen den islamistischen Terrorismus auszuklinken. Nur sind die absehbaren Folgen in beiden Fällen gravierend.

Und schließlich ist daran zu erinnern, dass die Demokratie des Grundgesetzes aus der Auseinandersetzung mit zwei deutschen Diktaturen entstanden ist: der nationalsozialistischen 1933-45 und der realsozialistischen 1945-89. Die Befragung einer früheren Diktaturpartei ist daher auch eine moralische Sorgfaltspflicht, die der Gesellschaft gegenüber den Opfern der Gewaltherrschaft obliegt. Da ist es erfreulich zu lesen, dass sich „Die Linke“ an solchen Maßstäben messen lassen will.

„Mit Recht legen Bürgerinnen und Bürger an die Politik der Sozialistinnen und Sozialisten strenge ethische Maßstäbe an. Es sind auch unsere Maßstäbe. Politik und Moral sind in unserem Verständnis nicht zu trennen. Das politische Wort und die politische Tat müssen eine Einheit bilden. Die gewählten Mittel der Politik dürfen nicht in Gegensatz zu den erklärten Zielen unserer Partei geraten. Der redliche Umgang mit Tatsachen und die Bereitschaft, aus ihnen die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen, bilden die Grundlage von Glaubwürdigkeit.“ (PDS-Programm 2003, S. 34.)

Nehmen wir sie beim Wort.

1| *Sehr im Unterschied zu ihrer eigenen agitatorischen Darstellung wird „Die Linke“ nicht „nachrichtendienstlich observiert“ oder „überwacht“. Der Verfassungsschutz beschreibt und bewertet die verfassungsrechtlich gesehen bedenklichen Segmente dieser Partei, wobei er ausschließlich offen zugängliches Material benutzt. Bei seinen Berichten handelt es sich also um amtliche Rapporte, die auf den gleichen Materialien beruhen, die auch Wissenschaftlern oder Journalisten zur Verfügung stehen.*

2| *Verfassungsschutzbericht 2007, Vorabfassung, S. 106.*

## 2. WER ODER WAS IST „DIE LINKE“?

Politische Parteien sind auf Dauer angelegte Zusammenschlüsse gleichgesinnter Bürger, die einer Durchsetzung gemeinsamer politischer Ziele dienen. Deren Gestalt und konkrete Ausformung mag sich im Laufe der Zeit wandeln, wenn sie völlig entfallen, wird sich der Zusammenschluss auflösen. Jede Partei wird also von einem Kernbestand politischer Grundüberzeugungen, Werte, Traditionen und Mentalitäten geprägt sein, die sich nicht zuletzt aus ihrer Geschichte ergeben. Man kann sich die Unionsparteien nicht ohne christlich geprägte Werte und konservative Grundeinstellungen denken, die Liberalen nicht ohne ihren Bezug zu individueller und wirtschaftlicher Freiheit, die Sozialdemokraten nicht ohne die Tradition der ältesten demokratischen Partei in Deutschland.

In pluralistischen Gesellschaften können Parteien daher immer nur einen Teil des politischen Gesamtspektrums abbilden, darauf verweist schon die Bezeichnung Partei, die aus dem lateinischen *pars*, Teil, abgeleitet ist. In pluralistischen Gesellschaften ist daher die Aufgabe einer Partei nicht erledigt, wenn sie ihre Vorstellungen zeitweilig in der Regierung durchsetzt, und sie entfällt auch dann nicht, wenn die Partei längere Zeit in der Opposition verharrt.

Völlig davon abweichend präsentiert sich – schon nach seinem Grundverständnis – der Typus der kommunistischen, marxistisch-leninistischen Kaderpartei. Als streng geschlos-

sener politischer Kampfverband mit militärischer Disziplin zielt er nicht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Pluralismus, sondern auf dessen Überwindung und die gewaltsame Homogenisierung der Gesellschaft nach seinen Vorgaben. Marxistisch-leninistische Kaderparteien verstehen sich gerade nicht als „Teil“, sondern als einzige legitime politische Kraft; sie beanspruchen hundertprozentige Hegemonie über die Gesellschaft und trachten danach, andere, nach ihrem Verständnis „falsche“ Auffassungen, restlos zu vernichten.

Die DDR als kommunistische Diktatur ohne legalen politischen Pluralismus war das Werk einer solchen Partei, der SED. Die heutige „Linke“ ist juristisch mit dieser SED identisch. Natürlich hat sie sich unter veränderten Rahmenbedingungen einer parlamentarischen Demokratie erheblich gewandelt. Der Weg war steinig für sie; wenn man seine Länge in Rechnung stellt, nötigt schon der Mut, ihn zu beschreiten, einen gewissen Respekt ab.

Auch hier sind Fragen zu stellen: Können Selbstverständnis, Ziele, Traditionsbezüge unter dem Zwang veränderter Rahmenbedingungen einfach ausgetauscht werden? Und falls ja, warum hat man dann nicht einen vollständigen Neuanfang gewagt? Was von der Wandlung war echt, was der Versuch, sich nach außen ein neues Image zu geben?

### 2.1 HISTORISCHE WURZELN: EINE PARTEI DER DIKTATUR

Die Traditionsbezüge der „Linken“ begannen nicht etwa 1946 mit der Gründung der SED, sondern 1917, als die Kommunisten die Arbeiterbewegung spalteten und dann 1918/19 gegen die sozialdemokratische Republik einen Putsch anzettelten. Zur prägenden Tradition der „Linken“ gehört auch die Stalinisierung der KPD und ihre Degeneration zu einem Dienstleister sowjetischer Politik. Jene KPD-Kader, die im April 1946 mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht die ostdeutsche Sozialdemokratie mit ihrer Partei zwangsvereinigten, hatten zumeist die Stalinschen Säuberungen in den 1930er Jahren in der Sowjetunion erlebt, überlebt und zum Teil aktiv mit betreiben dürfen. Sie waren bereits 1944 von der KPdSU als Sachwalter ihrer sozialistischen Okkupationspolitik fest eingeplant worden. Bei dieser Rolle blieb es bruchlos bis zum Sturz des Politbüros im Herbst 1989. Lediglich einmal, um die Mitte der 1980er Jahre, war die SED ein Stück weit von sowjetischen Vorgaben abgewichen: als sie am Stalinismus der Ulbricht-/Honecker-Ära auch gegen die Reformen

Gorbatschows festhielten. Ihre Trennung von der Macht erfolgte nicht freiwillig, sondern durch den Erfolg der friedlichen Revolutionen in Ost-Europa und den Entzug der sowjetischen Rückendeckung.

Der Versuch, sich von stark belastenden Aspekten ihrer Geschichte zu trennen, scheiterte auf einem außerordentlichen Parteitag der SED am 8./9. Dezember 1989, als ein Antrag, die Partei aufzulösen, abgelehnt wurde. Stattdessen erhielt sie eine neue Führung, einen neuen Namen und sie distanzierte sich rhetorisch vom Stalinismus.

Hintergrund: Die Sache mit der „Kommunistischen Plattform“ (KPF)

Der deklamatorische „Bruch mit dem Stalinismus als System“ bezog sich augenscheinlich nur auf eine Verurteilung des so genannten Hochstalinismus von den 1930er Jahren bis zum Tod des Diktators 1953 und schloss originellerweise keineswegs die Trennung der Partei von Stalinisten ein. Deren organisatorischer Kern ist die KPF, gegründet am 30.12.1989. Einer ihrer Funktionäre berichtet, man habe ursprünglich beabsichtigt, eine eigene Kommunistische Partei zu bilden, sei aber von Gregor Gysi davon abgebracht und gebeten worden, in der SED-PDS zu bleiben (Eberhard Czichon, in: Mitteilungen der KPF 9/1996, S. 2). Vielleicht erklärt dies die Beharrlichkeit, mit der die „Reformer“ sich immer wieder hinter die KPF stellen, so z.B. Lothar Bisky im Zentralorgan der DKP, *Unsere Zeit* vom 5. Februar 1993: „Ich bin – froh, dass es die Kommunistische Plattform gibt. Sie ist, scheint mir, sehr aktiv und eine wichtige Kraft. Ich bin auch ständig im Gespräch mit ihr. Ich selber gehöre ihr nicht an. Aber dass es sie gibt, ist ungeheuer wichtig für die PDS. In der Pogrammdiskussion – so ist mein Eindruck – hat sie uns zu einer Reihe von Gedanken verholfen. Ich habe überhaupt keine Lust, mich von der kommunistischen Plattform in der PDS in irgendeiner Weise abzugrenzen.“

Ein günstiges Licht auf den „Bruch mit dem Stalinismus als System“ wirft das gerade nicht, auch wenn die KPF heute auf ein paar hundert alte Mitglieder geschrumpft ist. Und die Sache blieb kein Einzelfall. Noch 2008 enthüllte der DKP-Vorsitzende Heinz Stehr (in: *junge Welt* vom 11. Januar 2008), Gysi habe wiederum seiner Partei 1990 ebenfalls den Status einer Kommunistischen Plattform in der PDS angeboten.

Die Plattform wird heute von der 1971 geborenen Sahra Wagenknecht repräsentiert. Deren Originalton hörte sich 1992 so an: „Was immer man – berechtigt oder unberechtigt – gegen die Stalin-Zeit vorbringen mag, ihre Ergebnisse waren jedenfalls nicht Niedergang und Verwesung, sondern die Entwicklung eines um Jahrhunderte zurückgebliebenen Landes in eine moderne Großmacht während eines weltgeschichtlich einzigartigen Zeitraums.“ Stalins Politik sei „in ihrer Auslegung, ihren Zielen, und wohl auch in ihrer Herangehensweise die prinzipientreue Fortführung der Leninschen Politik“<sup>1</sup> gewesen. Zumindest mit Letzterem hatte sie Recht.

Der Verzicht auf die Auflösung der SED wurde Ende 1989 von Gysi mit finanziellen Erwägungen begründet; die SED-PDS hätte sonst ihr Vermögen verloren, außerdem seien die Beschäftigungsverhältnisse für die hauptamtlichen Mitarbeiter in Gefahr gewesen. Dies mag man unter pragmatischen Gesichtspunkten nachvollziehen können, aber ein Beleg für einen glaubwürdigen Bruch mit der Vergangenheit stellt es gerade nicht dar.

Juristisch bedeutet das Fortbestehen der SED: Die heutige „Linke“ ist nicht etwa – wie beharrlich, aber falsch, durch die Medien geschrieben wird – die *Nachfolgepartei* der SED, sondern *mit ihr identisch*. Der Versuch, sich eine neue Identität zu geben, musste daher in Kontinuität zur SED, nicht im Bruch mit ihr, erfolgen. Das begrenzte von vornherein die Glaubwürdigkeit einer umfassenden Erneuerung und Demokratisierung.

Ein erheblicher Teil der damaligen Mitglieder ist diesen Weg nicht mitgegangen. Von ursprünglich mehr als zwei Millionen Mitgliedern war die SED bereits im Dezember 1989 auf 1.780.000 geschmolzen. Im Mai 1990 waren noch 450.000 übrig. Hans Modrow diktierte dem ND am 26. Oktober 1993, die PDS sei eine Partei, die sich zu fast 90 % aus ehemaligen SED-Mitgliedern zusammensetze und nicht mehr aus solchen, die der sozialistischen Idee früher nur aus Karrieregründen gehuldigt

hätten. Natürlich waren sehr viele Menschen aus opportunistischen Gründen in der Staatspartei gewesen und hatten sie nach dem Ende der Diktatur unmittelbar verlassen. Aber wenn es tatsächlich diese „Karristen“ gewesen waren, die ausgetreten sind, wer war dann noch in der Partei verblieben? Bis Mai 1990 ist verbürgt, dass die zu diesem Zeitpunkt noch 10.000 (!) hauptamtlichen Parteifunktionäre der Partei die Treue gehalten haben. Zwar wurde ihre Zahl in den nächsten Monaten nachdrücklich verringert, aber der Befund ist eindeutig: Die PDS in ihrer immer stärker schrumpfenden Form (Ende 1990 auf 280.000, Ende 1995 auf 120.000, Ende 2000 auf 88.000, Ende 2005 auf 61.500 Mitglieder) ist der harte (und wohl zu allererst: stalinistische) Kern des SED-Parteiapparates, der Staats- und Wirtschaftseliten der DDR und ihrer bewaffneten Kräfte (NVA, Polizei, MfS). In jenem Frühjahr 1990 bezifferte die Partei den Zulauf junger Menschen seit Beginn ihres „Erneuerungsprozesses“ auf 1.300 Personen. Damals waren – nach Angaben der Partei – 11 % der Mitglieder jünger als dreißig Jahre, aber 40 % im Rentenalter.<sup>2</sup> Inzwischen ist die Überalterung drastisch fortgeschritten. Im Jahre 2000 waren nur noch 3 % der Mitglieder jünger als dreißig Jahre, 68 % aber älter als sechzig. In den neuen Bundesländern betrug deren Anteil sogar mehr als 80 %.<sup>3</sup> Diese vor 1940 Geborenen haben ihr gesamtes bewusstes Leben in der SED-Diktatur verbracht, sie mit aufgebaut, als Selbstverständlichkeit oder sogar Heimat wahrgenommen. Es kann nicht erwartet werden, dass sie weltgewandt und politisch beweglich sind: Auch die weitaus meisten SED-Mitglieder waren von der Situation des Eingeschlössenseins zwischen Elbe und Oder betroffen. Mit den Wandlungsschüben der Transformation sind sie nicht nur überfordert, sondern sie sind ihnen, weil nicht herbeigewünscht, verhasst.

#### Argumentationstipp:

Keine Partei in Deutschland verkündet über ihre Herkunft so viel Falsches wie „Die Linke“. So heißt es einleitend im Programm der PDS von 2003: „Die Ursprünge unserer Partei liegen im Aufbruch des Herbstes 1989 in der DDR, als wir aus der SED heraus dazu beitragen wollten, die Gesellschaft der DDR umfassend zu reformieren.“ In einem Kommentar, der bereits 1997 als Teil der Programmdiskussion erschienen ist, wird diese erstaunliche Aussage präzisiert: „Die Auseinandersetzung innerhalb der SED war für uns ein Kampf für einen anderen, einen modernen Sozialismus. Wir wollten die Partei reformieren, um mit ihrer Hilfe eine demokratische Reform der Gesellschaft und den Aufbruch in einen modernen Sozialismus zu beginnen.“<sup>4</sup> Die Verfasser dieses „Wir“ sind sieben unstreitig den Reformern der PDS zuzurechnende Autoren, denen man ihre Schwierigkeiten mit der SED des Jahres 1989 glauben kann. Aber weder der Satz im Programm, noch der im Kommentar treffen für die Partei insgesamt zu, allenfalls für eine ganz schmale Schicht in ihr. Die SED-PDS versammelte 1989/90 einen erheblichen Teil der SED-Diktatureliten, die durch Umstände, die sie weder gewünscht hatten, noch aufhalten konnten, von der Macht getrennt wurden. Es ist eine Täuschung des Publikums, wenn die Partei hier versucht zu suggerieren, Zehntausende von SED-Traditionalisten und MfS-Offiziere hätten nach oft mehreren Jahrzehnten Dienstaltes in der SED plötzlich Ende 1989 den heißen Wunsch nach einer Demokratisierung der DDR verspürt. Woher hätten sie den nehmen sollen? Mit der Fusion zwischen Linkspartei.PDS und WASG hat die Operation „Spuren verwischen“ bei der „Linken“ neue Facetten gewonnen. Ein gutes Beispiel sind die Ausführungen Oskar Lafontaines im *Spiegel* (Ausgabe vom 25. August 2008):

„Lafontaine: DIE LINKE regiert seit einem Jahr in Berlin mit. Seit einem Jahr gehen die Umfrageergebnisse nach oben.

SPIEGEL: DIE LINKE regiert schon länger mit, nur hieß sie damals anders.

Lafontaine: Nein, DIE LINKE ist eine politische Kraft, die erst seit einem Jahr existiert. Sie müssen umdenken.“

Die Mitgliedersozio­logie bot den „Reformern“ und „Modernisierern“ in der Partei also extrem schlechte Voraussetzungen, die einzig dadurch relativiert wurden, dass die Genossen klassische kommunistische Parteidisziplin internalisiert hatten: Sie waren gewohnt, dass oben entschieden

und unten nur ausgeführt wurde („Demokratischer Zentralismus“). Trotzdem: dass unter solchen Umständen das Image der SED gravierend modernisiert und von einer seit Jahren zunehmenden Anzahl von Wählern offenbar nicht als äußerer Schein, sondern als Substanz der Sache wahrgenommen werden konnte, gehört mit zu den eigentlichen Leistungen der „Reformer“.

Tatsächlich ist die von oben gesteuerte Modernisierung der SED – wobei man einmal dahin gestellt sein lassen kann, ob sie ernst gemeint war oder nicht – keineswegs als einheitlicher kontinuierlicher Prozess, sondern unter vielerlei Rückschlägen erfolgt. In hohem Maße anerkanntswert war, wie schnell sich die völlig verkrustete Partei Anfang 1990 von marxistisch-leninistischen Dogmen trennte, die Jahrzehnte unter dem Motto „Die Lehren von Marx und Engels sind ewig, weil sie wahr sind“ unangefochten geherrscht hatten. Diese anfängliche Schocktherapie, verordnet von Leuten aus den Think Tanks der Partei, die allerdings auch mit westlichem, sozialdemokratischem und ökologischem Gedankengut vertraut waren, hat enorme Herausforderungen an die verbleibende „Basis“ gestellt. Das kann man auch nicht dadurch relativieren, dass eine Reihe dieser Dogmen wie das Machtmonopol der SED einfach durch die friedliche Revolution zerstört wurden. Allerdings gab es immer wieder gegenläufige Entwicklungen, vor allem, wenn der Reformdruck auf die Partei nachzulassen schien, so ab dem Zeitraum der ersten merklichen Wahlerfolge 1993. Damals schrieben Kritiker in der PDS: „Die restaurativ-reaktionäre Richtung in der Partei attackiert heute offen den überstürzten und eilfertigen ‚Gegenstalinismus‘ der Anfangszeit und betreibt historischen Revisionismus bezüglich der Stalinzeit. Nicht unberechtigt registriert sie, dass sich in der PDS die Stimmungen zu ihren Gunsten verschieben.“<sup>5</sup>

Dieser „Revisionismus“ bezog sich auf den historischen Mainstream, der die KPD-SED seit den 1930er Jahren bis 1989 geprägt und 1956 im Zuge der „Tauwetter-Periode“ eine vorübergehende Lockerung empfangen hatte, den Stalinismus als ganz gewöhnliche Ausprägung des Marxismus-Leninismus. Er hielt offenbar auch länger an, denn noch am 12. Juni 2006 sah sich die Parteiführung veranlasst, zu verkünden: „Der Parteivorstand wendet sich gegen Versuche, die kritische Aufarbeitung der Geschichte durch die Linkspartei.PDS zurückzudrehen und die für die Gesellschaft der DDR auch prägenden autoritären Strukturen zu relativieren“.<sup>6</sup>

Da Stalinismus aber im Westen durch seine Massenverbrechen historisch diskreditiert war und eine Partei, die sich mit ihm weiter identifiziert hätte, niemals die Akzeptanz anderer, auch revolutionär-linker Kräfte aus dem Westen gefunden hätte, verkündete PDS-Vordenker Michael Schumann schon auf dem Parteitag im Dezember 1989 die „Entstalinisierung“: „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System“.

Seit 1990 beschäftigte sich eine Reihe von „Stalinismus-Konferenzen“ damit, diese Schlacken loszuwerden. Dazu gehörte auch, dass in den 1950er Jahren von stalinistischen Säuberungen betroffene SED-Mitglieder von ihrer Partei „rehabilitiert“ wurden. Die sind noch in den 1990er Jahren im Wesentlichen an ihr Ende gekommen und die Diskussion gilt als abgeschlossen. Zum Jahrestag des Mauerbaus am 13. August 2001 erklärte der Parteivorstand der PDS: „Die PDS hat sich vom Stalinismus unwiderruflich befreit“, was wohl heißen soll, dass sie künftig nicht mehr damit in Verbindung gebracht werden will. Grund genug, sie ständig daran zu erinnern, wo die Wurzeln ihrer Partei liegen.

#### Argumentationshinweis:

##### Defizite beim „Bruch mit dem Stalinismus als System“

Es gibt nämlich drei mehr oder weniger grundlegende Defizite bei dieser „Entstalinisierung“.

*Erstens:* Da die DDR bei ihrer Gründung 1949 bereits eine nach Stalinschen Kriterien entworfene Staatsordnung war, deren Architekt Walter Ulbricht den Sturz und die anschließende Verurteilung Stalins unbeschadet im Amt überleben sollte, fehlte dem „Bruch mit dem Stalinismus als System“ eine grundlegende Verurteilung der DDR als politisches Projekt, als Unrechtsdiktatur nach Stalinschen Vorgaben. Man kann nicht die Politik Stalins kritisieren und zugleich die DDR zu einem „legitimen Versuch“ stempeln, wie dies das noch gültige Programm der „Linken“ tut.

*Zweitens:* Der eilfertigen Distanzierung vom Stalinismus fehlte das Eingeständnis, dass die Grundlagen der Stalinschen Herrschaftspraxis alle bereits von Lenin gelegt wurden: Erkenntnis- und Herrschaftsmonopol der Partei, terroristische Überwachung der Gesellschaft (durch die von Lenin gegründete Tscheka), verbunden mit völligem Verzicht auf alle demokratischen Mechanismen, das alles waren Maßnahmen des Leninismus, die vom Stalinismus nur konsequent fortgeschrieben und radikalisiert wurden.

*Drittens:* Nicht einmal die „Entstalinisierung“ gelang vollständig, u.a. weil die Einübung Stalinscher Überwachungs- und Unterdrückungspraktiken zu den wirksamsten mentalen Prägungen ganzer Generationen von Kommunisten geworden waren. Sie sind in der „Linken“ bis heute so stark, dass Strukturen eindeutiger Stalinisten wie die KPF nicht zur Auflösung gebracht werden können. Im Gegenteil: Beim Parteitag in Cottbus im Mai 2008 wurde Wagenknecht wieder in den Parteivorstand gewählt; 70 % der Delegierten stimmten für sie, was belegt, dass es eine Zweidrittelmehrheit zumindest für die Duldung eines offenen Stalinismus in der Partei gibt.

## 2.2 VON DER PDS ZUR „LINKEN“

Diese Frage muss beantworten, wer sich mit der heutigen „Linken“ politisch auseinandersetzen will, die nach wie vor zu mehr als 80 % aus der PDS besteht. Denn aus der Antwort auf die Frage, mit welchem politischen Gegner man es zu tun hat, ergibt sich, wie man mit ihm umgeht. Vorab: eine faire Auseinandersetzung verdienen alle, sogar zivilisationsfeindliche Strömungen wie islamistische Fanatiker, Neo-Nationalsozialisten, Maoisten oder Stalinisten. Das ergibt sich aus einem demokratischen und humanistischen Menschenbild.

Und: den standardisierten „Politruk“ wie zu SED-Zeiten gibt es in der „Linken“ nicht mehr. Mit dem Verlust des Machtmonopols und der ideologischen Zwangsgewalt der SED hat diese Partei auch die Macht verloren, ihre eigenen Mitglieder gleichzuschalten. Hinzu kam ihre richtige Entscheidung, dass sich die PDS als „sozialistische Strömungspartei“ begreifen müsse, sollte sie eine politische Überlebenschance haben.

Bei der Frage „Wer aber ist die Partei“ sind verschiedene Ebenen zu berücksichtigen:

- Welche politischen Grundströmungen sind in der Partei vertreten, welche Mentalitäten und Traditionen prägen sie? (Kap. 2.2.1)
- Wie sind ihre internen Entscheidungsprozesse zu beurteilen? Entspricht die Außendarstellung der Partei den tatsächlichen Absichten ihrer Mitglieder und den internen Machtverhältnissen? (Kap. 2.2.2)
- Welche Veränderungen haben sich durch die Fusion der PDS mit der WASG zur „Linken“ vollzogen? (Kap. 2.2.3)

### 2.2.1 Die „pluralistische Strömungspartei“

Das Ende der einheitlich handelnden, zentralistisch gesteuerten Kaderpartei kam fast zwangsläufig mit dem Verlust des Machtmonopols der SED. Ihre Mitglieder konnten jetzt einfach austreten, ohne nachteilige Folgen befürchten zu müssen. Das haben die meisten im Übrigen auch getan.

Der Rest hatte die Wahl: Er konnte sich dem politischen Wettbewerb in einem demokratischen System stellen. Dann musste er ausdrücklich die Tatsache akzeptieren, dass Gesellschaften pluralistisch sind, verschiedene, miteinander streitende Meinungen also als normal (und nicht als „Abweichung“ von der korrekten Linie) zu gelten haben. Eine Alternative dazu wäre die Verpflichtung der Mitglieder auf eine weltanschaulich sehr eng konzipierte Organisation gewesen, etwa im Sinne der Ideen der KPF. Das Ergebnis wäre eine gesellschaftlich wirkungslose Sekte gewesen.

Eine Öffnung für durchaus unterschiedliche Politikinhalt schien demnach eher geeignet, der Partei ein gewisses Gewicht in der Wählerschaft zu verschaffen. Die PDS beschloss, diesen Weg zu gehen und bezeichnete sich künftig als „pluralistische Strömungspartei“. Manche Positionen erwiesen sich allerdings schon als durch konkurrierende Parteien besetzt. Die Ansätze einer „ökologischen Plattform“ und einer „sozialdemokratischen Plattform“ in der PDS verschwanden folgerichtig nach kürzester Zeit wieder; Menschen, die solche Ideen ernst nahmen, fanden in den Grünen und in der SPD glaubwürdigere Vertreter. Und der „linke“ Pluralismus innerhalb der PDS und der heutigen Linken scheint auch noch dadurch begrenzt, dass der politische Mainstream innerhalb der Parteilbasis bestimmte Positionen einfach nicht akzeptiert – vor allem wenn sie die Legitimität der SED-Diktatur grundsätzlich in Frage stellten.

Hintergrund: „Die Linke“ und der „Antizionismus“

Junge Menschen in der „Linken“ gründeten einen „Bundesarbeitskreis Shalom“ innerhalb der Linksjugend solid. Der auf 60 Mitglieder geschätzte Zirkel warb für Solidarität mit Israel und wandte sich gegen den üblichen, als „Antizionismus“ verharmlosten Antisemitismus, der vielen linksextremen Gruppen eigen ist. Die Kritik des Arbeitskreises traf insbesondere den Außenpolitiker Norman Paech, der sich von jeher für die Anliegen linker terroristischer Organisationen und so genannter „Befreiungsbewegungen“ einsetzt. Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten: Im Juni 2008 sperrte die Führung der „linksjugend solid“ die Gelder für den „Bundesarbeitskreis“. Als „Antizionismus“ getarnter linker Antisemitismus ist wohl in der „Linken“ weiterhin nicht kritisierbar, obwohl Gysi kurz zuvor gewarnt hatte: „Der Antizionismus kann für ‚Die Linke‘ insgesamt, für die Partei ‚Die Linke‘ im Besonderen, keine vertretbare Position sein.“

Den Pluralismus innerhalb der „Linken“ kennzeichnet auch ein Blick auf Gruppen und Einzelpersonen, die seit 1989 in der PDS willkommen geheißen wurden. Unter anderem waren dies:

- Die aus dem Westen stammenden, maoistisch-antiimperialistischen Trümmer des früheren „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK), komplett übernommen als „Arbeitsgemeinschaft Bund Westdeutscher Kommunisten in und bei der PDS“. Die ideologischen Hobbys dieser Weststruktur: Solidaritätsarbeit für Inhaftierte der RAF und für die kurdische PKK.
- Als Einzelpersonen zuwandernde Westlinke aus DKP (z.B. die MdB Wolfgang Gehrcke und Eva Bulling-Schröter, die niedersächsischen MdL Hans Henning Adler und Manfred Sohn), aus deren Satellitenorganisationen (z.B. der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion MdB Norman Paech und der Fraktionsvorsitzende im hessischen Landtag Willi van Ooyen) und dem in Norddeutschland besonders verbreiteten „Kommunistischen Bund“ (KB) (z.B. die innenpolitische Sprecherin der Fraktion MdB Ulla Jelpke und ND-Chefredakteur Jürgen Reents).
- Schließlich Anhänger unterschiedlicher trotzkistischer Strömungen. In der heutigen „Linken“ sind vor allem zwei unbeanstandet aktiv: Die Aktivisten der „Sozialistischen Alternative“ (SAV, deutsche Sektion des

internationalen trotzkistischen Dachverbands „Committee for a Workers' International“ aus London) und die rund 400 Kernkader der formal aufgelösten und in ein Netzwerk „Marx' 21“ transformierten Gruppe „Linksruck“, die ihrerseits einem anderen Londoner Dachverband, der „International Socialist Tendency“ zugerechnet werden.

*Exkurs: „Trotzkisten“*

Als „Trotzkisten“ unter den revolutionären Marxisten werden die Anhänger Leo Trotzki (eigentlich Leo Bronstein, 1878-1940) bezeichnet. Er unterlag in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts im innersowjetischen Machtkampf Stalin und wurde 1940 in Mexiko von einem Sowjetagenten ermordet.

Seine heutigen Anhänger verstehen sich explizit als Kommunisten, sie reklamieren sogar, die einzig legitimen Wahrer des Leninschen Erbes zu sein. Neben dem Stalinismus ist für Trotzkisten der zweite, nahezu ebenso verhasste Hauptfeind die „reformistische Sozialdemokratie“, der Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft vorgeworfen wird.

Trotzkisten verfahren nach der Taktik des „Entrismus“. Dabei treten sie größeren Formationen der politischen Linken bei, etwa sozialistischen Parteien, Jugendorganisationen, Gewerkschaften oder auch gesellschaftlichen Protestinitiativen. Der implizit erhobene Anspruch von Trotzkisten, einen authentischen, unverbrauchten und „besseren“ Marxismus zu vertreten, ist schon deshalb unberechtigt, weil sich als Leninisten verstehen und auf ein Gewalt- und Unrechtsregime als Vorbild festgelegt haben. Zwar ragt Trotzki unter den marxistischen Theoretikern intellektuell heraus, die Mehrzahl seiner Schriften kritisierte aber „Fehlentwicklungen“ des leninistischen Modells, die er selber aktiv mit gestaltet hatte. Insofern rechtfertigt er sich auch für eigene Verbrechen: Als Kriegskommissar während des Bürgerkrieges 1918-1920 verantwortete Trotzki den „revolutionären Massenterror“ und zahllose Kriegsverbrechen. Später betrieb er die „Militarisierung der Arbeit“, bei der die Gewerkschaften zu Instrumenten der Kontrolle der Arbeiterschaft umgeformt und die Betroffenen einem weit schlimmeren Regime als im „Kapitalismus“ ausgesetzt wurden. Schon mehrfach verspätetes Erscheinen am Arbeitsplatz konnte zu Todesurteilen führen. Es bleibt zu fragen, warum sich „Die Linke“ mit ihrer immer wieder betonten Orientierung an Gewerkschaften gerade solche Leute bei sich duldet.

Der Einmarsch der beiden britisch gesteuerten Trotzlistengruppen vollzog sich in aller Öffentlichkeit und stieß nur innerhalb der WASG auf vereinzelt Protest. Besonders die früheren „Linksruck“-Trotzkisten sind für ihren „Antiimperialismus“ bekannt; ihre britischen Genossen machten sich bei der Protestkampagne gegen die Irak-Intervention sogar mit Islamisten gemein. Und ausgerechnet der frühere „Linksruck-Spitzenkader“ Christine Buchholz ist bei der „Linken“ im Bereich „Internationalismus“ tätig (vgl. Kap. 3.6.2).

Insgesamt lässt sich festhalten: Es gibt einen *Pluralismus* in der Partei, der sich aber nach 1989 überwiegend darin zeigte, dass sie neben SED-treuen Kräften andere revolutionär-marxistische Einzelpersonen oder sogar Gruppen aufnahm. Der Pluralismus der PDS liegt also in einem Strauß eher verfassungsfeindlich-extremistischer linker Strömungen.

Eine große Überraschung stellt diese Entwicklung indessen nicht dar: Wer hätte wohl sonst die SED-Reste attraktiv finden sollen wenn nicht diejenigen, die schon immer von der sozialistischen Revolution träumten? Immerhin: Die Partei hat solche Zuläufe willentlich akzeptiert und sich damit auch zum Grundgesetz recht eindeutig positioniert.

### 2.2.2 Parteiführung und Basis

Neben den offiziellen Satzungsbestimmungen gibt es in allen Parteien informelle Entscheidungsstrukturen, die zum Teil auch darauf beruhen, dass manche Persönlichkeiten innerhalb einer Organisation überdurchschnittlichen Einfluss ausüben.

Die Medien vermitteln von der „Linken“ den Eindruck einer Partei, in der es erfrischend Streitbar und kontrovers zugeht. Allgemein wird dies als Beleg dafür angesehen, dass sie in der Demokratie „angekommen“ sei.

Die Dinge sind ungleich komplizierter. Die zu weit mehr als 70 % aus gelernten und mentalen Stalinisten bestehende *Parteibasis* wäre theoretisch schon aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke in der Lage, den Kurs zu bestimmen. Bisweilen tut sie es auf Parteitag, wenn sie z.B., wie in Cottbus 2008, den West-Import Lafontaine mit geringerer Zustimmung abstrafte, oder wenn sie, wie beim Parteitag 2002 in Münster, im Streit über ein hoch ideologisches Thema wie den „Antiimperialismus“ die eigene Führung aus „Modernisierern“ in die Wüste schickte. Im allgemeinen

aber ist diese SED-Basis daran gewöhnt, abzunicken, was ihr die Parteiführung vorliegt. Sie hat die *Parteidisziplin nach Leninschen Kriterien* noch im Blut. Durch jüngere Zugänge dürfte sich das mittelfristig ändern.

Diese Folgsamkeit ist ein Vorteil für die Versuche der „Reformer“, die Partei im westlichen System hoffähig zu machen und ihre SED-Vergangenheit als überwunden darzustellen. Es mag zunächst dahin gestellt bleiben, wie viel von dieser demokratischen Neuerungsfähigkeit echt und wie viel vorgetäuscht ist. Es gehört zum demokratischen Menschenbild, anderen prinzipiell die Fähigkeit zu Einsicht und Wandel zuzubilligen. Wo der Verdacht auf Falschspiel besteht, sollte hart nachgefragt werden. Aber nochmals: Es ist falsch, einfach zu mutmaßen, dass jedermann in der „Linken“ nur auf Täuschung aus sei. Solche Verschwörungstheorien sind Sachen von Extremisten, nicht von Demokraten.

Das Dilemma der PDS brachte schon vor mehr als zehn Jahren eine Karikatur der „Frankfurter Rundschau“ auf ein vorzügliches Bild: Medienstar Gysi balanciert auf einem Flaschenhals, das neue PDS-Programm für das Publikum hochhaltend. Mit der zweiten Hand bemüht er sich in dieser halsbrecherischen Pose, den Korken auf der Flasche zu halten, denn in der Flasche lauert in der – vorläufig – geduckten Gestalt des Genossen Stalin die Substanz der Parteibasis.

Die *Reformer* konnten mit dem Balanceakt lange Zeit die Außendarstellung der PDS bestimmen. Sie hatten Erfolg, das sicherte ihnen die Zustimmung der überwiegend anders denkenden *Parteibasis*.

Im Ergebnis ist daher das Handeln der PDS weniger durch die Mitglieder als durch den Apparat bestimmt. Er umfasst derzeit rund vierzig Mitglieder des Parteivorstandes und eine entsprechende Anzahl von Mitarbeitern auf zentraler Ebene. Hinzu kommen die Landesvorstände, bei weitem nicht alle dort tätigen Funktionäre sind Vollzeitkräfte. 184 Parlamentarier in den Ländern, 53 Mandatsträger im Bundestag, sieben im Europäischen Parlament, dazu die hauptamtlichen Angestellten der Fraktionen. Dazu rechnen muss man die Mitarbeiter der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung. Das ergibt 1.500 bis 2.000 Parteimitglieder, die mehr oder weniger hauptamtlich tätig sind. Es ist klar, dass sich hier nicht nur die aktiven, sondern angesichts der Überalterung der Partei auch die relativ jüngeren Anhänger finden.

Hinzu kommen 5.800 kommunale Mandatsträger, die wiederum über einen Stamm von Mitarbeitern verfügen dürften. Allerdings sind diese Personen im Regelfall weder hauptamtlich tätig, noch fühlen sie sich als Berufspolitiker.

Angesichts der Altersstruktur ist relativ klar, dass die Personallage der Partei angespannt ist. Gerade für jüngere Menschen, auch für Karrieristen unter ihnen, sind leichte Aufstiegswege vorgezeichnet.

Hintergrund:

Der Hinweis, dass sich die PDS und dann „Die Linke“ in den neuen Ländern bisher in der Kommunalpolitik als relativ pragmatische und berechenbare politische Kraft erwiesen hat, ist zur Klärung ihrer langfristigen Ziele nur begrenzt aussagekräftig. Kommunale Körperschaften sind keine Parlamente, ihre Entscheidungskompetenz ist sehr begrenzt. Zudem sind alle gestaltenden Maßnahmen an einen festen Etat gebunden, sie müssen jeweils „gegenfinanziert“ werden. Und zusätzlich: Im Nahraum einer Kommune will niemand vor den Bürgern als Hasardeur oder Depp dastehen; schon das erzwingt pragmatische Politik. Die Kader der früheren SED haben als Kommunalpolitiker der PDS in diesem System eine nicht zu unterschätzende Gewöhnung an auch für sie inzwischen selbstverständliche Mechanismen demokratischer Entscheidungsfindung durchlaufen. Dies ist rundherum positiv zu werten, bedeutet aber nicht, dass die Partei ihre ideologischen Ziele zugunsten pragmatischer Politik aufgegeben hat. Die „Programmatischen Eckpunkte“ zur Fusion erklären dazu: Den unterschiedlichen Möglichkeiten politischen Wirkens auf kommunaler, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene werden wir in unserer Politik Rechnung tragen. Entscheidend für die Durchsetzung eines Politikwechsels ist dabei die bundespolitische Ebene.“

Da die politischen Empfindungen der SED-/DDR-nostalgischen Parteibasis und der auf Machterwerb in der Demokratie orientierten Parteielite durchaus unterschiedlich sind, gibt es jene Spannungen, welche die PDS und erst recht die fusionierte „Linke“ als pluralistische Partei erscheinen lassen. Die obrigkeitshörige Tradition der Partei verstärkt jedoch die Wahrscheinlichkeit, dass ihr hauptamtlicher Apparat – in Konkurrenz und Ergänzung mit den Fraktionen – die relevanten Entscheidungsträger sind. Die Tradition eines präzise und diszipliniert arbeitenden Parteiapparates

hat die Partei aus ihrem leninistischen Erbe übernommen. Ein autoritäres und im Kern antidemokratisches Moment ist ihr zweifellos eigen.

### 2.2.3 Was ist neu an der fusionierten „Linken“?

Auf die innere Konstitution der PDS hat die Fusion mit der WASG gravierende Auswirkungen gehabt. Der Zulauf durch die rund 11.000 WASG-Mitglieder (eigene Angaben, Stand Dezember 2005, die höchste genannte Zahl bei der Fusion lag bei 13.000) hat nicht nur die Alterszusammensetzung verändert: Der Anteil der Mitglieder über 60 Jahre schrumpfte von 70 auf 59 %, die Alterskohorte zwischen 31 und 60 Jahren nahm von 26 auf 36 % zu, während die unter 30-Jährigen mit 5 % anstelle von vorher 3 % weiterhin schwach vertreten sind.<sup>7</sup> Bleibt man aber einen Moment bei der Mitgliederstatistik, so ergeben sich weitere interessante Aspekte: Die PDS war im Dezember 2005 auf rund 61.000 Genossen geschrumpft, Ende 2006 auf 60.300 im Osten.<sup>8</sup> Im September 2005 hatte der Bundesgeschäftsführer verlauten lassen: 70.943 Mitglieder insgesamt, davon 18.700 in den alten Bundesländern<sup>9</sup>; Ende Juli 2008 verkündete Dietmar Bartsch als Stand für Ende Juni 74.208 Mitglieder der „Linken“, davon 50.135 in den neuen und 24.071 in den alten Bundesländern. 8.200 seien jünger als 35 Jahre, was mit rund 11 % für eine leichte Verjüngung spricht – offenbar wollte Bartsch hier keinen direkten Vergleich mit den früheren Zahlen der unter 30-Jährigen. Jedoch seien unbeachtlich der Neuzugänge im Osten wie im Westen auch jeweils um die 1.000 Mitglieder ausgetreten.<sup>10</sup> Die zahlreichen altersbedingten Abgänge dürften darin nicht berücksichtigt sein.

Das bedeutet für die alten Bundesländer: Sie hat rund 1.000 Mitglieder ihrer Stammklientel im Osten und offenbar die gleiche Zahl im Wesentlichen aus dem WASG-Segment verloren. Für „Die Linke“ im Westen ist demnach die WASG-Klientel aus enttäuschten Sozialdemokraten und Gewerkschaftern nicht mehr unbedingt prägend. Eher scheint sie nach der Fusion gleich wieder zu schrumpfen. Und: Das Verhältnis der Mitgliederzahlen zwischen neuen und alten Bundesländern beträgt nur noch rund 3:1, ein Anhaltspunkt dafür, dass sich die Partei gegenüber der PDS mit samt ihrem bisher geringfügigen West-Segment substanziell verändert hat.

Dies mag für ihre Resonanz in der Öffentlichkeit und für Wahlerfolge eine Rolle spielen, sie muss es aber nicht für Entscheidungsstrukturen

und politisch-programmatisches Handeln. Gerade zu den letzteren Fragen ist von Bedeutung, was die Fusion mit der WASG bedeutet und aus welchen Quellen sich der neue Zulauf speist.

Die WASG ist nach allgemeiner Ansicht und auch nach ihrer Darstellung das Ergebnis einer Neuorganisation enttäuschter Gewerkschafter, die sich von der SPD gelöst haben. Sie reklamieren eine sozialdemokratische Retrospektive: Zurück zu den Zeiten des Wohlfahrtsstaates der 1970er Jahre, dessen damalige Neuerungen durch die Arbeitsmarktreformen und die angebliche Anpassung der SPD an die „Globalisierung“ und den „Neoliberalismus“ geschleift worden seien und daher eine Kernklientel besonders einzelner Teilgewerkschaften der Sozialdemokratie entfremdet hatten.

Es gibt keinen vernünftigen Grund anzunehmen, dass dies für die Motive der Masse der WASG-Anhänger nicht zutrifft. Man muss ihnen sogar attestieren: Es handelte sich um Menschen, die ihre Vita mit dem sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Ausbau des Sozialstaates verbunden sahen. Sie zählten weder zu jenen, die in den 1970er und 1980er Jahren zur DKP gingen oder in den 1990er Jahren zur PDS. Aber wie üblich lockte die WASG-Gründung sogleich zweifelhafte Klientel an.

#### Hintergrund:

Eine der Ursprungsgruppen, die „Wahlalternative“, ging nicht zuletzt aus der so genannten Bremer „Memorandum-Gruppe“ hervor, die seit 1975 jährlich ein „Alternatives Wirtschaftsgutachten“, gerichtet gegen dasjenige des Sachverständigenrates der sieben Weisen, abgab. Dass es vor allem bei der DKP Aufmerksamkeit fand, war kein Zufall, denn die Memorandum-Gruppe schloss Professor Jörg Huffs Schmid ein, der Mitglied des DKP-Parteivorstandes war, und die organisatorischen Dinge erledigte der Sekretär Axel Troost, einst Kader des DKP-Studentenverbandes MSB Spartakus (heute MdB der „Linken“). Die meisten übrigen Mitglieder hielten ein SPD-Parteibuch vor, was aber nicht unbedingt aussagekräftig war.

Auch andere Gäste aus dem extremistischen Spektrum stellten sich ein: Die trotzkistische Gruppe „Linksruck“ erklärte ihre Tätigkeit im globalisierungskritischen Netzwerk ATTAC 2004 für nachrangig und wandte sich, ebenso wie ihre eher verfeindeten Genossen aus der „Sozialistischen Alternative“ (SAV) der WASG als Kern einer – diesmal hellsichtig erahnten – „Neuen Linken“ zu. Beide Gruppen handelten auf Weisung der Londoner Zentralen ihrer trotzkistischen Dachverbände, und so mussten Appelle seitens der PDS, sich zu mäßigen, ebenso erfolglos bleiben wie der heftige Widerstand durch den WASG-Spitzenmann Klaus Ernst. Die insgesamt fast 700 meist jugendlichen und durch Erwerbstätigkeit in ihrer Wirkung nicht behinderten Polit-Profis, bestens vertraut mit der Kontrolle und Steuerung politischer Protestbewegungen, erwiesen sich selbst den gremienerfahrenen Gewerkschaftern als gewachsen. Und manche von ihnen brachten auch noch ein früheres SPD-Parteibuch mit, das sie bei ihren Unterwanderungsversuchen gegen die Jusos vor ihrem Wechsel zu ATTAC erworben hatten. Ihnen folgten rasch weitere Mitreisende aus dem trüben Gemisch der diffusen Anti-Globalisierungs-Bewegung, darunter auch eine ziemlich ansehnliche Reihe von ehemaligen DKP-Mitgliedern, die zutreffend die offenbar endgültig letzte Gelegenheit erkannten, sich zu Sitzungsgeldern und Abgeordnetenmandaten aufzumachen.

Mit den Gewerkschaftern der WASG ist der „Linken“ ein zweiter prägender Faktor zugewandert: Oskar Lafontaine. Er ist nicht nur ein Meister populistischer und manchmal geradezu demagogischer Agitationsmuster. Auch wird er zunehmend von offenen Extremisten in der Partei geschätzt, die auf das abwägende Kalkül von „Reformern“ wie Gysi und in der politischen Verantwortung stehenden Politikern in den neuen Bundesländern keine Rücksicht nehmen. Während der personellen Ursprungsausstattung der WASG zu attestieren ist, dass sie die SPD der 1970er Jahre wieder haben will, scheint Lafontaine in einem Rachefeldzug seine alte politische Heimat zerstören zu wollen – seine Tiraden ziehen eine entsprechende Klientel an.

#### Argumentationshinweis:

So urteilt Heinrich Bortfeldt, selber langjährig Mitglied der „Linken“ im *Deutschland-Archiv* 4/2008 in seinem Bericht über den Cottbusser Parteitag der „Linken“ (24./25.Mai 2008): Nach einer Rede des wirtschaftspolitischen Sprechers der „Linken“ in Berlin, Stefan Liebig, habe Lafontaine „keine Hand zum Klatschen gerührt“: „Die WASGler, viele gewerkschaftlich geprägt, definieren sich vor allem aus einem ‚Gegen-Sein‘, und die Kommunistische Plattform, so unbedeutend sie mit ihren über 700 Mitgliedern auch ist, fühlt sich mit ihrem Kurs der Fundamentallopposition durch viele ehemalige WASG-Mitglieder und selbst Lafontaine bestätigt und gestärkt.“

(*Deutschland-Archiv* 4/2008, S.591-595, zit. S.593)

Ergebnis: Der Zulauf der WASG hat der „Linken“ den Durchbruch in die alten Bundesländer geöffnet. Der extremistische Charakter der Partei hat sich damit aber nicht abgeschwächt, im Gegenteil. Durch die sich abzeichnende Führungsdominanz Lafontaines hat die populistische Agitation der Partei erheblich an Profil gewonnen. Während die alte PDS von der kommunistischen DDR-Nostalgie der Traditionalisten und den Anpassungsbemühungen der „Modernisierer“ geprägt war, wendet sie sich mit der Eingemeindung der WASG zusätzlich an neue Zielgruppen. Nicht allen Mitgliedern besonders in den neuen Bundesländern gefällt es, wenn die Parolen ihrer Partei denen der NPD immer ähnlicher werden. Hier dürfte sich ein größerer Konflikt zwischen sozialistischer Programmatik und populistischer Agitation entwickeln.

### 2.3 ELEMENTE DES POLITIKVERSTÄNDNISSES

Jede Partei verfügt über ein bestimmtes Verständnis von Politik, das sich aus einem Mix von Werten, Zielen und dem Verhältnis der Organisation und ihrer Mitglieder zu den alltäglichen Aufgaben einer Gestaltung von Gesellschaft, Regierung, Verwaltung, von Wirtschaft und Sozialem ergibt.

Die Werte und Ziele sind in den Programmen der Partei festgelegt, aber sie kommen im täglichen Handeln nicht unbedingt und schon gar nicht täglich zum Ausdruck. Alltagspolitik ist häufig von Sachzwängen bestimmt, hinter denen weiter reichende Ziele zurücktreten. Nur radikal-fundamentalistische Parteien wie z.B. die NPD verzichten auf eine Einbindung in Alltagspolitik, sie wollen das heutige politische System nicht mitgestalten, sondern es nur zerstören.

Ein solches Verhalten kann man der „Linken“ nicht zurechnen. Ihre Politiker gestalten auf Kommunal- und Landesebene besonders in den neuen Bundesländern Alltagspolitik ständig mit, besitzen dafür sachliche und fachliche Kompetenz und übernehmen auch Verantwortung. Dennoch ist zu beachten, welche längerfristigen und ideologisch begründeten gesellschaftspolitischen Ziele die Partei verfolgt. Auch wenn „Die Linke“ heute keine kommunistische Partei mehr ist: Traditionell legt sie als marxistische Partei auf eine politisch-theoretische Bestimmung und Begründung ihrer Politik großen Wert. Man tut gut daran, diese langfristigen Ziele und Visionen ernst zu nehmen, auch wenn sie sich im täglichen Handeln ihrer Mitglieder und Funktionsträger nicht ständig zu spiegeln scheinen.

Die populistische Strategie, mit der „Die Linke“ seit der Fusion versucht, durch nahezu beliebige Themen Resonanz zu finden (vgl. Ziff. 4.2), steht zur Existenz eines ideologisch begründeten Programms und einer kühl kalkulierenden langfristigen Strategie nur scheinbar im Widerspruch. Schon für die Kommunisten, denen die weitaus meisten Mitglieder der Partei ihre politische Sozialisation verdanken, galt, dass man auf alltagspolitische Herausforderungen mit großer politischer Flexibilität zu reagieren habe, ohne dabei die langfristigen Ziele aus den Augen zu verlieren. So steht auch der Populismus der „Linken“ unter den Bedingungen der parlamentarischen Demokratie zuallererst im Dienst der Erreichung von Mehrheiten und Macht. Wie viel nach einer Rückkehr der „Linken“ in die Position einer Regierungspartei von der Rhetorik „sozialer Gerechtigkeit“ noch übrig bliebe, steht auf einem anderen Blatt.

Und schließlich: Grob verfassungsfeindliche Revolutionsrhetorik wird man in den sorgfältig formulierten Programmen von PDS und der „Linken“ nicht finden. Im Gegenteil erfolgen dort deutliche Bekenntnisse zu demokratischen Grundwerten. Keineswegs darf man dies polemisch als Täuschungsversuche abtun, obwohl die vom Verfassungsschutz beobachtete Partei natürlich Anlass hat, keine Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen in ihre Grundsatzpapiere zu schreiben. Die erwähnten Bekenntnisse sind aber kritisch darauf zu prüfen, wie ernst sie im Gesamtkontext von Zielen und politischer Praxis der Partei zu nehmen sind.

Originalton PDS bzw. „Die Linke“:

„Wir geben uns dieses Programm [...] aber auch in rückhaltloser Auseinandersetzung mit den Verbrechen, die im Namen des Sozialismus und Kommunismus begangen wurden, und in Ablehnung jedes Versuchs, mit Mitteln der Diktatur Fortschritt zu erreichen. Uns eint der unumkehrbare Bruch mit der Missachtung von Demokratie und politischen Freiheitsrechten, wie sie in und von nicht wenigen linken Parteien, darunter der SED, praktiziert worden ist.“ (PDS-Programm 2003, S.1)  
 „Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Internationalismus sind unsere grundlegenden Wertorientierungen. Sie sind untrennbar mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation verbunden.“  
 (Programmatische Eckpunkte, Teil 1, S.2.)

### 2.3.1 Politik als Machtfrage

„Und hat nicht vergessen im Kopf all die Dinge des Lebens. Er hat in den Händen die Macht.“ So lauten die Schlusszeilen eines Rezitativs, das bei Kulturveranstaltungen der Staatssicherheit bis 1989 häufig zum Vortrag kam. Und in keiner Partei ist der Begriff der „Macht“ derartig präsent wie bei der heutigen „Linken“. Dies ist kein Zufall, sondern Folge ihres historischen Erbes: Für Kommunisten sind politische Fragen Machtfragen. Die schon von Lenin gestellte zentrale Frage lautete: „Wer – wen?“, im Klartext: Wer besiegt wen?

Die SED als Staatspartei herrschte absolut; Gewaltenteilung und Machtbeschränkung waren im sozialistischen Staat nicht vorgesehen. Ihre Macht beruhte nicht auf der Zustimmung der Bevölkerung, war zu keinem Zeitpunkt demokratisch legitimiert. Sie ruhte zunächst auf sowjetischem Militär, später auf eigenen Gewaltmitteln der hochgerüsteten Diktatur. Schon historisch gesehen war damit aus der Sicht der SED der Begriff „Macht“ stets verknüpft mit überlegener, monopolisierter Gewalt. Ihren Einsatz gegen politisch anders Denkende begründete die SED mit ihrer historischen Mission, den Sozialismus aufzubauen.

Als die SED Ende 1989 die Führungsrolle der Partei aus der Verfassung streichen ließ, ratifizierte sie nur, was sich im Wesentlichen ohne ihr Zutun ereignet hatte: Durch die friedliche Revolution hatte sie die Macht gegen ihren Willen verloren.

Die Rolle als Opposition in einem demokratischen System war für die umbenannte SED nicht nur ungewohnt, sie entsprach auch nicht dem Selbstverständnis der Partei. Wenn sie künftig formulierte „Veränderung beginnt mit Opposition“, so muss man die Betonung auf „beginnt“ legen. Eine Oppositionsrolle sieht sie nur als Übergang zu einer Etappe an, in der sie die Veränderung mit den Machtmitteln einer Regierung vorantreiben kann. Die Partei hat sich zwar an die Mechanismen der parlamentarischen Demokratie angepasst, die Mitgestaltung aus der Opposition heraus einschließt. Aber sie scheint sich von der Vorstellung obrigkeitlicher Macht, die qua Gewaltmitteln die Entwicklung der Gesellschaft steuert, keineswegs verabschiedet zu haben. Anders wäre kaum zu erklären, warum der Begriff „Macht“ einen derart zentralen Stellenwert im Denken der Partei einnimmt. Einige Zitate, die alle aus einer einzigen Seite des gültigen Parteiprogramms stammen, belegen dies: „Eigentumsfragen sind *Fragen der Macht* und des Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft. Der Wandel der Eigentumsverhältnisse muss durch *Gegenmächte* bewirkt werden.“ Zu diesen „Gegenmächten“ zählt die Partei sich und ihre Verbündeten. Nach dem Erfolg der „Gegenmächte“ hält sie es für notwendig, dass „der Staat seinen Einfluss auf die entscheidenden, das Gemeinwohl bestimmenden Prozesse nicht verliert und *die Macht erhält*, die Interessen der Allgemeinheit durchzusetzen.“ (alle Zitate aus dem PDS-Programm 2003, S. 5, Hervorhebungen nicht im Original). Immerhin will sie erklärtermaßen darauf verzichten, „mit Mitteln der Diktatur Fortschritt zu erreichen“ (PDS-Programm 2003, Präambel). Die Vorstellung, dass statt der Ausübung von Macht Ausgleich und Kompromiss in pluralistischen Gesellschaften gängige Formen der Konfliktregelung sein könnten, scheint ihr aber nach wie vor eher fremd zu sein.

### 2.3.2 Politik als Sendebewusstsein

In westlichen Demokratien führen bei Wahlen erreichte Mehrheiten zu politischen Gestaltungsaufträgen. Diese sind durch die Verfahrensregeln der Verfassung sachlich wie auch zeitlich begrenzt: Nach Ablauf einer Legislaturperiode entscheiden die Wähler, ob sie die Leistung der Regierung für ausreichend halten, um sie weitere Jahre zu beauftragen. Inzwischen hat die Opposition alle Möglichkeiten, für ihre abweichenden Vorstellungen zu werben. Insofern bedeuten in der Demokratie verlorene Wahlen keine Katastrophe. Die Oppositionsrolle ist im Grundsatz ebenso befristet wie der Regierungsauftrag. Konkurrenten sind zwar politische Gegner, aber keine Feinde, weil sie um die Vorläufigkeit und Befristung

von Rollen in der Demokratie wissen. Der selbstverständliche und verfassungsrechtlich verbürgte Wechsel zwischen verschiedenen Angeboten verhindert, dass politische Auseinandersetzungen zu Glaubenskämpfen ausarten.

Mit diesem Grundprinzip konnte die SED zunächst einmal nichts anfangen: Für Kommunisten war Geschichte vorbestimmt; sie entwickelte sich nach den angeblichen Erkenntnissen des „Historischen Materialismus“ unaufhaltsam und regelhaft wie ein Naturgesetz von einer Gesellschaftsformation zur anderen. Wer die jeweils fortschrittlichere Gesellschaftsformation repräsentierte, also z.B. die Kommunisten mit ihrem Programm, den Sozialismus aufzubauen, verkörperte „richtige“ Politik. Wer zerfallenden Gesellschaftsformationen anhing, wie die bürgerlichen Demokraten mit ihrer Präferenz für Marktwirtschaft, verging sich gegen Naturgesetze; sein Handeln bedeutete „falsche“ Politik. Dem Historischen Materialismus hat die PDS nach 1989 zumindest offiziell abgeschworen.

#### Argumentationshinweis:

„Diamat“ und „Histomat“ als mentale Prägungen der „Linken“

Dialektischer Materialismus („Diamat“) und Historischer Materialismus („Histomat“) sind die beiden Hauptbestandteile der marxistisch-leninistischen Philosophie. Sie offiziell abzulegen, ist eine Sache, sie auch aus dem Denken zu verbannen eine andere. Schließlich wurden sämtliche SED-Kader mit diesem geistigen Rüstzeug aufgezogen. Und nicht nur dialektisches Argumentieren hat sich in der Partei gehalten (Ziff. 4.4.3), auch reibt man sich die Augen, wenn der Ältestenrat im Juli 2008 empfiehlt, „zur Bewertung von Schlüsselproblemen der Geschichte sollten wir uns auch auf bewährte Erfahrungen des marxistischen Herangehens, darunter des dialektischen und historischen Materialismus, stützen.“

(im Internet <http://die-linke.de/partei/geschichte>)

Dennoch: Die Partei wird nicht müde zu betonen, das Geschichte offen und ihr Ausgang von den gestaltenden politischen Kräften abhängig sei, für die man um Mehrheiten werben müsse. Aber wie realistisch sind solche Beschwörungen? Einige Zweifel sind angebracht:

Offenbar sieht „Die Linke“ die Installation ihrer Sozialismus-Vision nicht als eines unter unterschiedlichen politischen Angeboten, sondern als das einzige, das eine angeblich bevorstehende politische, soziale und ökologische Katastrophe der Menschheit verhindern kann. Diese Bedrohungen werden als existenziell dargestellt: der Imperialismus (der Amerikaner), die Verelendung der Dritten Welt (durch kapitalistische Ausbeutung, nicht durch einheimische Diktaturen), die Globalisierung, die drohende Umweltkatastrophe: „Die krassen Gegensätze des Kapitalismus sind am Beginn des 21. Jahrhunderts zu globalen Existenzgefährdungen der Weltgesellschaft geworden“ (PDS-Programm 2003, S. 9). „Die Existenzkrise der Zivilisation macht die Umwälzung der herrschenden kapitalistischen Produktions- und Lebensweise zu einer Frage menschlichen Überlebens“ (PDS-Programm 1993, S. 8) Und deshalb steht schließlich allerhand ins Haus: „Der ökologische Umbau der gegenwärtigen Produktions- und Lebensweise wird umfassender und komplizierter sein als alle vorhergegangenen Umwälzungen und Reformen in der Geschichte der Menschheit.“ (ebenda, S. 20).

An der Wichtigkeit und Richtigkeit solcher Ziele gibt es für die Partei offenbar keinen Zweifel – das verbindet sie mental mit der SED und der kommunistischen Tradition, Politik nicht als ergebnisoffenen Prozess, sondern als historische Notwendigkeit zu begreifen: Auch der Sozialismus, die Vision der „Linken“, ist „für uns ein notwendiges Ziel – eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung des einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist.“ (PDS-Programm 1993, S. 7). „Notwendig“ bedeutet hier im wörtlichen Sinne: Ohne die Alternative des Sozialismus kann die Welt nicht gerettet werden. Und gelernte Marxisten werden den oben zitierten Satz aus dem Kommunistischen Manifest kennen: Dort beschreibt er die Gesellschaft, wie sie *nach der Revolution* beschaffen sein werde.

Wer aber seine politischen Ziele nicht ohne Revolution und den Anspruch, die Welt zu retten, formulieren kann, wird vielleicht Probleme haben mit jenen „zufälligen“ Mehrheiten, die bei demokratischen Wahlen die „notwendige“ Politik vereiteln kann.

### 2.3.3 Das Grundrechtsverständnis der „Linken“

Von allen anderen politischen Ordnungen unterscheidet sich Demokratie dadurch, dass sie Menschenwürde und individuelle Grundrechte in das

Zentrum ihres Wertekanons setzt. In der Tradition der „Bill of Rights“ der US-Verfassung von 1787 und der „Déclaration de droits de l'homme“ aus der französischen Revolution werden sie als Naturrechte begriffen, die jedem Menschen voraussetzungslos zukommen. In der klassischen Definition sind sie vor allem Abwehrrechte des Individuums gegen den Staat. Die Verfassungsväter des Grundgesetzes haben im Bewusstsein der systematischen Verletzung der Menschenwürde durch die beiden großen Diktaturbewegungen des 20. Jahrhunderts die Menschenrechte an den Anfang des Grundgesetzes gesetzt und erklärt, die Menschenwürde sei unverletzlich, sie zu achten und zu schützen sei Verpflichtung aller staatlichen Gewalt (Art.1 Abs.1 GG).

Eine Rechts- und Demokratieauffassung, die Menschenwürde und Rechte des Einzelnen in das Zentrum ihres politischen Wertekanons rückt, musste für die aus der SED stammende „Linke“ natürlich ein gravierendes Problem darstellen. Das sozialistische Menschenbild ist gerade nicht auf die unveräußerliche Freiheit und Gleichheit des Individuums bezogen, sondern auf das Kollektiv. Anders als Rechtsextremisten, deren Kollektivismus eine (biologisch festgelegte) „Volksgemeinschaft“ unterstellt, sehen Linksextremisten ihren egalitären Kollektivismus allerdings immerhin in der Tradition der französischen Revolution und der Aufklärung begründet.

In sozialistischem Gedankengut steht also, soweit es sich überhaupt positiv auf Grundrechte bezieht, das Individuum, der einzelne, mit der Freiheit selbstverantwortlicher Lebensgestaltung ausgestattete Mensch, nicht im Mittelpunkt. Ist der PDS über die Jahre eine Annäherung an die zentrale Rolle der Menschenrechte gelungen? Dies entscheidet wesentlich darüber mit, ob sie inzwischen in der Wertegemeinschaft der Demokraten „angekommen“ ist.

#### Exkurs: Die Menschenrechte und der reale Sozialismus

Realsozialistische Systeme hassten und fürchteten die Idee von Menschenrechten als Abwehrrechte des Individuums und als – aus ihrer Sicht – Zumutung, dass Menschen individuell und ohne Kontrolle durch die Partei über die Gestaltung ihres Lebens entscheiden dürfen. Der gleichen widersprach ihrem Programm einer gewaltsamen Homogenisierung der Gesellschaft, die unter der Fahne der Partei kollektiv in eine kommunistische Gesellschaft zu marschieren hatte. Gleichwohl war der Begriff „Menschenrechte“ so wirkungsmächtig, dass die Kommunisten ihn nicht direkt offensiv bekämpfen konnten; sie waren gezwungen, ihn umzuinterpretieren. Dies geschah auf mehreren Ebenen: Erstens enthielt die DDR-Verfassung von 1973 einen Grundrechtskatalog, der fast so umfangreich erschien wie derjenige des Grundgesetzes. Allerdings war von ihrer *naturrechtlichen Begründung* nirgends die Rede. Die Grundrechte wurden laut Verfassung *vom Staat gewährt* („...sind gewährleistet.“). Eine rechtliche Überprüfung ihrer Einhaltung durch den Staat oder gar eine gerichtliche Durchsetzung der Grundrechtsgewährleistung gab es nicht.

Zweitens erhielten die Art. 19 bis 40 der DDR-Verfassung die Überschrift „Grundrechte *und* Grundpflichten der Bürger“. Der klassische Gedanke der Grundrechte als Abwehrrechte gegenüber staatlicher Gewalt hatte sich damit in einen Pflichtenkatalog verkehrt. Konsequenz heißt es in Art. 24 zum „Recht auf Arbeit“: „Gesellschaftlich nützliche Tätigkeit ist eine ehrenvolle Pflicht für jeden arbeitsfähigen Bürger. Das Recht auf Arbeit und die Pflicht zur Arbeit bilden eine Einheit.“

Drittens behaupteten realsozialistische Regime seit den 1960er Jahren, in ihren Staaten seien die klassischen Grundrechte durch „*Grundrechte der 2. Generation*“ mit „sozialen“ Inhalten wie Recht auf Arbeit, Wohnung, Bildung und Kultur ergänzt und erweitert worden. In der Praxis waren solche „Rechtsansprüche“ aber nicht durchsetzbar und konnten sich leicht in gesellschaftliche Pflichten verwandeln. Alle Grundrechte standen überdies unter dem Vorbehalt der führenden Rolle der Partei. In welcher Form sie überhaupt Relevanz erlangten, entschieden SED-Parteitage und Politbüro-Beschlüsse.

Solche Aspekte waren im Westen im Allgemeinen nicht bekannt, so dass die Propaganda mit den „sozialen Grundrechten“ eine gewisse Attraktivität vor allem in der politischen Linken entfaltete. Eine Spätfolge davon ist die falsche Vorstellung, die DDR habe sich zumindest hinsichtlich der sozialen Grundsicherung und der Gesundheitsfürsorge der Bundesrepublik überlegen gezeigt.

Da die Gewährleistung individueller Grundrechte als Abwehrrechte gegen den Staat in rechtsstaatlichen Demokratien zentrale Bedeutung hat, ist es bedeutsam, dass „Die Linke“ sich bis heute weigert, die DDR insgesamt als Unrechtsstaat zu bezeichnen, auch wenn sie einen Mangel an Rechtsstaatlichkeit einräumt. Im Wahlprogramm von 1990 wird noch ganz offen an einem „sozialistischen Grundrechtsverständnis“ festgehalten und von „gesellschaftlichen und individuellen“ bzw. von „persönlichen wie sozialen Grundrechten“ gesprochen (PDS-Programm 1990, S. 4,6). Auch das Programm von 1993 forderte unter der Überschrift „Die Gesellschaft demokratisieren“ „Staatsziele und Grundrechte aus(zu)weiten“. Auch hier findet sich wiederum eine Gemengelage individueller und sozialer, also kollektiver Grundrechte („Recht auf Arbeit, Wohnung, Bildung und soziale Grundsicherung“), vermischt mit Pflichten („Pflicht zur Abrüstung, Friedenssicherung und internationaler Hilfe“). Einige Jahre später befasst sich der von PDS-Reformern verfasste Programmkommentar mit dem Thema. Er unterscheidet die „politischen Menschenrechte“ – gemeint sind hier die klassischen liberalen Abwehrrechte, die „sozialen Menschenrechte“ und sogar noch „Menschenrechte einer dritten Generation“. Letztere umfassen nach Meinung der Autoren „das Recht eines jeden Einzelnen auf ein Leben in Frieden, auf die Erhaltung einer gesunden Umwelt, auf die Sicherung der sozialen Rechte eines jeden auch in den ärmsten Ländern“ (Programmkommentar 1997, S. 41). Immerhin ist an eine Institutionalisierung gedacht: „Von Menschenrechten kann im engeren Sinne nur gesprochen werden, wenn es sich dabei wirklich um *Rechte freier Bürger* handelt, deren Verwirklichung ihm nicht mit Berufung auf ‚höhere‘ Interessen verwehrt werden kann. Es sind Ansprüche, deren Einlösung er gesetzlich durchsetzen kann.“ (Programmkommentar 1997, S. 52, Hervorhebung im Original).

Abgesehen davon, dass jede politische Ordnung mit der Einklagbarkeit der hier inflationär eingeforderten 2. und 3. Generation Menschenrechte überfordert wäre: Die Erkenntnis der Partei, dass Grundrechte als Abwehrrechte juristisch durchsetzbar sein müssen, ist immerhin eine richtige Einsicht. Mit dem überarbeiteten Programm von 2003 schien die Partei dann ihre Hausaufgaben gemacht zu haben: „Die PDS begreift sich als sozialistische Bürgerrechtspartei. Die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und ihrer Organisationen gegenüber Staat und Wirtschaft bedürfen des Schutzes. Dazu gehören im Grundgesetz verankerte individuelle Rechte gegenüber staatlichem Zugriff, rechtliche Überprüfbarkeit staatlichen Handelns, Rechtswegeggarantie und unabhängige Kontrollinstanzen

gegenüber den Sicherheitsorganen des Staates“ (PDS-Programm 2003, S. 14). Das sind zunächst einmal recht klare Worte.

Zweifel, ob die Lernprozesse wirklich erfolgreich waren, ergeben sich jenseits der Formulierungen aus dem Begründungskontext, den die Partei für ihr Grundrechtsverständnis anführt. Als Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben, so die Partei in einem Grundsatzkapitel „Unsere Ziele und Werte: Freiheit, Gleichheit und Solidarität“, benötigten die Menschen „*grundlegende Freiheitsgüter*“. Sie sind aufgezählt und sämtlich materieller Art: Frieden, saubere Luft, sauberes Wasser, Arbeit und Verteilungsgerechtigkeit. „Die Verfügung über diese Güter entscheidet, ob Menschen frei oder unfrei sind. Es sind grundlegende Freiheitsgüter. Der Anspruch auf gleiche Teilhabe an ihnen ist zugleich Anspruch auf Wahrnehmung fundamentaler Menschenrechte“ (PDS-Programm 2003, S. 2). Für die PDS hängt der Grad an Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit offenbar vom Grad einer materiellen Absicherung ab, was im Umkehrschluss heißt: Ohne Genuss sozialer Wohltaten ist der Mensch nicht frei, verfügt nicht über menschliche Würde. Er gewinnt Würde und Wert erst im sozialistischen System: Von der naturrechtlichen, humanistisch oder auch christlich begründeten Vorstellung, das Menschen von Geburt an voraussetzungslos eine natürliche Würde, Freiheit und Gleichheit zukommt, ist die Partei nach wie vor weit entfernt. Schlimmer noch: Die Konstruktion der „Freiheitsgüter“ legt nahe, dass politische Akteure (Staaten, gesellschaftliche Bewegungen und/oder Parteien) diese zur Verfügung stellen – und mithin auch wieder entziehen können. Das ist sogar ein Rückschritt gegenüber der Position der „Reformer“, wie sie im Kommentar zum Programm 1997 aufscheint; dort wird immerhin erklärt, dass Grundrechte nicht zur Disposition politischer Entscheidungen stehen dürfen. Allerdings wird mit der heutigen Position erklärbar, warum die Partei zu Menschenrechtsverletzungen in *sozialistischen Staaten* wie Kuba eher schweigt, während sie die Grundrechte als Abwehrrechte von Individuen und politischen Kollektiven gegen die „Wirtschaft“ und „Sicherheitsorgane“ in *bürgerlichen Staaten* eher bejaht.

Das Grundrechtsverständnis der „Linken“ bleibt also zutiefst doppelbödig und ist – wie in der früheren kommunistischen Tradition – sehr stark parteilich und parteiisch eingefärbt. Unter diesen Voraussetzungen stünden Grundrechte im „demokratischen Sozialismus“ der „Linken“ unter dem Vorbehalt der „sozialistischen Ziele“ der Partei – die Nähe zum alten Denken der SED ist unübersehbar, auch wenn es nunmehr in westliche

Begriffe verpackt einher kommt. Auch hier ist also Grund, hart nachzufragen:

1. Kommt Menschen voraussetzungslos Menschenwürde zu oder erst nach Zuteilung sozialer Leistungen?
2. Wer entscheidet im „demokratischen Sozialismus“ der „Linken“ über die Zuteilung von „Freiheitsgütern“?
3. Wie hält es die Partei mit Menschenrechtsverletzungen in „sozialistischen“ Staaten?

#### 2.4 ELEMENTE DES TRADITIONSVERSTÄNDNISSES: „DIE LINKE“ UND DIE SED-DIKTATUR

Keine zwanzig Jahre nach der deutschen Einheit enthüllt eine empirische Untersuchung zum Kenntnisstand von Schülern evidente Defizite zur DDR. Die Ergebnisse unterschieden sich stark zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Im Westen stimmten immerhin 76,8 % der befragten 16 bis 17 Jahre alten Schüler aller Schulformen der Aussage zu „In der DDR war der Alltag für viele durch Diktatur und Überwachung geprägt“, in den neuen Bundesländern waren es nur 51,7 %. Immerhin noch 51,6 % der Schüler in den alten Bundesländern hielten die DDR-Regierung nicht für demokratisch legitimiert, aber nur 38,5 % ihrer Alterskollegen in den neuen Ländern.<sup>11</sup> Fast durchgängig gaben die Schüler an, über die DDR nichts oder wenig zu wissen; die Ergebnisse zeigen, dass mit zunehmendem Wissensstand die Ablehnung der SED-Diktatur steigt.

Mit diesen Ergebnissen der Weichzeichnung bzw. der Unkenntnis könnte „Die Linke“ zufrieden sein. Sie hat ein natürliches Interesse daran, die DDR in möglichst günstigem Licht erscheinen zu lassen. Dazu hat sie selber aktiv beigetragen, indem sie im Zuge eigener „Geschichtsaufarbeitung“ evidente Fehlleistungen des Realsozialismus zugestanden und damit unhaltbare Positionen geräumt hat. Andererseits ist es ihr gelungen, die Diktatur durch Relativierungen aller Art zu bagatellisieren. Dazu verwendete sie besonders eine positive Hervorhebung der DDR-Alltagsgeschichte und ihrer angeblichen sozialen Leistungen, hinter der die Diktatur verblassen sollte. Den Erfolg konnte PDS-Funktionär Michael Schumann schon 1995 so einschätzen: „Die inhaltliche Spannbreite all dessen, was in den verschiedenen Gliederungen der Partei gemacht wird, ist wirklich beeindruckend. Alles das scheint mir besonders wichtig, weil

es Elemente der Geschichte des DDR-Alltags deutlich macht, und ich glaube, dass hier Grundlagen für eine spätere Geschichtsschreibung entwickelt werden, deren Bedeutung wir heute noch gar nicht zu ermessen vermögen.“<sup>12</sup>

Originalton „Die Linke“: Ältestenrat zur Geschichtsarbeit (Juli 2008)

„Mit Nachdruck wenden wir uns deshalb auch gegen Diffamierungen und Verleumdungen des untergegangenen zweiten deutschen Staates. [...] Die Mitglieder des Ältestenrates halten es für erforderlich, eine bisher noch vorherrschende Konzentration auf eine Distanzierung von der Politik *sozialistischer Führungskräfte im 20. Jahrhundert*, von damaligen *Unzulässigkeiten, Fehlern, sonstigen negativen Handlungen* und ihren nachwirkenden Folgen *zu überwinden*. Ein solches einseitiges Geschichtsbild kann gerade gegenüber vielen jüngeren Menschen zur sicher ungewollten *Verunglimpfung des Sozialismus als eines angeblich menschenfeindlichen Systems missbraucht werden*.“ (Hervorhebungen nicht im Original). Ob diese – im Juni 2008 abgegebene – Stellungnahme für alle Mitglieder repräsentativ ist, steht dahin. Aber was passierte in der Öffentlichkeit mit einer Partei, die sich anheischig machen würde, etwa eine spiegelbildliche „Würdigung“ rechtsextremer Regime zu dulden?

Selbstverständlich darf sich auch die ehemalige Staatspartei an der wissenschaftlichen Forschung zur DDR beteiligen und dazu ihre eigenen Positionen beziehen. Diese müssen sich innerhalb der Freiheit der Wissenschaft und Forschung bewähren oder können dort widerlegt werden. Widerspruch ist allerdings nötig, wenn die Täter der Diktatur mit plumpen Geschichtsklitterungen arbeiten und den Anspruch auf Deutungshoheit über ihre eigenen Taten erheben.

Originalton PDS:

Dietmar Keller zum Abschluss der Bundestags-Enquete-Kommission

Auch das ist PDS: Ihr Vertreter in der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ schloss sich zwar dem Abschlussbericht der Kommission im Januar 1993 nicht an, gab aber ein abweichendes Votum mit kritischen Einschätzungen der DDR zu Protokoll, das wiederum bei großen Teilen seiner Partei keineswegs auf Zustimmung stieß. Darin heißt es u.a.:

„Die 1946 geschaffene Einheitspartei hatte aus meiner Sicht zu keinem Zeitpunkt einen echt zivilisatorischen Charakter.

Die KPD war schon vor dem Verbot 1933 in ihrer inneren Struktur keine demokratische Partei im klassischen Sinne. Die Tatsache, dass am Beginn ihrer Gründung die Ermordung von Liebknecht und Luxemburg stand, führte im Prinzip eigentlich von der Gründung an zu einer militärischen Disziplin und Hierarchie in der Partei, was durch das Verbot von 1933 gestärkt und durch das Einwirken des Stalinismus mit der Komintern von außen gefördert wurde. [...] Die Partei verkam in ihrer Geschichte immer mehr mit einer jesuitischen Disziplin, einem jesuitischen Glauben bei fehlendem jesuitischen Intellekt zu einer Sekte. Ich rede jetzt nicht darüber, dass es viele Leute gab, die klug waren und in der Partei gewesen sind, aber sie haben ihr geistiges Potenzial meistens nicht in der Partei einsetzen können, sondern haben es außerhalb der Partei eingesetzt.“ (*Neues Deutschland* vom 22. Januar 1993)

Für seine kritischen Einschätzungen sah er sich innerhalb seiner Partei härtesten persönlichen Angriffen ausgesetzt. Er verließ sie einige Monate später.

#### 2.4.1 Die DDR als „legitimer Versuch“ und andere Rechtfertigungsmodelle

Es kann hier auf begrenztem Raum nur darum gehen, einige der gängigsten Muster der PDS bzw. der „Linken“ zur Geschichtsaufarbeitung vorzustellen.

##### ***Muster 1: Die DDR als „legitimer Versuch“***

Die Kernthese dieses Argumentationsmusters, das weniger auf das Scheitern der Diktatur als vielmehr auf die angeblich hehren Ziele ihrer Schöpfer abzielt, finden sich in dem Programm von 1993; 2003 sind sie nicht fortgeschrieben worden:

„Der Versuch, im Osten Deutschlands eine antifaschistisch-demokratische Ordnung und später eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, stand in berechtigtem Gegensatz zur Rettung des durch die Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächten und diskreditierten Kapitalismus in Westdeutschland. Zum Sozialismusversuch in der DDR gehören Fehler, Irrwege, Versäumnisse und selbst Verbrechen. Zu ihm gehören jedoch auch wertvolle Ergebnisse und Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit, um die Bestimmung der Ziele der Produktion im Interesse der werktätigen Bevölkerung, um ein solidarisches und friedliebendes Gemeinwesen auf deutschem Boden.“ (PDS-Programm 1993, S. 8, nahezu inhaltsgleich 2003, S. 32)

Man erkennt unschwer, dass hier suggeriert wird, die „antifaschistische“ Legitimation der DDR stehe im Grunde über derjenigen der Bundesrepublik, die sich anheischig gemacht habe, den durch die Verbrechen des Faschismus diskreditierten Kapitalismus zu retten. Inzwischen hat man diese Position eher zu einer „Äquidistanz“ der System-Legitimationen eingedampft. Der Ältestenrat der „Linken“ schrieb im Juli 2008 davon, es gelte die Legitimität beider deutscher Staaten und ihrer Gesellschaftsformationen anzuerkennen<sup>13</sup>. Von einer demokratischen Legitimität der DDR konnte aber schon deshalb nie die Rede sein, weil sich ihre Machthaber niemals freien, gleichen und geheimen Wahlen stellten. Sie hatten das auch nicht vor, denn die Väter der „antifaschistischen“ DDR reisten 1945 mit einem Auftrag der sowjetischen Siegermacht ein, deren System auf deutschem Boden aufzubauen. Gewiss haben viele Menschen bis zur „Stalinisierung“ der DDR mindestens anfänglich an die „demokratisch-antifaschistische Neuordnung“ geglaubt. Sie war aber nie anders denn als Übergangsordnung auf dem Weg zum Aufbau des Sozialismus in seiner stalinistischen Form geplant gewesen, wie einschlägige Lexika der DDR hinreichend klären.

Die „Legitimität“ der DDR wird auch nicht dadurch gerettet, dass sie völkerrechtlich anerkannt und Mitglied der Vereinten Nationen war. Völkerrechtliche *Legalität* knüpft lediglich an formale Kriterien an (Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt). Auch offene Diktaturen sind daher „völkerrechtlich legale“ Staaten. Mit der wertbezogenen *Legitimität* eines Regimes hat das nichts zu tun. Demokratische Legitimität gewann die DDR erst mit ihren ersten freien Wahlen am 18. März 1990.

### **Muster 2: „Wir beurteilen die DDR nicht von ihrem Ende her“**

Das Argumentationsmuster steht in enger inhaltlicher Verbindung mit Muster 1. Im PDS-Programm von 2003 heißt es dazu: „Wir beurteilen die Geschichte der DDR nicht allein aus der Perspektive ihres Scheitern und geben der vorherrschenden Totalkritik nicht nach. Diese Geschichte ist eine Quelle wichtiger Lehren und Erfahrungen, die im Ringen um Sozialismus gewonnen wurden und nicht in Vergessenheit geraten dürfen. Schon gar nicht darf der persönliche Einsatz vieler Menschen für ein anderes Deutschland missachtet werden.“ (S. 32). Zum einen spielt das Ergebnis des „sozialistischen Versuchs“ bei seiner Beurteilung sehr wohl eine Rolle, vor allem wenn man die verheerenden Folgen in die Rechnung einbezieht. Dann ergibt sich nämlich für politische Verantwortungsethik, dass man den Versuch keineswegs wiederholen darf. Auch dem angedeuteten Argument, die DDR sei zwar tragisch gescheitert, aber insgesamt von ihrer Intention her gesehen (als „sozialer“, „antifaschistischer“ und „Friedensstaat“) doch eine gute Idee gewesen, ist zu widersprechen. Die SED plante die DDR als stalinistische Parteidiktatur, als nichts sonst. Und die „wertvollen Erfahrungen“ sind vor allem Erfahrungen damit, wie man es keinesfalls machen darf. Das schließt natürlich nicht aus, dass sich viele Menschen ein „anderes Deutschland“ völlig verschieden von den Plänen der regierenden Partei gedacht hatten. Aber gleichwohl blieb der SED-Sozialismus eine verwerfliche Idee, die katastrophal scheiterte.

### **Muster 3: „Die DDR war kein Unrechtsstaat“**

Mit sehr unterschiedlichen Formulierungen räumt „Die Linke“ nicht erst heute, sondern schon seit den frühen 1990er Jahren ein, dass es in der DDR mindestens „Verletzungen sozialistischer Gesetzlichkeit“ gegeben habe. Meist wird dies gleich relativiert unter Verweis auf die angeblich rechtswidrige „Kommunistenverfolgung“ im Westen oder darauf, dass man angesichts der „Systemkonfrontation im Kalten Krieg“ eben auf beiden Seiten mal über die Strenge geschlagen habe.

Was der „Linken“ aber nicht über die Lippen kommt, ist das Eingeständnis, dass die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei, in dem Unrecht systematisch und fortdauernd zur Herrschaftsausübung eingesetzt wurde. Ein solches Eingeständnis ist für „Die Linke“ nicht akzeptabel, weil es dann einerseits Täter gebe, die man zu Recht zur Rechenschaft gezogen hätte, und weil sich die Feststellung systematischer Willkür- und Gewaltherr-

schaft, die potenziell jeden und zu jeder Zeit treffen konnte, nicht mit der schönen Legende von der sozial heimeligen DDR überein bringen lässt.

Eine gewisse Hilflosigkeit beim Umgang mit dem delikaten Thema „Unrechtsstaat“ ließ unlängst der Landtagsabgeordnete Torsten Koplin (Mecklenburg-Vorpommern) durchscheinen, als er im Oktober 2008 erklärte, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen, weil es Recht gab und dieses Recht verlässlich gewesen sei. Allerdings: Selbst alle Diktaturen kennen funktionsfähige und zumeist auch eingehaltene rechtliche Rahmen und Prozeduren, ohne die moderne Gesellschaften schlicht nicht funktionsfähig wären. Ein Brötchenkauf blieb in der Bundesrepublik wie in der DDR ein zivilrechtliches Geschäft, in der DDR allerdings nur so lange, wie Partei und Staatssicherheit nichts dagegen hatten. Wenn man dies als Kriterium nimmt, käme man sogar für das Dritte Reich zu dem Ergebnis, es sei ein Rechtsstaat gewesen. Und das wird selbst „Die Linke“ nicht ernsthaft behaupten wollen.

### **Muster 4: Die DDR als soziale Idylle**

Wer Programmpapiere der PDS bzw. der „Linken“ studiert, wird immer wieder den Appell finden, man solle doch bitte die DDR nicht auf ihre bisweilen repressiven und autoritären Aspekte „reduzieren“. Es gebe schließlich auch positive Erfahrungen, welche die „Programmatischen Eckpunkte 2007“ auf den Nenner bringen: „Beim Beitritt der DDR zur BRD sind wichtige Erfahrungen aus der DDR, wie eine umfassende Kinderbetreuung, ein modernes Schul- und Bildungssystem, die ökonomische Gleichstellung der Frauen, ortsnahe Kultureinrichtungen und das Prinzip der Polikliniken, auf ihre eventuelle Übernahme für Gesamtdeutschland weder geprüft noch übernommen worden.“ (S. 3). Die Liste der „sozialistischen Errungenschaften“ hatte sich 1993 noch eindrucksvoller gelesen. Zur Erfahrung der DDR-Bürger hätten „die Beseitigung von Arbeitslosigkeit, weitgehende Überwindung von Armut, ein umfassendes soziales Sicherungssystem, bedeutende Elemente sozialer Gerechtigkeit“ gehört (S. 8). Nichts davon hält einer Prüfung an den Fakten stand, sieht man einmal davon ab, dass viele dieser „Errungenschaften“ auch oder sogar vor allem ihre Ursache im Wunsch der Partei nach vereinfachter Kontrolle der Bevölkerung fanden.

Aber die Legenden sind enorm wirksam, wie die Ergebnisse der erwähnten Schülervfrage zeigen. Selbst in Bayern und in Nordrhein-Westfalen

waren die Schüler mehrheitlich der Meinung, dass hinsichtlich des Zusammenhalts in der Familie, der Hilfsbereitschaft der Menschen, der Mietpreise, des Angebots an preiswerten Büchern und Schallplatten sowie der Sportförderung die DDR schätzenswerter als die Bundesrepublik gewesen sei. Nimmt man die Ergebnisse für Brandenburg und den ehemaligen Ostteil Berlins hinzu, so erweitert sich die Liste der angeblichen Wohltaten der DDR um: Schulausbildung, Betreuung in Kindergärten und Schule, Recht und Ordnung, Sicherheit im Alltag, Freizeitangebot für Jugendliche, Renten und Versorgung im Alter, Ausbildungsplätze und soziale Gerechtigkeit.

Das allerdings ist ein Ergebnis, dass politisch-historische Aufklärung weit oben auf die pädagogische Agenda setzen sollte.

#### 2.4.2 Schatten der Staatssicherheit: die Leiche im Keller

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) verstand sich als „Schild und Schwert der Partei“. Es war nicht etwa, wie gelegentlich wegen der immensen Größe und Reichweite dieses Nachrichtendienstes gemutmaßt wird, ein „Staat im Staate“, sondern ein Instrument, das die SED keinen Moment aus der Kontrolle entließ. Versuche der SED-PDS, das Instrument in verkleinerter Form um die Jahreswende 1989/90 als „Amt für Nationale Sicherheit“ in die Zeit nach dem Ende der Diktatur zu retten, vereitelte die Bürgerbewegung. Sie erzwang auch die Offenlegung der Akten des Unterdrückungsapparates nach rechtsstaatlichen Regeln – gegen diejenigen Kräfte in beiden Teilen Deutschlands, die lieber einen Schlusstrich unter die Diktatur gezogen und damit den Tätern eine kalte Amnestie geschenkt hätten.

Der eigentliche Verantwortliche für die Aktivitäten des MfS war jedoch die fortexistierende SED. Sie hatte, wie mit langjähriger Verzögerung enthüllt wurde, in der für die Partei kritischen Situation des Winters 1989/90 die Staatssicherheit als „Sündenbock“ geopfert, um sich selber zu retten.

#### Hintergrund: Die Stasi als Sündenbock

Der ehemalige Dresdner Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer schildert dies so:

„Es war am 3. Dezember 1989, unmittelbar vor dem Weggang von Schalck in den Westen. (Hans) Modrow lud zu einem Gespräch ins Haus des Ministerrats, in sein Arbeitszimmer. Eingeladen waren Gysi, Berghofer, (Markus) Wolf und Wolfgang Pohl. [...] Modrow sagte: ‚Genossen, wenn wir die Partei retten wollen, brauchen wir Schuldige!‘ Ich fragte: ‚Wie stellst du dir das vor? Die Schuldigen sind wir.‘ ‚Nein, das kann man so nicht sehen. Wir brauchen Verantwortliche, zu denen es in der Gesellschaft schnell einen Konsens gibt und die Massen sagen, jawohl, das sind die Schuldigen. Das kann nicht die SED sein.‘ ‚Wer soll das sein?‘ ‚Das Ministerium für Staatssicherheit‘, sagte er. Daraufhin sprang Wolf in die Höhe und sagte: ‚Hans, wir – Schild und Schwert der Partei – haben doch nie etwas ohne Befehle von Euch gemacht.‘ ‚Ja‘, sagte er, ‚Mischa, bleib ruhig. Die Aufklärung des MfS halten wir selbstverständlich aus dieser Einschätzung heraus.‘“ (Manfred Wilke, „Wenn wir die Partei retten wollen, brauchen wir Schuldige. Der erzwungene Wandel der SED in der Revolution 1989/90. Interview mit Wolfgang Berghofer“, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2007*, Berlin 2007, S. 396-421, zit. 408)

Die anleitende Partei hat also verständlicherweise große Probleme mit der Hinterlassenschaft ihres Instruments. Sie muss die sozialen und politisch-revanchistischen Interessen ihrer ehemaligen Geheimdienstmitarbeiter unterstützen, gehören diese doch zur treuesten Klientel der SED. Andererseits passen Enthüllungen über die Zuträgerschaften von PDS-Mitgliedern zum früheren MfS nicht in das gewandelte Image der Partei. Beschlüsse der PDS, ihre Mitglieder mögen doch ihre Biografien insofern offen legen, wurden daher schon nach zwei Jahren faktisch zurück genommen. Sie waren, was verständlich ist, einfach nicht durchsetzbar.

In der Lobbyarbeit für die Zusammenschlüsse früherer MfS-Mitarbeiter war die Partei sehr erfolgreich: Höhere Stasi-Offiziere zählen heute zu den bessergestellten Rentnern im Osten. Die Partei hat aber zusätzlich ein Interesse daran, die Tätigkeit des MfS als „quasi-normaler“ Geheimdienst weich zu zeichnen und zu beschönigen, weil damit auch das Bild der SED-Diktatur verblassen würde. Diese Deutungshoheit darf man der „Linken“ nicht einräumen, denn das MfS war ein Kerninstrument der Diktatur.

### 2.4.3 Furchtbare Vorbilder: Lenin, Liebknecht, Luxemburg und andere

Alle Parteien kennen Vorbilder, die sie besonders geprägt haben und zu denen sie aufschauen. Die PDS war in dieser Frage benachteiligt: Erstens stand die Herausstellung von Idolen bei Kommunisten nach 1989 im Verdacht, dem offiziell geächteten Personenkult Vorschub zu leisten, und zweitens waren die Piecks, Grotewohls, Ulbrichts, Materns und Honeckers plötzlich und mit der von jeher bekannten Gründlichkeit einer kommunistischen Säuberung als nicht mehr akzeptabel aus der Ahnengalerie entfernt worden.

Ratlosigkeit drückte daher auch die im Statut der Partei von 1990 erfolgte prinzipienlose Aufzählung ganz widerstreitender Persönlichkeiten aus: Genannt wurden Karl Marx und Friedrich Engels, Wilhelm Liebknecht und August Bebel, Eduard Bernstein und Karl Kautsky, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Wladimir Iljitsch Lenin und Antonio Gramsci. Die hier in Mithaftung genommenen Sozialdemokraten wurden später aus der Ahnenliste wieder entfernt und als Stammbesetzung haben sich neben dem nicht erwähnten Ernst Thälmann und dem meist nur Parteiintellektuellen bekannten Gramsci das Trio Lenin, Liebknecht und Luxemburg herauskristallisiert.<sup>14</sup>

Lenin, Gründervater jener Sowjetunion, die 20 Millionen Tote auf dem Gewissen und einen halben Kontinent ruiniert hat, gilt als wenig umstritten. Nur wenige sind so vorsichtig wie Gysi, der feinsinnig schrieb, Lenin sei „sicherlich ein genialer Analytiker des Imperialismus gewesen“<sup>15</sup>. Gröber zu Werke ging da schon Parteihistoriker Stefan Doernberg, der sich in *Neues Deutschland* vom 2. Mai 1995 dazu einließ, kein Politiker des 20. Jahrhunderts habe Lenins Leistung übertroffen. Auch das Papier des Ältestenrates der „Linken“ vom Sommer 2008 lobt Lenins „entgegen allen Verleumdungen bleibenden Beitrag zum heute nicht minder aktuellen wissenschaftlichen Sozialismus“.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, beide Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands um die Jahreswende 1918/19, mit der die Sozialdemokratie gespalten und die Keimform eines deutschen Stalinismus gelegt wurde, stehen offiziell höher im Kurs bei der „Linken“. Nach Rosa Luxemburg hat sie sogar ihre parteinahe Stiftung benannt.

Beide Parteiführer begründen die stalinistische Urlegende vom „sozialdemokratischen Verrat“ an der Arbeiterbewegung, als Liebknecht im August 1914 im Reichstag gegen seine Fraktion die Kriegskredite ablehnte. 1917 als „Spartakusbund“ von der SPD abgespalten, unterstützten sie die Ausrufung der demokratischen Republik am 9. November 1918 nicht, sondern zettelten in Berlin einen Aufstand an, der die Nationalversammlung dazu zwang, nach Weimar auszuweichen. Da die neue Ordnung noch nicht etabliert war, wäre es etwas zugespitzt, von Hochverrat zu sprechen. Aber gemessen an den Idealen einer demokratischen Republik waren Liebknecht und Luxemburg als Anhänger der Bolschewiki in Russland keine Befürworter einer Demokratie. Für beide realisierte sich das Risiko, das ein Revolutionär in einer von ihm selbst angezettelten Revolution eingeht: Sie wurden von Freikorps-Militärs ergriffen und kurzerhand umgebracht. Das war unbezweifelbar jenseits jeder Legalität und gewöhnlicher Mord. Beide bekamen keine Chance, sich auch nur in einem unter dem Ausnahmezustand durchgeführten halbwegs rechtsförmigen Verfahren zu rechtfertigen.

#### Hintergrund: Rosa Luxemburg und die Demokratie

Ob die beiden Märtyrer deshalb auch politische Vorbilder sein sollten, scheint eher zweifelhaft. Rosa Luxemburg wird heute gerne auf ihre Kritik an Lenins Parteimodell und auf ihren berühmten Ausspruch reduziert, Freiheit sei immer nur die Freiheit des anders Denkenden. Das klingt sympathiewerbend demokratisch. Der Kontext der Legende lässt ihn etwas anders erscheinen.

Tatsächlich kritisierte Luxemburg Lenins Vorstellung, dass die Revolution von einer „Avantgarde des Proletariats“, der Kommunistischen Partei, *angeleitet* werden solle. Sie selber hielt nichts von Reformen im bestehenden System, wenn sie nicht unmittelbar für die Ergreifung der Macht von Nutzen sein konnten. Die nach ihrer Auffassung zwingend heranreifende Revolution sollte durch *spontane Streiks der Massen* durchgeführt werden. Luxemburg unterstellte, dass die *Diktatur des Proletariats* die der *großen revolutionierenden Mehrheit* sein müsse, einer Anleitung durch eine Partei elitärer Kader bedürfe es nicht. Die Diktatur dieser Mehrheit blieb indessen Diktatur: gewaltsam, kompromisslos, menschenrechtsverletzend, wenn auch „spontan“. Minderheitenrechte oder Einsprachen unterlegener Klassen waren nicht vorgesehen.

Luxemburgs „Freiheit der anders Denkenden“ meint nicht etwa Minderheitenschutz in einer Demokratie, sondern „Freiheit der anders denkenden Revolutionäre.“ Nur sollte diese nicht organisiert, sondern spontan sein. Damit erinnert Luxemburgs Revolutionsverständnis an die gewaltvollen Aufwallungen eines spontanen Mobs, der – wie aus leidvollen Erfahrungen gerade des 20. Jahrhunderts bekannt – plündert, mordet und nicht selten ethnische Säuberungen veranstaltet. Das konnte sie Anfang des Jahrhunderts vielleicht noch nicht so genau wissen – obwohl es ja rassistisch motivierte und antisemitische Programe auch damals gegeben hat. Lenin, der den Massenterror juristisch rechtfertigen und administrativ geregelt organisieren wollte, ersparte sich solche Anflüge von „demokratischer“ Spontaneität und schritt ganz zynisch zu dem, was später Stalinismus wurde.

Aber auch die Diktatur einer Mehrheit ist Unrecht, Gewalt und Terror. Rosa Luxemburg ist kein Vorbild für Demokraten. Ihre Kritik an Lenin ist nicht menschenrechtlich motiviert. Und nach Maßstäben der Realitätstauglichkeit ihrer Konzepte war sie seinem Zynismus der Macht unterlegen. Ihre sozialökonomischen Prognosen erwiesen sich durchweg als falsch. In politischer Hinsicht scheiterte sie. Kritisch zugespitzt könnte man sagen: „Die Linke“ hat sich eine Ikone ausgesucht, die nicht nur ziemlich naiv, sondern auch nicht besonders klug gewesen ist.

Das wiederum kann man von Antonio Gramsci nicht sagen. Der lebenslange Anhänger Lenins sann über ein Konzept nach, wie in einem stabil bürgerlichen Europa eine revolutionäre *Minderheit* die Revolution machen könnte. Seine Antwort lautete: Durch Untergrabung der ideellen und normativen Grundlagen der liberalen Demokratie. Gramsci hielt sich nicht mit Überlegungen Luxemburgs auf, die stets auf der Diktatur als *Diktatur der Mehrheit* bestand. Für ihn genügte eine kluge Taktik, mit der *die Minderheit* die Macht erobern konnte. Insofern sind die Bezüge der „Linken“ zu Gramsci sehr interessant, wird die Partei doch nicht müde zu betonen, dass sie ihren Weg nur durch Eroberung von Mehrheiten machen will.

Aber vielleicht genügen ja auch gesellschaftliche Mehrheiten, die in nicht streng formal legitimierten Gremien von „Gegenmächten“ generiert werden.

Bleibt Ernst Thälmann. Der 1933 inhaftierte und 1944 von der SS in Buchenwald ermordete KPD-Vorsitzende „gehört“ eigentlich eher der DKP.

Sie ließ in den 1970er Jahren mit SED-Geldern sein Wohnhaus in Hamburg kaufen, benannte Ehrenbanner und Parteaufgebote nach ihm. Dass „Teddy“ für Säuberungen in der Partei stand, ordentlich korrupt war und die Hamburger KPD in den sinnlosen Aufstand 1923 gejagt hatte, spielte da keine Rolle. Für die Thälmann-Verehrung schickt „Die Linke“ heute eher ihre Hardliner vor: Zum DKP-organisierten Thälmann-Gedenken 2008 rückte die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin ihrer Fraktion, ans Mikrofon. Sie erklärte, weiter für Bündnisse mit der DKP und auch mit den Autonomen eintreten zu wollen. Eine interessante Aussage: Werden Autonome dann demnächst in Bundesländern, die von der „Linken“ mitregiert werden, als „antifaschistische“ Hilfspolizisten gegen Aufmärsche von Rechtsextremisten eingesetzt (Armbinden genügen zu ihren Zeiten sowohl der SA als auch den „Helfern der Volkspolizei“)?

- 1| *Sahra Wagenknecht, Marxismus und Opportunismus. Kämpfe in der sozialistischen Bewegung gestern und heute, in: Weißenseer Blätter Nr. 4/1992, S. 12-16, hier S. 13 und 14.*
- 2| *So die Zeitung „Arbeiterkampf“ (Nr. 319 vom 28.05.1990, S. 19) nach Angaben der PDS.*
- 3| *Angaben nach Patrick Moreau/Rita Schorpp-Grabiak, „Man muss so radikal sein wie die Wirklichkeit“ – Die PDS: eine Bilanz, Baden-Baden 2002, S. 92.*
- 4| *Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. (Hrsg.), Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 14.*
- 5| *PDS-Zeitschrift „Disput – was und wie“ 2/1993, S. 21.*
- 6| *Beschluss des Parteivorstandes vom 12.06.2006, im Internet unter <http://archiv2007.sozialisten.de/partei/geschichte/beschlusse>.*
- 7| *Quelle: Oskar Niedermayer, Stand 2007, zit. nach Eckhard Jesse/Jürgen Lang, Die Linke - der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008, S. 173.*
- 8| *Parteiangaben nach Verfassungsschutzbericht 2007, S. 134.*
- 9| *Ebenda, auch: jW. vom 25.09.2007.*
- 10| *Angaben lt. FAZ vom 30.07.2008.*
- 11| *Monika Deutz-Schröder/Klaus Schröder, „Soziales Paradies oder Stasi-Staat?“ Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich, Berlin 2008.*
- 12| *Michael Schumann, Zum Sinn unserer politisch-historischen Debatte, PDS-Pressedienst vom 28.05.1993, S. 7.*
- 13| *Anregungen zum Umgang mit der Geschichte, im Internet unter [http://die-linke.de/partei/geschichte/anregungen\\_zum\\_umgang\\_mit\\_der\\_geschichte](http://die-linke.de/partei/geschichte/anregungen_zum_umgang_mit_der_geschichte).*
- 14| *Ob es ein Bedürfnis gibt, die berühmten „3 L“ (Lenin, Liebknecht, Luxemburg) demnächst um den „Enkel von Willy Brandt“, Lafontaine, um ein viertes „L“ ergänzt werden muss, wird sich weisen.*
- 15| *„Streitschrift zur Erneuerung der Politik“, Nr. 2 – Oktober 1990, S. 7.*

### 3. UMRISSE DES „DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS“ DER „LINKEN“

„Die Linke“ versteht sich als in der Tradition einer marxistischen Gesellschaftsanalyse stehende Partei, die auf eine sozialistische Vision hinarbeitet. Ihr Sozialismusverständnis ist mehrdimensional: Sozialismus soll ein Wertesystem, ein Weg, also eine politische Methode, und ein Ziel, also der zu erreichende ideale Zustand der Gesellschaft, sein. Sie beschreibt diesen als „demokratischen Sozialismus“ und bedient sich damit vordergründig eines Begriffes, der historisch mit der Sozialdemokratie in Verbindung steht: der sozialen, an Idealen der Gleichheit und Emanzipation orientierten demokratischen Republik. Mit dieser Tradition hat „Die Linke“ aber historisch nichts zu tun; ihre Traditionslinien verweisen gerade nicht auf Demokratie, sondern auf Sozialismus in einer anderen logisch konsequenten Ausprägung der Marx-schen Ideen: als leninistisch-stalinistische Diktatur.

Die Übernahme des Anfang der 1990er Jahre von der SPD für lange Jahre fallen gelassenen Sozialismusbegriffs und seine suggestive Verknüpfung mit der Tradition der sozialen Demokratie stellt mithin einen propagandistischen und historischen Raubzug dar. Mithin wäre die Partei nachweis-pflichtig, wie sie zu einer so plötzlichen Lösung von ihren leninistisch-stalinistischen Wurzeln und zu einer „Sozial-Demokratisierung“ kommen konnte. Jenseits der propagandistischen Selbstdarstellung geht es um die Klärung der *tatsächlichen*

*Inhalte und Fernziele* des „demokratischen Sozialismus“ der PDS bzw. heute der „Linken“.

#### 3.1 MARXISMUS ALS SYSTEM- ODER KAPITALISMUS-KRITIK?

##### 3.1.1 „Antikapitalismus“ als Wirtschaftskritik

Das Hauptwerk von Marx *Das Kapital* führte den Untertitel „Kritik der politischen Ökonomie“. In drei voluminösen Bänden untersuchte und kritisierte es die (angeblichen) Funktionsmechanismen des frühen Industrialismus in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Während seine vermeintlich ökonomischen Gesetzmäßigkeiten (tendenzieller Fall der Profitrate, etc.) heute längst widerlegt sind, ist seinen soziologischen Schilderungen wenig entgegenzusetzen (Armut, Verelendung, 16-Stunden-Arbeitstag, etc. gab es). Aber: Seine Schilderungen sind dem zeithistorischen Kontext geschuldet, seine Überlegungen einfach auf die heutige Zeit zu beziehen, ist schlicht unzulässig.

Dieses Analyseinstrument von Marx für bis heute im Wesentlichen zutreffend und anwendbar zu halten, mag vielleicht ein Irrtum sein, ist aber sicherlich nicht als Verstoß gegen den Geist des Grundgesetzes vorhaltbar. Dieses hat sich zwar auf die Staatsorganisationsprinzipien (Demokratie, Rechtsstaat, Föderalismus, Sozialstaat) festgelegt, nicht aber auf eine bestimmte Wirtschaftsform. Implizit werden aber zumindest bestimmte Wirtschaftsformen bzw. wirtschaftspolitische Extrema wie Laissez-faire-Kapitalismus oder Sozialismus ausgeschlossen. Die Ausgestaltung der Wirtschaftsform obliegt politischer Gestaltung. Im Grundgesetz sind sogar Vorschriften verankert wie die Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit (Art.14 Abs.3 GG) oder die Überführung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln in Gemeineigentum (Art.15 GG). Sie bedeuten, dass eine sozialistische Politik, falls mehrheitsfähig, in den Grenzen der Grundrechtsbindung und der übrigen Staatsorganisationsprinzipien nicht grundsätzlich verfassungswidrig wäre.

## Argumentationshinweis:

Gerne verweisen Sozialisten und Kommunisten auf diese beiden Grundgesetzbestimmungen und auch darauf, dass das Ahlener Programm der CDU von 1947 (also vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland) ebenfalls Vergesellschaftungen vorsah. Heute erhalten diese Vorwürfe neue Nahrung durch Bankenverstaatlichungsdebatte. Wenn also Exponenten der Kommunistischen Plattform wie Sahra Wagenknecht vollmundig die Verstaatlichung des BMW-Konzerns fordern, so ist das – für sich betrachtet – nicht unbedingt ein Beleg für ihre verfassungsfeindlichen Auffassungen.

Außerdem schreibt das Grundgesetz bei Enteignungen und Sozialisierungen eine angemessene Entschädigung der bisherigen Eigentümer (oder Aktionäre) vor. Dies wird von der „Linken“ gerne unterschlagen. Das Szenario könnte im Falle einer Verstaatlichung von BMW – stark vereinfacht und überschlägig gerechnet – so aussehen: Der Konzern hat einen aktuellen Börsenwert von rund 25 Milliarden Euro. Würde man sich auf eine Entschädigung von 20 Milliarden Euro einigen, müsste die Bundesrepublik praktisch die gesamte Summe – pro Kopf der Bevölkerung 250 Euro – auf dem Kapitalmarkt aufnehmen und in den nächsten Jahrzehnten bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 5 % tilgen. Allein im ersten Jahr würden demnach rund eine Milliarde Euro Darlehenszinsen fällig. Banken und Kapitalgeber würden an diesem Abenteuer extrem gut verdienen. Und nicht nur das: Da das Kombinat BMW künftig als Unternehmensziel nicht mehr marktwirtschaftlicher Rentabilität, sondern „sozialer Gerechtigkeit“ zu folgen hätte, also etwa hohen Löhnen, niedrigen Arbeitszeiten, einer umfassenden Versorgung der Belegschaft mit Betriebskindergärten und Polikliniken, stiegen Arbeitskosten und damit die Preise seiner künftig auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähigen Produkte rasch an. Einen solchen Betrieb mit (steuerfinanzierten) Subventionen am Leben zu erhalten, ginge nur, wenn man zuvor aus der EU austräte. Der Konzern wäre demnach alsbald pleite, während die Bevölkerung noch Generationen für die Verstaatlichung zu zahlen hätte. Für die sozialistischen Bankrotteure würde sich hingegen zumindest für einige Zeit eine größere Anzahl gut dotierter Funktionärsposten in der Kombinatiensleitung ergeben. Und das wäre nicht das einzige Desaster, das die Partei plant: Sie will z.B. auch die Energieversorger einschließlich der Strom- und Gasnetze verstaatlichen über die bereits heutige Kontrolle durch die BNetzA hinaus. Die Kosten rechnete die SPD-Bundestagsfraktion aus und kam zu dem lakonischen Ergebnis: „einmalig 150 Milliarden Euro.“<sup>1</sup>

Für „Die Linke“ ist ausgemacht, dass der „neoliberale Kapitalismus“ nicht überleben darf. Bei seiner Beschreibung folgt sie einer angemessen angepassten Darstellung Marxscher Kernthesen, nach denen kapitalistische Wirtschaftsformen sich durch die Ausbeutung abhängig Beschäftigter einerseits und die Bereicherung einer kleinen Schicht von Eigentümern an den Produktionsmitteln andererseits auszeichnen. Dem Profitverwertungsinteresse der Kapitaleigner, repräsentiert vor allem durch das international agierende Finanzkapital, würden heute politische, gesellschaftliche, ökologische und kulturelle Entwicklungsziele unterworfen. Ungebremste Profitsucht gefährde die Sicherheit aller, daher sei ein „Richtungswechsel in der Wirtschaftspolitik“ (PDS-Programm 2003, S. 13) unvermeidbar. Es droht nicht mehr und nicht weniger als das Ende der Zivilisation, falls die „Profitdominanz“ nicht überwunden werde:

„In den Profit- und Herrschaftsinteressen der international mächtigsten Teile des Kapitals und in dem Bestreben, die Entwicklung des ‚Nordens‘ auf Kosten des ‚Südens‘, der Natur und der zukünftigen Generationen zu betreiben, sehen wir die Ursachen für die Gefährdung der menschlichen Zivilisation. Wir wollen, dass diese gesellschaftlichen Strukturen zurückgedrängt und schließlich überwunden werden, damit die Menschheit einen Ausweg aus dieser zerstörerischen Entwicklungslogik findet. In diesem Sinne sind wir konsequent antikapitalistisch.“ (PDS-Programm 2003, S. 2)

Ihr Ziel ist, „den Einstieg in eine umfassendere Umgestaltung der Eigentums- und Machtverhältnisse vorzubereiten, die die Dominanz des Profits über die Gesellschaft bricht.“ Damit ist klar, dass die von der „Linken“ angestrebte Politik die bisherige Eigentumsordnung auf das Grundlegendste in Frage stellt. Allerdings sollte sich niemand etwas über die erhebliche Reichweite der enteignenden Zugriffe der früheren Staatssozialisten vor-machen:

„Die Eigentumsfrage als eine Grundfrage der sozialistischen Bewegung ist für uns vor allem eine Frage der realen Verfügung über wirtschaftliche Machtressourcen, bei deren Regelung Rechtstitel eine wesentliche Rolle spielen. Entscheidend sind realer Inhalt und soziale Wirkung konkreter Eigentumsordnungen.“ (PDS-Programm 2003, S. 4)

### 3.1.2 „Antikapitalismus“ als Systemkritik

Die verzerrte Beschreibung westlicher Gesellschaften als Orte einer „Dominanz kapitalistischer Machtstrukturen“ (Programmkommentar 1997, S. 34) oder sogar die Rede von einer „gesellschaftlichen Dominanz der Profitlogik“ (PDS-Programm 2003, S. 3) unterscheidet sich in ihrer Dürftigkeit kaum von vulgär-marxistischen Phrasen der früheren SED-Propaganda. Sie reduziert nicht nur die Komplexität der Weltwirtschaftsordnung und der Politik, sondern kann auch nicht ansatzweise erklären, warum das angeblich so dominante Kapital sich andauernd gravierende „Verwertungshindernisse“ in Gestalt einer Vielzahl sozialer Verbindlichkeiten, Umweltauflagen, Werbe- und Wettbewerbsverbote durch parlamentarische Mehrheiten aufdrängen lässt.

Das Kapitalismusbild der Partei blendet die offensichtlichen Interessenkonflikte zwischen Akteuren auf dem Finanz- und Kapitalmarkt einerseits und gegenläufigen Kräften im politischen System einer pluralistischen Gesellschaft andererseits weitgehend aus. Für „Die Linke“ scheint die „herrschende Politik“ durchweg das Geschäft des „globalisierten Kapitalismus“ zu betreiben; besonders deutlich kommt das darin zum Ausdruck, wie sie die SPD als „Partei des Sozialabbaus und der Angriffskriege“ beschimpft. Ein umfassender Politikwechsel, so die Botschaft, sei nur mit der „Linken“ möglich.

Die Sichtweise der Partei wird erklärbar, wenn man sich vor Augen hält, wie stark gerade die alten Kader der SED von der marxistischen Staatstheorie geprägt sind, nach dem das Wirtschaftssystem – marxistisch: die „ökonomische Basis“ – das eigentlich bestimmende Moment einer Gesellschaftsordnung darstellt, während den Institutionen des politischen Systems und der Zivilgesellschaft nur nachgeordnete Bedeutung als so genannter „Überbau“ zukommt. Deshalb bezeichnet die Partei die Bundesrepublik auch stets als „kapitalistisches System“ und nicht etwa als „demokratisches Regierungssystem“ mit „marktwirtschaftlicher Wirtschaftsordnung“: Sie geht mit Marx davon aus, dass die Wirtschaftsform letztlich auch die politische Ordnungsform bestimmt. Der „Überbau“ ist demnach lediglich eine „Widerspiegelung“ der ökonomischen „Basis“ und das politische System mithin eine Folge des ökonomischen, nicht etwa umgekehrt. Dem entsprechend verschwindet bei einer revolutionären Änderung der Basis anschließend zwingend auch der Überbau. Original. zitat Marx: „Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die

materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt haben [...] Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um.“<sup>2</sup> Genau diese zwingende Abfolge wird durch den realen Geschichtsverlauf widerlegt.

Es gehört offenbar zur semantischen Modernisierung der Partei, dass „Die Linke“ die marxistischen Begriffe „Basis“ und „Überbau“ kaum mehr verwendet. Dass sie aber insgesamt an der mit ihnen verbundenen Perspektive der marxistischen Staatstheorie festhält, dafür liefert sie allein in ihren offiziellen Dokumenten zahllose Belege:

„Die Dominanz der Inhalte des wirtschaftlichen Wettbewerbs über Zielstellungen des politischen und kulturellen Wettbewerbs ist ein Hauptcharakteristikum der spezifisch kapitalistischen Moderne.“ (Programmkommentar, S. 35)

„Damit ist auch klar, dass die durch den Kapitalismus geprägte gegenwärtige Demokratie und die gegenwärtige Form des Marktes unter sozialistischem Vorzeichen grundlegenden Veränderungen zu unterwerfen sind.“ (Programmkommentar, S. 28 f.)

Indessen ist dieses Staatsverständnis der „Linken“ von entscheidender Bedeutung dafür, ob sie nach der von ihr gewünschten „grundlegenden Veränderung“ der Wirtschaftsform die tragenden Elemente der Verfassung (vor allem Grundrechte wie Privateigentum, freie Berufswahl, etc.) achten würde oder ob sie eher der Sicht von Marx zustimmt, wonach im Anschluss an eine „Umwälzung der Produktionsverhältnisse“ auch die Institutionen des Staates und der Zivilgesellschaft keinen Bestand haben können. Freilich würden solche Pläne – entgegen der Bestandsgarantie (Art. 79 GG) bestimmter Rechte – dem deutschen Grundgesetz widersprechen, welches in bemerkenswerter Weise politischer Stabilität und Wohlstand den Weg ebnete.

### Exkurs: Das Gerede von der „Systemfrage“

Als Hinweis auf „revolutionäre“ Ambitionen der Partei kann man die in letzter Zeit häufigere Erwähnung der „Systemfrage“ durch ihre Funktionäre werten. Bisky, Gysi und Lafontaine hatten dies in ihre Reden zum Vereinigungsparteitag 2007 aufgenommen, Lafontaine betonte, „Die Linke“ werfe als einzige Partei die Systemfrage auf. Bisky ließ durchblicken, dass er damit auch den beabsichtigten Bruch der Verfassungsordnung meine: „Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten noch mal zum Mitschreiben: Die, die aus der PDS kommen, aus der Ex-SED, und auch die Partei DIE LINKE – wir stellen die Systemfrage“ (Rede Biskys auf der 3. Tagung des 10. Parteitages der PDS, 15. Juni 2007, in: *Disput* 6/2007, S. 55).

Das abwertende Gerede von der Demokratie als „System“ hat unter deutschen antidemokratischen Bewegungen Tradition. Auf der extremistischen Rechten führte es schon die NSDAP („System von Weimar und Versailles“) im Munde, desgleichen heute die NPD. „Die Linke“ spricht neuerdings mit überraschender Deutlichkeit ausdrücklich von „System“, nicht von „Wirtschaftssystem“. Für die mit dem Marxismus als politischem Wahrnehmungsmuster vertrauten Mitglieder der Partei ist das Signal deutlich: „Die Linke“ wendet sich gegen die bisherige Form des demokratischen Verfassungsstaates und hat nicht nur Korrekturen an der Wirtschaftsordnung im Sinn. Der nunmehr öffentlich angekündigte, bisher begrifflich eher vorsichtig umschriebene Verfassungsbruch hat wohl mit dem gestiegenen Selbstbewusstsein der Partei zu tun.

### 3.1.3 Wege zum „demokratischen Sozialismus“

Der „demokratische Sozialismus“ der „Linken“ ist nach ihrer eigenen Einschätzung „Wertesystem, Weg und Ziel“. In ihren Programmen hat die Partei nie ein Hehl daraus gemacht, dass ihre politischen Ansichten über den Kapitalismus hinaus weisen. Das hatte schon Gysi 1990 bekundet, als er den spezifischen Unterschied zwischen seiner Partei und der SPD so charakterisierte: „Sie (die Sozialdemokraten) wollen dieses System verbessern, wir wollen es, in letzter Konsequenz, überwinden.“<sup>3</sup> Solche Festlegungen durchziehen dann sämtliche Programme. Zunächst hieß es, in der PDS hätten „sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand

damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.“ (PDS-Programme 1993, S. 25, und 2003, S. 33) – was wohl heißen soll, dass es die Partei mit der Verfassungstreue ihrer Mitglieder nicht so genau nehmen will. Von „Widerstand“ ist in beiden Programmen von 1993 und 2003 die Rede, auch davon, dass die „Überwindung“ der Verhältnisse angezeigt sei. Die „Reformer“ in der Partei werden dabei als solche beschrieben, die die „gegebenen Verhältnisse“ – also die gegenwärtig existierenden – erst einmal im Sinne der Partei „positiv zu verändern“, sie dann aber dennoch „schrittweise zu überwinden“ trachteten.

### Hintergrund: Die „Dialektik von Reform und Revolution“ bei der DKP

Gerade die letztere Strategie verweist auf bestimmte Traditionen und Vorbilder: Im Erfahrungsschatz kommunistischer Strategie und Taktik gibt es die Botschaft, dass man unterscheiden solle zwischen (scheinbar systemkonformen) Reformschritten am kritisierten System als Nahzielen und seiner abschließenden revolutionären Überwindung als Fernziel. Diese „Dialektik von Reform und Revolution“ war ursprünglich nicht für die regierende SED wichtig, wohl aber für ihre westdeutsche Dienstleisterin DKP. Sie musste sich offen revolutionärer Sprüche enthalten, weil ihre aggressiv-kämpferische Agitation 1956 zum Verbot der KPD geführt hatte. So wurde die DKP Spezialistin für „Wege zum Sozialismus“ unter den Bedingungen einer westlichen parlamentarischen Demokratie. Sie musste ihren Anhängern signalisieren, dass einerseits die Revolution nicht vergessen, andererseits taktische Zurückhaltung angebracht war. Deswegen tritt die DKP im Kapitalismus für „Reformen in systemüberwindender Absicht“; diese sollten einen „Weg zum Sozialismus öffnen“, der selbstverständlich als nicht umkehrbar betrachtet wurde. Die Revolution hieß bei ihr „grundlegender Bruch“, die Diktatur des Proletariats „Macht der Arbeiterklasse“ und die Vorform einer von der DKP getragenen Koalition mit nützlichen Bündnispartnern „antimonopolistische Demokratie“ oder noch unverdächtiger „breites demokratisches Bündnis“. Die „Dialektik von Reform und Revolution“ wurde für die SED nach dem November 1989 extrem wichtig. Und aus dem von der DKP beschworenen „grundlegenden Bruch“ wurde die „Transformation“ in den Programmen der PDS.

Selbst die Überlegungen einer schrittweisen Demokratieüberwindung, bei der einem radikalen „Bruch“ als Endziel an sich legale Reformen in systemüberwindender Absicht voraus gehen, hat sie beibehalten: „Die Linke“ wird gesellschaftlichen Protest, den Einsatz für soziale Verbesserungen und die Entwicklung von Reformalternativen *unter den gegebenen kapitalistischen Verhältnissen* und die Gestaltung von Entwicklungswegen, die *über die gegenwärtige Gesellschaft hinausweisen*, zusammenführen.“ („Programmatische Eckpunkte“, Teil 2, Ziff. IV., Hervorhebungen nicht im Original)

Würde „Die Linke“, wenn sie regierungserhebliche Mehrheiten erreichte, die verfassungsmäßige Ordnung auf ihrem Weg zum „demokratischen Sozialismus“ achten? Abgesehen davon, dass sie Kritik an der Wirtschaftsordnung nach ihren marxistischen Überzeugungen auch als Kritik am politischen System versteht, gibt es weitere Zweifel. Auch in dieser Frage muss man nicht bei den Pamphleten der traditionsstalinistischen Kommunistischen Plattform nachsehen. Ein Blick in den von PDS-Reformern verfassten Kommentar zur Programmatik der Partei genügt. Dort erfährt man: „Um überhaupt zu anderen Entscheidungen kommen zu können, müssen die sozialen und politischen Reformalternativen durch den grundlegenden Umbau des politischen Systems eingeleitet werden“ (Programmkommentar 1997, S. 94). Es ist nicht verboten, politische Institutionen zu reformieren, wenn dabei nicht gegen die Grundlagen der Verfassung verstoßen wird. Welche Veränderungen will „Die Linke“?

Ein ganzes Kapitel des Programmkommentars ist dem „Umbau der Basisinstitutionen“ gewidmet. Rechtsstaat und bürgerliche Demokratie, erfährt man dort, wiesen einen Doppelcharakter auf: Sie verschleierten einerseits kapitalistische Herrschaft, wiesen aber andererseits auch emanzipatorische Potenziale für eine Entwicklung zum Sozialismus auf. Dabei helfen sollen plebiszitäre Demokratie, Mitbestimmung und Kontrolle sowie eine „Entkrustung des Parlamentarismus“ (PDS-Programmkommentar 1997, S. 139). Als Instrumente empfehlen die Autoren eine „Institutionalisierung von Gegenmacht“ (haften diese dann auch für ihre „gegenmächtigen“ Entscheidungen?) durch vielfältige Sonderrechte bestimmter Interessenvertretungsgruppen (Klientelismus à la Weimar?). Aufgezählt sind „Runde Tische“, nichtstaatliche Organisationen, die „Interessen von Frauen, MieterInnen, RentnerInnen, VerbraucherInnen, Behinderten, Kulturschaffenden, Arbeitslosen und EntwicklungshelferInnen“ vertreten sollen (PDS-Programmkommentar 1997, S. 138).

Argumentationstipp: Die Sache mit den „Gegenmächten“

Was hier wie die Einführung basisdemokratischer und bürgerschaftlicher Mitbestimmung einher kommt, ist tatsächlich hoch problematisch, wenn solche „institutionalisierten Gegenmächte“ gegen die durch Wahlen legitimierte Parlamente und Gemeindevertretungen in Stellung gebracht werden. Solche Organisationen sind zwar geeignet, bürgerschaftliches Engagement zu befördern, müssen aber intern nicht unbedingt demokratisch strukturiert noch irgendwie demokratisch legitimiert sein. Gerade Kommunisten haben weitreichende Erfahrungen damit, Funktionärszirkel zu „sozialen Bewegungen“ zu stilisieren. Unter Umständen räumt man damit aktivistischen Minderheiten einen in der Demokratie illegitimen Einfluss ein. Im Übrigen fällt bei den von der Partei bevorzugten „institutionalisierten Gegenmächten“ auf, dass nur Interessengruppen aufgeführt sind, bei denen man eine linke politische Orientierung unterstellen kann. Was würde also „Die Linke“ dazu sagen, wenn sich rechtspopulistische „Basisinitiativen“ als „institutionalisierte Gegenmächte“ anheischig machten, die Politik einer parlamentarischen Mehrheit, an der „Die Linke“ beteiligt ist, zu „korrigieren“?

Die prominenteste „Gegenmacht“ sind für „Die Linke“ die deutschen Gewerkschaften, die sie besonders heftig umwirbt und auf ihrer Seite wähnt. Das stimmt nur zum Teil: Bei DGB-Gewerkschaften wie ver.di (in der die unter erheblicher Mitwirkung der DKP entstandene IG Medien aufgegangen ist) und der IG Metall darf man in der Tat heute Zweifel haben, ob sie noch dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft folgen oder eher schon Richtungsgewerkschaften unter der Kontrolle der „Linken“ geworden sind.

#### Exkurs: „Kaderwanderung“ im DGB

Von jeher hatten der FDGB und die SED „ihre“ DKP darauf angesetzt, Positionen in der Einheitsgewerkschaft DGB zu erobern. Wohl auch mit gewissem Erfolg. Gemeint ist damit nicht die Abwendung sozialdemokratischer Gewerkschafter zur WASG und dann zur „Linken“. Gemeint ist vielmehr der ganz offene Übertritt von hochrangigen Gewerkschaftskadern, die schon zuvor wenig Distanz zum realen Sozialismus gezeigt hatten, z.B.

- Dieter Hooge, Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen 1995-2001, heute im Vorstand der „Linken“ in Hessen,
- Detlef Hensche, 1992-2001 Vorsitzender der IG Medien, 2003 zur „Linken“,
- Bodo Ramelow, 1990 aus Hessen gekommener Gewerkschaftsfunktionär, heute Spitzenkandidat der „Linken“ in Thüringen,
- Frank Spieth, aus Hessen stammender Funktionär, 1992-2006 DGB-Vorsitzender in Thüringen, heute MdB der „Linken“

Wuchs hier zusammen, was schon lange zusammen gehörte?

Zu den Instrumenten der „Gegenmächte“, die künftig legal und in Konkurrenz zum demokratischen System eingesetzt werden sollen, wünscht sich „Die Linke“ den Generalstreik. In der Bundesrepublik ist er seit 1952 – nach der Erfahrung mit den Straßenkämpfen zwischen SA und Rotem Frontkämpferbund in der Weimarer Republik – verboten. Dafür gibt es auch weiterhin gute Gründe: Streiks und Aussperrungen sind Instrumente des institutionalisierten Konfliktregelungsmechanismus zwischen den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden und ein konstitutives Element des „rheinischen Kapitalismus“. Ein Streik soll die Arbeitgeber so unter Zugzwang setzen, dass sie den Forderungen der Arbeitnehmer nachgeben. Mit einem Generalstreik aber erheben sich die Gewerkschaften zu einem Akteur, der das gewählte Parlament unter Druck setzen will, um die Regierung zu stürzen.

#### Exkurs: Generalstreik in anderen europäischen Ländern

„Die Linke“ hat ein Flugblatt veröffentlicht, in dem sie korrekt darauf hinweist, dass in etlichen europäischen Ländern der politische Generalstreik erlaubt ist bzw. geduldet wird. Es gibt Beispiele für seine Wirksamkeit: In Frankreich stürzte 1995 eine Regierung über einen von Trotzlisten und Kommunisten angezettelten Streik, mit dem gut organisierte und durch kriminelle Banden aus den Pariser Banlieues verstärkte Demonstranten das öffentliche Leben zum Stillstand brachten. Dergleichen ist in Deutschland aus guten Gründen nicht legal. Auch Gewerkschaftsdemos in Deutschland haben indessen in den letzten Jahren ihr Gesicht gewandelt: Üblich sind heute als Outfit uniformähnliche Kleidungsstücke und Trillerpfeifen, deren ohrenbetäubender Lärm mehr und mehr die politische Aussage ersetzt und jede unerwünschte Äußerung erstickt. Den Einsatz solcher „Gegenmächte“ wünscht „Die Linke“ nicht nur in tariflichen Arbeitskämpfen, sondern um politischen Druck auf die gewählten Parlamente auszuüben.

Das Parlament darf nicht unter den Druck der Straße geraten. Deshalb muss ein politischer Generalstreik, wie ihn „Die Linke“ fordert, als das gebrandmarkt werden, was er nach deutschen Erfahrungen ist: Ein Rückfall in die Zeit des Präfaschismus des vorigen Jahrhunderts. Und ebenso deutlich muss man das Streikrecht als *Mittel in der legitimen Auseinandersetzung der Tarifparteien* verteidigen.

#### Hintergrund: Gewerkschaften im realen Sozialismus

Bei der frechen Rhetorik der „Linken“ zum Streikrecht sollte man nicht vergessen, dass diese Partei zur großen Mehrheit aus ehemaligen SED-Anhängern besteht. Und die SED hatte ein ganz anderes Verständnis von Gewerkschaften: Sie waren in der DDR keine unabhängigen Arbeitnehmervertreter, sondern hatten als so genannte „Transmissionsriemen“ dafür zu sorgen, dass die Politik der Staatspartei ungestört stattfinden konnte. Der FDGB war eine Agentur des ausschließlichen „Arbeitgebers“ der DDR, nämlich der herrschenden SED. Kam es – wie im Juni 1953 – wegen unzumutbarer Ausbeutung zu Unruhen in der Arbeiterschaft, war es nicht die Aufgabe des FDGB, einen Streik, sondern dessen Niederschlagung zu organisieren. Die Streikbrecherzentrale FDGB hatte in der SED-Diktatur in erster Linie die Aufgabe eines bewusst von Staats wegen installierten Arbeiterverräters.

### 3.2 SOZIALISTISCHE WIRTSCHAFT: STAATLICH GELENKTE ÖKONOMIE

Es geht in diesem Abschnitt nicht darum, jeden Aspekt der weit gefächerten wirtschaftspolitischen Vorschläge der „Linken“ im Detail zu kritisieren oder gar als unsinnig zu brandmarken. Dafür ist das Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu umfangreich. Kritisch zu beleuchten sind vielmehr die generelle Ausrichtung dieser Politik, ihre konzeptionellen Hintergründe und ihre voraussehbaren Folgen, falls sie Realität würde. Nicht bestritten werden soll, dass besonders Kommunalpolitiker der Partei vielfach unter dem Druck der Sachzwänge ganz pragmatisch zu handeln verstehen.

#### 3.2.1 „Die Linke“ und die Marktwirtschaft

Zu den wenigen Eigenheiten (es gab in allen Lebensbereichen Abgrenzungsbemühungen gegenüber der Bundesrepublik) der DDR, die selbst innerhalb der „Linken“ nicht ausdrücklich verklärt werden, gehört die Zentralverwaltungswirtschaft, von der Partei auch „Kommandowirtschaft“ genannt. Die meisten maßgeblichen Funktionäre haben das wirtschaftliche Scheitern des realen Sozialismus, den Zusammenbruch der Produktion, den Verfall der Städte und der Infrastruktur und die enorme Umweltverschmutzung selber miterlebt. Diese wirtschaftlichen Ergebnisse entsprachen auch nicht den angeblichen Wohlstandszielen der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Sie sind unabänderliche Folge des fehlenden (staatlich geordneten) Wettbewerbs. Er bildet als Entdeckungs- (Hayek) und Selektionsverfahren (Schumpeter) die Triebfeder ökonomischer Entwicklung. Die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR und den anderen sozialistischen Staaten ist bekannt: Von der Mangelwirtschaft hin zum Staatsbankrott.

Argumentationstipp:

Die Legende vom „hochentwickelten Industriestaat“ DDR

Unbeachtlich der Tatsachen sind Legenden über die angebliche Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft 1989 weit verbreitet. Sie stammen nicht nur, aber auch aus den Think Tanks der „Linken“. Demnach haben seit 1990 westliche Konzerne und Spekulanten die zwar schwächere, aber sanierungsfähige und substanzuell gesunde DDR-Industrie „platt“ gemacht, um sich Konkurrenz vom Hals zu schaffen.

Nichts davon stimmt, wie der so genannte „Schürer-Bericht“, ein vertrauliches Papier des SED-Politbüros vom Oktober 1989 mit einer ungeschminkten Zustandsbeschreibung der DDR-Wirtschaft enthüllt. Die Bilanz seines Verfassers, der zu DDR-Zeiten Leiter der Zentralen Plankommission war, fällt vernichtend aus<sup>4</sup>. Bei fallender Effizienz der Zentralverwaltungswirtschaft (Verschleiß der industriellen Anlagen und der Verkehrsinfrastruktur zwischen 50 und 60 %) hatte die DDR ständig mehr an Sozialleistungen ausgeschüttet, als ihre Volkswirtschaft erwirtschaftete. Die Differenz wurde durch Kreditaufnahmen im NSW („Nicht-sozialistisches Wirtschaftsgebiet“, SED-Chiffre für die „kapitalistischen“ Staaten) gedeckt. Die dortigen Schulden waren von zwei Milliarden DDR-Mark 1970 auf 49 Milliarden DDR-Mark 1989 gestiegen, sie hatten sich allein zwischen 1985 und 1989 verdoppelt. Allein die Zinszahlungen für die West-Kredite betragen das Eineinhalbfache der gesamten Exporterlöse. Realistische Folgerung Schürers: „Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1989 eine Senkung des Lebensstandards um 25-30 % erfordern und die DDR unregierbar machen. Selbst wenn das der Bevölkerung zugemutet würde, ist das erforderliche exportfähige Endprodukt nicht aufzubringen.“

Binnen Jahresfrist stand also ein totaler Kollaps des angeblich zehntstärksten Industriestaates der Welt bevor. Günter Mittag, selber der Haupttäter dieser Entwicklung, brachte die „Zukunftsaussichten“ der DDR im Interview mit dem *Spiegel* (Nr. 37/1991 vom 9. September 1991) auf den Punkt: „Ohne die Wiedervereinigung wäre die DDR einer ökonomischen Katastrophe mit unabsehbaren sozialen Folgen entgegengegangen, weil sie auf Dauer allein nicht überlebensfähig war. [...] Man denke nur, angesichts der schwierigen Lage in der Sowjetunion, was hier heute los wäre, wenn es die DDR noch gäbe. Unbeschreiblich. Da läuft es mir heiß und kalt über den Rücken. Mord und Totschlag. Elend und Hunger.“

Hat sich deshalb „Die Linke“ zu einer Anhängerin der Marktwirtschaft entwickelt? Zu den für Marxisten entscheidenden Eigentumsverhältnissen an den Produktionsmitteln führt sie aus, alle Eigentumsformen – „genossenschaftliche, kommunale, private, staatliche und andere“ – seien zu fördern, wenn sie die „natürlichen, sozialen und kulturellen Lebensgrundlagen entwickeln“ (PDS-Programm 2003, S. 4). Damit stellt sie alle Eigentumsformen unter den Vorbehalt politischer Erwägungen – ein Grundrecht auf privates Eigentum kann es wohl nur in diesen Schranken geben –, beschreibt aber andererseits auch nur, was in der Bundesrepublik bereits existiert: eine Vielzahl unterschiedlicher Eigentumsformen. Man darf also vermuten, dass „Die Linke“ die Gewichtungen zwischen diesen wohl etwas anders setzen würde. Die „Programmatischen Eckpunkte“ von 2007 bestätigen dies, denn hier ist schon auf der zweiten Seite die Rede davon, dass „bestimmte Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge zum Wohle der Allgemeinheit in öffentliche Eigentumsformen überführt werden müssen, um mehr demokratische Kontrolle und Gestaltung zu ermöglichen.“ Auch hier scheint eine Ausweitung politischer Kontrolle Vorrang vor der wirtschaftlichen Selbstbestimmung des Bürgers zu genießen.

Hintergrund: „Die Linke“ und das wirtschaftliche Selbstbestimmungsrecht des Bürgers

Die Vorstellung, dass Menschen ihre persönlichen und wirtschaftlichen Belange ohne staatliche Bevormundung eigenverantwortlich regeln könnten, scheint der „Linken“ generell fremd zu sein. Ihr fehlt jeder Zugang zu dem klassischen liberalen Prinzip, dass jeder in den Grenzen des geltenden Rechts und unter Beachtung der Rechte anderer tun und lassen kann, was er will (Art.2 Abs.1 GG: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung und das Sittengesetz verstößt.“) Es ist diese Freiheit *vom Staat*, die Marktwirtschaft konstituiert. Für die PDS bzw. „Die Linke“ gilt ein eigener Freiheitsbegriff. Er meint die Freiheit, sich positiv zu den (von der Partei definierten) „gesellschaftlich nützlichen“ Zielen zu bekennen: „Freiheit ist nicht als egoistisches Haben, sondern als solidarisches Tun zu erreichen“ (PDS-Programm 2003, S. 3). Ein solcher kollektiver Freiheitsbegriff erklärt, warum das Individuum als seine Interessen eigenverantwortlich bestimmender Kunde, Konsument und auch Produzent oder Unternehmer in den Programmen der Partei keinen Platz hat.

Bemerkenswert: Zwar räumt die Partei die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit marktwirtschaftlicher Ordnungen ganz unumwunden ein; dieses formale Bekenntnis wird aber im darauf folgenden Satz des Programms sogleich entscheidend relativiert:

„Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Doch solange sie auf die betriebswirtschaftliche Logik der einzelnen Unternehmen beschränkt bleiben und dem Profitstreben des Einzelkapitals unterworfen sind, verwandeln sie sich in ihr Gegenteil. Sozial-ökologisches Wirtschaften setzt gesellschaftliche Kontrolle und demokratische Mitbestimmung voraus. Ohne Mitbestimmung, gewerkschaftliche Gegenmacht und sozialstaatliche Regulierung führen private Unternehmerinteressen zu volkswirtschaftlich verlustreichen, zu sozialen und umweltzerstörenden Fehlentwicklungen.“ (PDS-Programm 2003, S. 3)

Rentabilität und Gewinnerwartung von Unternehmen stehen damit klar unter dem Vorbehalt umfassender politischer Regulierung. Marktwirtschaftlichen Mechanismen aus Nachfrage der Konsumenten, unternehmerischem Angebot und Wettbewerb wird damit in der Praxis kein Entfaltungsspielraum gelassen. Indessen haben Vordenker der Partei relativ deutlich erklärt, dass sie sich „marktwirtschaftliche Chancen“ besonderer Art vorstellen kann:

„Mit einer gesamtwirtschaftlichen Dominanz des Profitinteresses über die anderen Interessen ist Sozialismus nicht vereinbar. Profit muss sich in ein Instrument wirtschaftlicher Steuerung neben anderen verwandeln. [...] Wirtschaftsunternehmen können genauso an Rüstung, privatem Konsum wie an Aufträgen für Umwelttechnik oder den Aufbau der Infrastruktur in den sich unterentwickelnden Ländern (sic!) verdienen. Entscheidend ist die Art der zahlungsfähigen Nachfrage. Diese kann sich nur qualitativ verändern, wenn Ressourcen zu jenen umgeleitet werden, die in den neuen sozialen Problemen die Schwächeren darstellen und damit gestärkt werden.“ (PDS-Programmkommentar, S. 93)

Markt wird also hier nicht durch die Bedürfnisse der Konsumenten hergestellt, sondern nach politischen Vorgaben durch Umverteilung erzeugt. Ein altes Motiv sozialistischer Wirtschaftskonzeptionen: Der Staat (bzw. die Partei) wissen besser als der Bürger, welche Bedürfnisse er vernünftigerweise zu haben hat. Sollte – was zu erwarten ist – der Bürger das

Angebot nicht abnehmen wollen, so wird er es gleichwohl bezahlen müssen, gegebenenfalls durch höhere Steuern.

Selbstverständlich gibt es auch in sozialer Marktwirtschaft öffentliche Investitionen in Gemeinschaftsaufgaben und Infrastruktur, die durch Steuern und Abgaben finanziert werden. Doch überrascht hier die Deutlichkeit, mit der „Die Linke“ erklärt, dass sie „Markt“ als Mechanismus versteht, der insgesamt nach staatlichen/politischen Vorgaben und nicht nach Konsumentenbedürfnissen funktioniert.

Eine solche Fremdsteuerung dürfte unternehmerisches Interesse, in einem „demokratischen Sozialismus“ der „Linken“ tätig zu werden, rasch erkalten lassen. Die Erdrosselung privatwirtschaftlicher Initiative hat es schon einmal gegeben: In der DDR der 1950er und 1960er Jahre wurden kleine Unternehmer, Händler und Handwerker so lange kujoniert, bis sie schließlich aufgaben. Die Wiederholung eines solchen Szenarios erscheint heute indessen unwahrscheinlich: Unter den Bedingungen globalisierter Weltwirtschaft werden Wettbewerb, privates Kapital, Innovationspotenzial und Arbeitsplätze an Standorte abwandern, die bessere Voraussetzungen liefern. Daraus ergäbe sich, wegen der absehbaren Schwächung der Privatwirtschaft zwangsläufig eine Beschleunigung des „sozialistischen“ Trends zur Staatswirtschaft.

Auch wenn „Die Linke“ der Innovationsfähigkeit von Wettbewerb und Markt offiziell Anerkennung zollt: In der Logik ihrer Konzepte liegt ein verstärkter Trend zu eben jener „Kommandowirtschaft“, wie sie 1989 gescheitert ist.

#### Argumentationstipp:

Die internationale Finanzkrise hat zu einer gewissen Inflation in den Verstaatlichungsphantasien der „Linken“ geführt. Auf dem „Speisezettel“ stehen nicht nur BMW, sondern auch andere vergleichbar große Konzerne der Privatwirtschaft, außerdem Post und Bahn sowie die Energieversorger. Die Sache dürfte also etwas teurer werden als im Falle BMW überschlagen. Thies Gleiss, Alt-Trotzkist und Mitglied im Bundesvorstand der „Linken“, meint, es komme jetzt darauf an, „nicht nur die von der Krise betroffenen Teile der Unternehmen in staatliche Verwaltung zu übernehmen, sondern auch die florierenden. Das gesamte Spektrum der Banken und Versicherungen muss übernommen werden.“ (*junge Welt* vom 30. Oktober 2008)

Enteignung soll demnach gegen effizient und sozial verantwortungsvoll geführten Privatunternehmen verhängt werden, weil – so „Die Linke“ – die Unternehmensergebnisse nicht auf einer Leistung der Kapitaleigner beruhen, sondern auf der Arbeit der Mitarbeiter. Solche Unternehmen verstießen gegen die Sozialbindung des Eigentums, sie hätten eigentlich die Mitarbeiter enteignet, so Oskar Lafontaine in einem Forum des Wirtschaftsmagazins *Capital* im September 2008. Suggestiv wird hier unterstellt, der erfolgreiche Unternehmer ziehe grundsätzlich den erzielten Gewinn aus dem Unternehmen, um ihn privat zu verjubeln (allein das Steuerrecht unterbindet diesen „Anreiz“ erheblich). Wenn dies zuträfe, bliebe die enorme Innovationsfähigkeit deutscher Unternehmen unerklärlich. Tatsächlich bleiben Gewinne größtenteils im Anlagenvermögen der Unternehmen bzw. werden investiv eingesetzt. Genau das konnte die DDR-Wirtschaft nicht: Sie lebte ständig über ihre Verhältnisse, kannte weder ausreichende Rücklagen für Ersatzinvestitionen noch für Innovation. Dazu hieß es im Schürer-Bericht knapp: „Die Rate der Akkumulation für produktive Investitionen ging von 16,1 % 1970 auf 9,9 % 1988 zurück.“ Denn: Wenn die Möglichkeit zur individuellen Gewinnaneignung (bei gleichzeitiger Risikoübernahme) aus wirtschaftlicher Tätigkeit nicht besteht, unterbleiben Investitionen.

### 3.2.2 Die Wirtschaftsvorstellungen der „Linken“ und die EU

Das auch von der „Linken“ befürwortete Nebeneinander unterschiedlicher Eigentumsformen weist also nicht nur eine starke Gewichtung zugunsten staatlicher Eigentumsformen auf, sondern soll auch dort, wo privatwirtschaftliche Formen fortbestehen, diese nur nach politischen und „gesellschaftlichen“ Vorgaben dulden. Unterstellt man, dass eine Mitverantwortung der „Linken“ auf Bundesebene zwar die deutsche, nicht aber automatisch die europäische und schon gar nicht die globale Wirtschaftspolitik ändern könnte, so stellt sich die Frage nach den Folgen. Sie treten nämlich unabhängig von den wohl klingenden Forderungen der Partei nach einem „friedlichen, demokratischen, sozialen und offenen Europa“ (PDS-Programm 2003, S. 11) ein.

Originalton: „Die Linke“ zum Nutzen der EU-Integration

Trotz aller Beteuerungen hat die Partei offenbar in erster Linie ein instrumentelles Verhältnis zu einem vereinten Europa: Wenn es für eine sozialistische Umgestaltung taugt, ist es gut, sonst nicht. Originalton „Programmatische Eckpunkte“ (Teil 1, Ziff. I): „In der Europäischen Union ist ein neuer Raum für gemeinsame soziale Kämpfe, Bewegungen für Frieden und nachhaltiges Wirtschaften, für Demokratie und gegen Rassismus und Nationalismus, ein neuer Raum der Klassenkämpfe entstanden.“

Zunächst würden in der nationalen Wirtschaft Akteure tätig, die zwar mitbestimmen, aber keine Verantwortung für Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Betriebe tragen. Gemeint sind vor allem Gewerkschaften, die für „Die Linke“ zu den „institutionalisierten Gegenmächten“ gehören. Sie sollen kontrollieren, die Einhaltung politischer Vorgaben sicherstellen, die Verwendung von Unternehmensgewinnen von „kapitalistischen Profitinteressen“ auf „soziale und ökologische Entwicklung“ umleiten. Nirgendwo ist erkennbar, dass diese „Gegenmächte“ Verantwortung (und auch Haftung) für Markt- und Wettbewerbsfähigkeit der von ihnen „mitbestimmten“ Unternehmen übernehmen sollen.

Für die europäische Integration verheißt ein solcher deutscher Sonderweg nichts Gutes. Die EU ist neben einer politischen Gemeinschaft von Demokratien zuallererst ein großer Binnenmarkt, der weitgehend ge-

meinsame Rahmenbedingungen mit einem Maximum an Freizügigkeit für Kapital, Waren und Arbeit verbindet. Mit dem Wettbewerbsrecht der EU ist weder die weitgehende Tendenz der „Linken“ zur Staatswirtschaft, noch ihr Bedürfnis für umfangreiche soziale und ökologische Auflagen vereinbar. Sozialismus der „Linken“ hat autarkistische Züge; er funktioniert letztlich nur, wenn Deutschland die EU verlässt und das weltweit einmalige europäische Projekt, eine Konsequenz aus der Katastrophe des Nationalismus, des Nationalsozialismus und des realen Sozialismus, zerstört wird.

### 3.3 SOZIALPOLITIK: UNGEDECKTE WECHSEL AUF DIE ZUKUNFT

Im „Realen Sozialismus“ galt der Grundsatz der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Demnach war angeblich die gesamte Volkswirtschaft sozialpolitischen Anliegen dienstbar: „Um das materielle und kulturelle Lebensniveau der Werktätigen systematisch und planmäßig erhöhen zu können, erfolgt eine rasche Entwicklung der Produktivkräfte und ständige Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse.“<sup>5</sup> Letztere erfolgten eben nicht, und so verstrickte sich die DDR mit ihren sozialstaatlichen Subventionen und Zuwendungen unrettbar in einen Staatsbankrott. Gleichwohl: Die Vorstellung eines „vormundschaftlichen Staates“, der dem Einzelnen die Sorge um seine Lebensgestaltung abnimmt, weil er angeblich aus sozial-egalitären Motiven heraus Güter der Grundversorgung zur Verfügung stellt und von Eigenverantwortung und Eigenleistung entlastet, ist in Teilen der Bevölkerung nach wie vor attraktiv. Auf die angebliche soziale Gemütlichkeit der DDR beziehen sich auch die weitaus meisten Elemente der DDR-Nostalgie. Der „vormundschaftliche Staat“ gilt, zumal in den neuen Bundesländern, wo soziale Gleichheit vergleichsweise stärker geschätzt wird als persönliche Freiheit, keineswegs durchgängig als abschreckend.

Gleichwohl handelt es sich um ein Trugbild. Es mag sein, dass wohlmeinende Sozialisten und sogar SED-Funktionäre von diesem vordergründig humanistischen Anliegen überzeugt waren. Der tatsächliche Zweck der SED-Sozialpolitik war aber ein anderer: Sie diente in der DDR, dieser Kopie des sowjetischen Stalinismus, in erster Linie zur totalen Entmündigung und Kontrolle der Bevölkerung. Als Transferempfänger wurde der Einzelne einer lückenlosen administrativen Zuteilung von Lebenschancen unterworfen; dies reichte von der formalen Sicherheit des Arbeitsplatzes

über die Chancen auf berufliche Qualifikation, die Zuteilung von Wohnraum, die Aufstockung der Grundrente, bis hin zur Ausstattung mit subventionierten Konsumgütern. Diese komplette Daseinsvorsorge führte einerseits zu einem weitgehenden Verlust autonomer Lebensgestaltung, konnte aber andererseits auch als Mittel der Belohnung und Bestrafung für systemloyales bzw. widerständiges Verhalten eingesetzt werden. Das Idealbild der SED war der zu 100 % von Transferleistungen des Systems abhängige, daher vollständig kontrollierbare Mensch.

Mehr als vierzig der „100 Forderungen“ der „Linken“ vom Frühjahr 2008 beziehen sich auf direkte Leistungsversprechen im Sinne einer umverteilenden Sozialpolitik – darin sind nicht diejenigen „Bestrafungen“ für jene „Besserverdienenden“ enthalten, die zur Finanzierung der Maßnahmen beitragen sollen. Die Frage der Finanzierbarkeit mag im nachfolgenden Abschnitt erörtert werden, obgleich alle sozialpolitischen Wohltaten – wie 1989 in der DDR ersichtlich – nicht zum Nulltarif zu haben sind. Wichtiger als Einzelheiten zur Sinnhaftigkeit oder Wünschbarkeit eines stark ausgebauten Sozialstaates – „Die Linke“ verweist dazu gerne auf das skandinavische Modell, das indessen starkem Anpassungsdruck ausgesetzt ist – dürfte seine Einfügung in das Gesamtkonzept eines „demokratischen Sozialismus“ sein, der auf eine „neue Entwicklungsrichtung“ der Bundesrepublik zielt. Und da sind die Tendenzen eindeutig: „Die Linke“ zielt auf einen starken Ausbau staatlich-politisch geregelter Durchgriffe in die Gesellschaft, und zwar zu Lasten privater Entscheidungsautonomie der Bürger. Der Sozialstaat soll nicht nur ein vorsorgender oder aktivierender sein, sondern dient der „Linken“ dazu, Instrumente für die Durchsetzung ihrer sozialistischen Gesellschaftsvision zu schaffen. Je größer der öffentlich-rechtlich geregelte Sektor des Alltagsleben, so scheint die Partei zu glauben, desto größer auch ihr eigener gestaltender Einfluss. Hinter dem Vorhang sozialer Wohltaten winkt auch hier wieder der urkommunistische Wunsch umfassender Kontrolle der Gesellschaft.

Die Außendarstellung ist indessen gut ausgedacht:

*Erstens* knüpft die Partei an Modelle an, die in den 1970er Jahren in den überwiegend nationalstaatlich geregelten Ökonomien des Westens durchaus üblich waren und mit denen, wie Oskar Lafontaine dem *Spiegel* (Ausgabe vom 25. August 2008) erklärte, man „gut habe leben können“. Dazu zählen die öffentlich-rechtliche Trägerschaft von Versorgungsbetrieben, Strom- und Gasnetzen, von Post, Telekommunikation, Bahn, aber

auch der Rundfunkmedien; ferner die paritätische Mitbestimmung in Großbetrieben. Versteckt über die Forderung nach „sozial und ökologischer Ausrichtung der Wirtschaft“ taucht der vierzig Jahre alte Gedanke der westlichen Stamokap-Linken nach Investitionslenkung und -kontrolle wieder auf. Alle diese Maßnahmen laufen auf die Zurückdrängung von Wettbewerb und Konkurrenz hinaus. Ein stark vergrößerter öffentlicher Beschäftigungssektor bietet vor allem deshalb „garantiert“ sichere Arbeitsplätze, weil er sich nicht in der Konkurrenz mit anderen Anbietern bewähren muss. Im Zweifel wird er durch Erhöhung von Steuern und Abgaben am Leben gehalten. Er ist aber weder mit dem Stand der Europäischen Integration, noch der aktuellen Verflechtung der Weltwirtschaft vereinbar. Die Alternative bestünde in einem weitgehenden Ausstieg aus dem internationalen Wettbewerb, in der Errichtung von Zollmauern (welche entsprechende Gegenmaßnahmen anderer Länder auslösen würden), in Abschottung und Provinzialismus.

*Zweitens* zielt das Konzept auf eine umfassende Versorgung vor allem sozial schwacher Bürger. Dabei knüpft die Partei nicht nur an DDR-Nostalgie und die größere Wertschätzung der Bürger in den neuen Bundesländern für staatliche Regulierungen an. Sie wendet sich auch ausdrücklich an jene Schichten von rund 16 % der Bürger, welche die Friedrich-Ebert-Stiftung als „abgehangenes Prekariat“ identifiziert hat.<sup>6</sup> Die versorgten Transferempfänger hätten gute Gründe, der Partei freundlich gegenüber zu stehen. Sie dürften ein Stammwählerpotenzial bilden, das schon durch seine Abhängigkeit von der durch die Partei eingeschlagenen Politik eng an sie gebunden wird.

## Originalton „Die Linke“

Es gibt noch Visionäre in der Partei, die an die Überflüssigkeit von Arbeit bei gleichzeitigem unbegrenztem materiellen Überfluss glauben und für die das Phänomen der Knappheit von Gütern, das allem Wirtschaften zugrunde liegt, schlicht nicht existiert. In den „Programatischen Eckpunkten“ (Teil 2) heißt es dazu: „Als Anregung für die folgenden Debatten für die Programmatik der neuen linken Partei seien einige Fragen benannt: [...] Ist es ausreichend, eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung für Menschen in sozialer Not zu fordern oder ist ein bedingungsloses individuelles Grundeinkommen als Rechtsanspruch für alle Bürgerinnen und Bürger zu verlangen?“

Die Erkenntnis, dass nur verteilt werden kann, was zuvor auch erwirtschaftet wurde, scheint in der Partei keinen besonderen Stellenwert zu genießen.

*Drittens* ist für das von der Partei angedachte Ausmaß sozialstaatlicher Umverteilung auch ein entsprechender Verwaltungsapparat notwendig. Er müsste stark ausgebaut und mit Personal versehen werden. Hier bieten sich enorme Karrierechancen für Anhänger der Partei, die ohnehin eine starke Fixierung auf öffentlich-rechtliche Beschäftigungsverhältnisse aufweisen und im produzierenden Gewerbe eher selten anzutreffen sind.

### 3.3.1 Beschäftigungspolitik

Da im Zentrum der sozialpolitischen Agitation der „Linken“ die Ablehnung der Arbeitsmarktreformen steht, plädiert die Partei nicht nur für eine Anhebung der Hartz IV-Sätze, sondern natürlich auch – nach französischem Vorbild – für einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,44 Euro. Beide Maßnahmen würden sich vermutlich beschäftigungspolitisch ungünstig auswirken: Die Festlegung auf einen Mindestlohn kann vor allem in schwächeren Wirtschaftsbranchen kurzfristige Arbeitsplätze für gering Qualifizierte gefährden und/oder den Anteil der Schwarzarbeit erhöhen. Auch werden die Beschäftigungschancen von Langzeitarbeitslosen verschlechtert. Und die Anhebung der ALG-II-Sätze verringert natürlich die Motivation, ein reguläres Arbeitsverhältnis aufzunehmen. Im schlimmsten Fall kann eine zu hohe Ausstattung mit ALG II und den denkbaren Zusatzleistungen den Entscheid von sich „abgehängt“ fühlenden und gering qualifizierten Arbeitsfähigen fördern, sich gleich dauerhaft als Empfänger von Transferleistungen einzurichten.

Kern beschäftigungspolitischer Vorstellungen der Linken ist jedoch die Ausweitung des öffentlich finanzierten Beschäftigungssektors durch eine „angemessene Erhöhung der Staatsquote“.

## Originalton PDS 2003: Der „öffentlich geförderte Beschäftigungssektor“

Im PDS-Programm von 2003 wird der Kern der beschäftigungspolitischen Maßnahmen der Partei bereits umschrieben (S. 23): „Öffentlich geförderte Beschäftigungssektoren (ÖBS) zwischen Staat und Privatwirtschaft könnten in besonderem Maße Raum bieten für sinnvolle und selbstbestimmte Arbeit und neue Lebensweisen, für Forschung und Entwicklung, technisch-technologische und soziale Innovation, für Geschlechtergerechtigkeit, soziale Einbindung und Qualifizierung.“ Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass über die Inhalte der Tätigkeiten im ÖBS politisch entschieden würde. Warum sollen eigentlich die Steuerzahler für „sinnvolle und selbstbestimmte Arbeit und neue Lebensweisen“ der „Linken“-Klientel aufkommen?

Bereits im Kapitel über die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der „Linken“ war darauf hingewiesen worden, dass sie „marktwirtschaftliche Chancen“ für Unternehmen durch öffentliche Aufträge schaffen will. Diese Überlegungen werden in einem im Frühjahr 2008 vorgestellten „Zukunftsinvestitionsprogramm“ (Volumen 50 Milliarden Euro, näher vorgestellt in *junge Welt* vom 8. Mai 2008) konkretisiert durch die Forderung nach einer Million öffentlich finanzierter sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze mit einem Mindestlohn von 1.400 Euro monatlich (Gesamtkosten ca. 8,4 Milliarden Euro jährlich, aus Steuermitteln aufzubringen). Zusätzlich sollen weitere 500.000 Beschäftigungsverhältnisse vor allem für Langzeitarbeitslose geschaffen werden. Über die Felder, auf denen diese künstlich beschäftigten Menschen eingesetzt werden sollen, müsste wohl politisch entschieden werden, und es soll sich – so ausdrücklich das Bundestagswahlprogramm von 2005 (S. 8) um Dienstleistungen handeln, die vom Markt nicht nachgefragt werden. Hier entstünde dauerhaft ein umfangreicher staatlicher Beschäftigungssektor. Ob er nicht doch in Konkurrenz zu privatwirtschaftlichen Anbietern träte, scheint eher zweifelhaft. Beschäftigungspolitik der „Linken“ schließt insoweit auch das Risiko ein, mit Steuermitteln privatwirtschaftliche Arbeitsplätze zu vernichten.

#### Argumentationshinweis:

Öffentlich geförderte Beschäftigungsprogramme sind als übliches Mittel „keynesianischer“ Wirtschaftspolitik nichts Anrüchiges. Der Theorie nach kurbelt der Staat durch öffentliche Investitionen während einer wirtschaftlichen Rezession Beschäftigung und Einkommen an, um die Arbeitslosigkeit zu dämpfen und die Binnenkaufkraft zu stärken. „Die Linke“ behauptet, in der Tradition dieser „nachfrageorientierten“ Wirtschaftspolitik zu handeln. Zu Unrecht: Bestandteil der Theorie von John Maynard Keynes (1883-1946) war nämlich auch, dass der Staat sich in Phasen der Hochkonjunktur zurückzieht und durch restriktive Ausgabenpolitik Rücklagen für künftige magere Jahre bildet. Davon kann in der Beschäftigungspolitik der „Linken“ keine Rede sein: Sie will dauerhafte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, die aber vom Markt nicht nachgefragt werden. Daraus ergeben sich auch dauerhafte Belastungen für die öffentlichen Haushalte, die über Steuern und Abgaben der nach wirtschaftlicher Rentabilität handelnden Privatwirtschaft finanziert werden müssen. Wir haben es hier mit einem mentalen Residuum der gescheiterten DDR-Wirtschaft zu tun, das bis heute als Notwendigkeit, die weit überproportionalen Zahlen öffentlich Bediensteter abzubauen, auf den neuen Ländern lastet. Zum Vergleich: Ein Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern (1,7 Millionen Einwohner) beschäftigte im Landesdienst 1991 168.000 Bedienstete, fast halb soviel wie Nordrhein-Westfalen (damals 325.000 Bedienstete bei fast 18 Millionen Einwohnern). Selbst heute beträgt das Verhältnis noch 78.000 zu 243.000. Dieses Strukturproblem sozialistischer Beschäftigungspolitik brachte schon der zitierte Schürer-Report in dem etwas befremdlich wirkenden Funktionärsjargon auf den Punkt: „Im internationalen Vergleich der Arbeitsproduktivität liegt die DDR gegenwärtig um 40 % hinter der BRD zurück. Im Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens sowie der zur Verfügung stehenden Ressourcen besteht ein Missverhältnis zwischen dem gesellschaftlichen Überbau und der Produktionsbasis.“

### 3.3.2 Rentenpolitik

Ein weiteres signifikantes Beispiel für populistische Forderungen der „Linken“ ist ihre Rentenpolitik. Die Partei will hier die Erhöhung des Renteneintrittsalters (67 Jahre) rückgängig machen und es vielmehr auf 60 Jahre senken; sie fordert außerdem die „Rückkehr zur alten Renten-

formel“, d.h. die Kopplung der Renten an die allgemeine Einkommensentwicklung, welche die Partei durch eine offensive Erhöhung von Löhnen und Gehältern vorantreiben will. Die Rentner hätten sich demnach unter einer Regierung der „Linken“ über einen kräftigen Einkommenszuwachs zu freuen, aber nur scheinbar, denn die Rentner müssten über eine (Mehrwert-)Steuererhöhung die Mehrausgaben bezahlen. Gleichzeitig stiege die Arbeitslosigkeit und die Verteilungsspielräume für die beabsichtigte Rentenerhöhung würde abgewürgt – ein Teufelskreislauf.

Wie die meisten populistischen Forderungen beruht auch diese auf dem Appell an die Unkenntnis der Menschen und auf der Rücksichtslosigkeit gegenüber den Nebenfolgen. Das deutsche Rentensystem beruht auf dem so genannten „Generationenvertrag“: Die aktuell fälligen Renten werden aus einem Stock entnommen, den die aktuell Berufstätigen einzahlen. Sie führen dazu derzeit 19 % ihres Bruttoeinkommens ab, bis 2020 soll dieser Anteil nach den Vorstellungen der Regierungskoalition auf maximal 22 % steigen. Es ist psychologisch nahe liegend, dass ein Rentenempfänger davon ausgeht, er erhalte die in seiner aktiven beruflichen Lebensphase eingezahlte Summe auch als Rentenleistung zurück. Dies stimmte aber nur, wenn die Anzahl der Einzahler und der Leistungsbezieher sowie die Höhe ihrer Einzahlungen und Entnahmen stets gleich blieben. Das ist nicht der Fall: Der Generationenvertrag hingegen bedeutet, dass der Leistungsbezieher nur anteilig aus jenem Aufkommen der Rentenkassen versorgt wird, das zur Zeit seines Leistungsbezuges zur Verfügung steht. Schrumpft und altert die Bevölkerung, bedeutet dies, dass auf immer weniger Einzahler immer mehr Leistungsbezieher entfallen. Dem kann man einerseits dadurch begegnen, dass man das Rentenniveau senkt; den noch im Beruf Stehenden muss dann nahe gelegt werden, sich eine private Zusatzversorgung anzulegen. Oder man schreibt – so „Die Linke“ – die Höhe der Renten trotz der Alterung der Bevölkerung (weniger Einzahler, mehr Leistungsempfänger) fort. Dann muss man die Einzahler stärker belasten. Legt man die rentenpolitischen Forderungen der „Linken“ zugrunde, so müsste – wie die beiden großen Koalitionsparteien übereinstimmend ausgerechnet haben – der Beitragssatz der Einzahler bis 2030 auf 28 % vom Bruttogehalt steigen. Hinzu kämen – nach heutigem Stand – 6 % Arbeitslosenversicherung, rund 14 % für die Gesundheitsfürsorge und durchschnittlich 25 % Lohn-/Einkommensteuer. Selbst wenn man die Arbeitgeberanteile an den ersten drei Positionen abzöge, läge damit die Abgabenquote bereits bei rund 50 %; von den restlichen netto ausgezahlt und gerade bei Geringverdienern garantiert

ausgegebenen Euros müssten nochmals ein Fünftel (also insgesamt 10 %) Mehrwertsteuer in die staatlichen Umverteilungstöpfe abgegeben werden. Es ist nicht erkennbar, wie unter solchen Umständen künftige Generationen ihre Lebensentwürfe noch verwirklichen sollten, denn eigenverantwortliche Erwerbstätigkeit würde sich für sie kaum noch lohnen. Insofern werden die rentenpolitischen Versprechungen der „Linken“ zwar bei alten Menschen mit geringen Rentenbezügen Anklang finden, sie sind aber zugleich Anschläge auf die Zukunft der jüngeren Generation.

#### „Sozialistische Errungenschaften“ (I): Die DDR-Renten

Zur Legende von der sozial gemütlichen DDR gehört auch die Behauptung einer umfassenden Fürsorge für die Rentner. Das Gegenteil ist richtig: Das DDR-Rentensystem kannte eine Sockelrente von nur rund 40 % (Bundesrepublik 60 %) des letzten Arbeitseinkommens. Sie konnte allerdings nach verschiedenen Kriterien, die wiederum sehr viel mit unbedingter Loyalität zum Regime zu tun hatten, auf bis zu 90 % aufgestockt werden. Generell aber kam in der Arbeitsgesellschaft DDR den Rentnern als außerhalb des Produktionsprozesses Stehenden keine besondere staatliche Wertschätzung zu: Altersarmut war verbreitet und insbesondere die staatlichen Altenheime, in die alleinstehende alte Menschen abgeschoben wurden, standen im Bauprogramm hinten an und waren oft in verheerendem Zustand.

Wer nach 1989 berentet wurde, zählte durch Beteiligung an dem gesamtdeutschen Rentenaufkommen und durch Übernahme des westdeutschen Rentensystems zu den Gewinnern der deutschen Einheit. Dennoch: Die zu DDR-Zeiten privilegierte Nomenklatura aus Staats- und Parteifunktionären entfaltete sofort eine dröhnende Propaganda über „Vereinigungsunrecht“: Man hatte ihnen im Vereinigungsvertrag einige ihrer Privilegien gestutzt. Die besonders von der mit der PDS verbundenen „Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde“ (GBM) geführte Kampagne hatte Erfolg: Bundesgerichtshof und Bundesverfassungsgericht hoben die Rentenkürzungen für die Täter des SED-Regimes besonders aus der Staatssicherheit auf. Als Begründung führten die Richter wie schon in zahlreichen Entscheidungen aus den 1950er und 1960er Jahren den rechtspositivistischen Grundsatz der „politischen Neutralität“ des Rentensystems ins Feld, so dass die Stasi-Obristen und andere nunmehr genauso Rentennachzahlungen erhielten wie seinerzeit etliche SS-Schergen.

Damit aber hat „Die Linke“ nicht genug, die Lobby der gut situierten Täter in der Partei ist stark. In ihrem 100-Punkte-Programm findet sich weiterhin die Forderung: „Das Versorgungsunrecht bei den Zusatz- und Sonderversorgungen der DDR wird beseitigt“. Solche „Versorgungen“ erhielten vor 1989 rund 230.000 Angehörige der SED-Nomenklatura, also die Täter der SED-Diktatur. Den nach 1990 erfolgten Versuch, eine solche rentenpolitische Belohnung der Täter zu vermeiden, haben deutsche Gerichte durch eine Vielzahl von rechtspositivistischen Entscheidungen vereitelt, zuletzt das Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 28. April 1999. Als Ergebnis wurden nicht nur die Renten der MfS-Mitarbeiter erhöht, sie erhielten auch noch Nachzahlungen in fünfstelliger Größenordnung. Wenn das höchste deutsche Gericht solcherart die Kriegskasse der Stasi-Mitarbeiter zur Verfolgung der sozial meist wesentlich schlechter gestellten Stasi-Opfer (sie hatten ja keine privilegierten Stasi-Rentenanwartschaften) füllte, dann versteht sich auch, warum der Gang zu den Gerichten für diese Klientel zu einem gewöhnlichen politischen Mittel geworden ist.

#### 3.3.3 Wohnungspolitik

Zu den berühmten „Klassikern“ marxistischer Literatur gehört eine Artikelserie von Friedrich Engels „Zur Wohnungsfrage“ (1872/73), deren Lösung im Kapitalismus nicht möglich sei, weil die Gier des Kapitalisten nach Profit aus Mieteinnahmen mit den sozialen Bedürfnissen der Bevölkerung nach angemessenem Wohnraum niemals in Übereinstimmung zu bringen seien.

Und zu den augenscheinlichsten und abschreckendsten Effekten der SED-Herrschaft gehörte der für jedermann sichtbare Verfall der Städte und die Konzentration der Bevölkerung in anonymen, standardisierten und vor allem leicht kontrollierbaren Neubausiedlungen. Nach 1989 waren auch PDS-Mitglieder, die in der Kommunalpolitik aktiv wurden, an der Sanierung ostdeutscher Städte und Dörfer beteiligt. Trotz dieser Nähe zum Problem scheint die Einsicht, dass der Erhalt von Wohngebäuden Kapitalrücklagen erfordert und dann am besten funktioniert, wenn ein Eigentümerinteresse dahinter steht, nur bedingt vorhanden zu sein. Denn tatsächlich ist im PDS-Programm von 2003 zu lesen:

„Eine angemessene Wohnung und selbstbestimmtes Wohnen gehören zu den wichtigsten Bedingungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde.“

Das Wohnen muss für alle Bürgerinnen und Bürger bezahlbar sein. Dazu gehört ein sozial ausgewogenes Mietrecht, wohnwertbezogene Mieten und ein regelmäßig angepasstes Wohngeld. Das Grundrecht auf Wohnen gehört zumindestens als Staatsziel in das Grundgesetz.“ (S. 24)

#### „Sozialistische Errungenschaften“ (II): Wohnungsbaupolitik

Zu den hartnäckigen Bestandteilen der DDR-Nostalgie gehört die Vorstellung, dass es in der DDR keine Obdachlosigkeit gab und die Mieten bezahlbar waren.

Tatsächlich gehörte ein gewaltiges Neubauprogramm für standardisierte Plattenbauten zu den wichtigsten sozialpolitischen Zielen der Ära Honecker. Zwischen 1971 und 1990 wurden – nach SED-Angaben – rund zwei Millionen Wohnungen neu gebaut. 10 % davon haben indes nie existiert, die amtlichen Statistiken waren entsprechend gefälscht. Im gleichen Zeitraum ließ die Wohnungsbaupolitik der SED 946.000 Altbauwohnungen verfallen, darunter wesentliche Teile der historischen Altbausubstanz. Dennoch band die unproduktive, weil nicht markt- und nachfragegerechte Wohnungsbaupolitik dem Schürer-Bericht vom Oktober 1989 zufolge riesige Mittel: Durch sie seien „bestimmte, für die Versorgung der Bevölkerung wichtige Bereiche wie das Gesundheitswesen, vernachlässigt worden“. Weil die „Sozialmieten“ in der DDR nur ein Viertel der Betriebs- und Unterhaltungskosten deckten, Abschreibungen und Rücklagen nicht vorgesehen waren, begann der Verfall der Neubauten bereits mit dem Erstbezug. Nach einem bis Februar 1990 geheim gehaltenen Papier der SED-Führung waren zur Wendezeit 42 % der Gebäudesubstanz des DDR-Wohnungsbestandes komplett verschlissen. Obdachlosigkeit gab es insofern nicht, als dem Einzelnen im Zweifel eine Wohnung „zugewiesen“ wurde, wenngleich nicht selten eine Ruine. Bei Nichtgefallen lautete die Alternative: Verfolgung wegen „Asozialität“ (§ 29 StGB der DDR).

### 3.4 FINANZPOLITIK: LIZENZ ZUM GELDDRUCKEN?

Die Frage nach der Finanzierung politisch definierter sozialer Wohltaten beantworten Sozialisten und Kommunisten im Allgemeinen deshalb ungerne, weil sie stärker in Kategorien von Umverteilung als von Produktivität denken. „Die Linke“ hat sich für die kostenträchtigen Forderungen ihres „100 Punkte-Programms“ eine dialektisch doppelte Antwort zurecht

gelegt: Erstens sei die Sache nicht so teuer wie von den politischen Gegnern unterstellt, und zweitens lasse sie sich durch eine veränderte Steuerpolitik sehr wohl finanzieren. Was also taugen die Finanzierungsvorschläge der „Linken“, die es ja immerhin gibt?

#### Hintergrund:

Think Tank der „Linken“ zum öffentlichen Investitionsbedarf

Dass im Umfeld der Partei leichthändig mit erheblichen Summen hantiert wird – fast wie in dem von ihr verachteten neoliberalen „Kasino-Kapitalismus“ – steht außer Frage. Schließlich steht ja auch nicht weniger als die Rettung der Zivilisation vor den „Profit- und Herrschaftsinteressen der international mächtigsten Teilen des Kapitals“ (PDS-Programm 2003, S. 2) auf dem Spiel. Die einst im Umfeld der DKP zusammengebastelte „Memorandum-Gruppe“, heute ein Think Tank der „Linken“, hat sechs Monate nachdem sie 50 Milliarden Euro öffentliche Investitionen forderte, nachgedoppelt: Sie hält nunmehr ein Konjunkturprogramm von 110 Milliarden Euro für nötig: 17 Milliarden für die Erhöhung des Hartz-IV-Mindestsatzes, 18 Milliarden für die Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung und zur Verkürzung der Arbeitszeit (bei vollem Lohnausgleich). Weitere 75 Milliarden seien auf die nächsten Jahre zu verteilen. Das alles sei ohne steigende Staatsverschuldung möglich, wenn man einmalig sofort 30 Milliarden Euro neu aufnehme und künftig große Vermögen und Einkommen stärker besteuere. Das entspricht so ziemlich der Quintessenz auch der Finanzpolitik der „Linken“ und ist – als mutmaßlicher Versuchsballon – nachzulesen in *junge Welt* vom 21. November 2008.

Ein erstes zentrales Argument für die angebliche Finanzierbarkeit ihres Staatsinterventionismus besteht in der Behauptung, die Staatsquote (Steuerbelastung) der Bundesrepublik solle auf „europäisches Normalmaß“ angehoben werden, liege demnach beträchtlich darunter (Wenn man die Abgabenquote, also die Sozialversicherungsbeiträge mit berücksichtigt, stimmt auch dieser europäische Vergleich nicht.). Das Hauptinstrument lautet also: Erhöhung der Steuern und Abgaben. Die Partei macht daraus auch kein Hehl, nennt aber ihr Konzept eine „radikal vereinfachte und übersichtliche Steuerpolitik“ (PDS-Programm 2003, S. 20): „Wir streiten für Steuergerechtigkeit, die hohe Einkommen und Vermögen stärker belastet, ihrer Abwanderung in Steueroasen und ihrer spekulati-

ven Anlage entgegenwirkt. Wir wollen Steuerentlastung für kleine und mittlere Unternehmen.“ Zu diesem Instrumentarium zählen: Wiedereinführung der 2006 abgeschafften Vermögenssteuer (angeblich 16 Milliarden Euro Mehreinnahmen), höhere Erbschaftssteuer auf große Erbschaften, Börsenumsatzsteuer, Einführung einer gewinnabhängigen Körperschaftssteuer, Aufhebung der Steuerfreiheit aus dem Verkauf von Unternehmensbeteiligungen, Besteuerung von Devisen- und Börsengewinnen sowie Aufhebung des Ehegattensplittings (alles PDS-Programm 2003, S. 20) und natürlich Anhebung des Spitzensteuersatzes (geplant 24 Milliarden Euro Mehreinnahmen), der ab einem Bruttoeinkommen von 60.000 Euro greifen soll.

Von einer sozialistischen Partei durfte man dieses Programm „Die Reichen sollen zahlen“ selbstverständlich erwarten. Es funktioniert nur nicht:

*Erstens* zahlen die Reichen schon: Die wohlhabendsten 8,2 % der Einkommensteuerzahler bestritten 2004 (aktuelle Zahlen bestätigen dieses Verhältnis) rund die Hälfte des Steueraufkommens. Sie haben angesichts der Niederlassungsfreiheit in der EU die Möglichkeit, sich einer noch weiter verschärften Besteuerung durch Ausweichen in Nachbarländer zu entziehen. Kapital, Arbeitsplätze, Know-how werden sie mitnehmen und damit das Gesamtsteueraufkommen in der Bundesrepublik viel schneller senken, als sich „Die Linke“ neue Erdrosselungssteuern ausdenken kann.

*Zweitens* tendiert die Forderung der Partei nach höheren Erbschaftssteuern und einer Vermögenssteuer (ab einem Vermögen von 300.000 Euro jährlich 1 %) zur allmählichen Enteignung des durchschnittlichen Eigenheimbesitzers. Nicht so oft erwähnt die Partei nämlich, dass sie Immobilienvermögen künftig nicht nach dem Einheitswert, sondern nach dem Realwert besteuern will. Einige Ersparnisse und Rücklagen eingeschlossen, ist man da rasch an der Grenze von 300.000 Euro. Und das ist der Hintergrund: Die Selbständigkeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Besitzbürgers soll verringert und er in die Position eines transferabhängigen Leistungsempfängers gezwungen werden. Die Vernichtung des Mittelstandes bleibt, wie bei der SED, das Programm der „Linken“.

*Drittens* wird die „gewinnabhängige Gewerbesteuer“ ab einem gewissen Grenzwert unternehmerische Initiative uninteressant machen. Investiert, auch zugunsten von Beschäftigung und Innovation, wird dann nicht mehr, wenn von vornherein klar ist, dass das Risiko zwar beim Unternehmer

liegt, er aber eine Gewinnmarge einkalkulieren muss, welche die steuerliche Höherbelastung abdeckt. Der Verlust von Arbeitsplätzen dürfte die Folge sein.

*Viertens* wird generell die internationale Verflechtung der Weltwirtschaft im allgemeinen und die Komplexität des EU-Wirtschaftsraums außer Acht gelassen. Kapital, Arbeit und Warenströme, damit auch Wohlstand, werden Deutschland umschiffen, wenn „Die Linke“ regiert. Das Finanzierungsprogramm der Partei ist im Übrigen mit den Vereinbarungen der Mitgliedstaaten zu einer soliden Haushaltsführung nicht in Einklang zu bringen.

Insgesamt gesehen: Das Finanzierungsprogramm der „Linken“ hätte – wie aus dem realen Sozialismus wohlbekannt, den Verbrauch der Substanz zum Ergebnis. Nicht einmal die Umverteilungseffekte, von denen die Partei träumt, würden greifen, weil das Kapital sich dem Zugriff entzöge. Und selbst wo das nicht geschähe, erlahmte der unternehmerische Anreiz vermutlich so, dass es künftig deutlich weniger umzuverteilen gäbe.

Natürlich redet „Die Linke“ nicht nur Unfug. Einzelne ihrer Überlegungen haben durchaus einen rationalen Kern, der sich auch daraus ergibt, dass Übersteigerungen des Konzeptes einer in Teilen nicht mehr sozialen, sondern nur noch freien Marktwirtschaft und ihrer Theorie, man könne alles der unsichtbaren Hand des Marktes überlassen, ideologischen Charakter angenommen hatten. Sie haben sich spätestens mit der internationalen Finanzkrise als falsch erwiesen. Eine graduelle Änderung, die niedrige Einkommen entlastet und höhere stärker in Anspruch nimmt, treibt wohl kaum wirtschaftlich erfolgreiche Bürger aus dem Land. Richtig ist auch, dass man die Einnahmeseite von Bundeshaushalten nicht auf Dauer auf Privatisierungserlöse stützen kann: Das sind wie in der DDR Geschäfte, die auf den Verbrauch der Substanz hinauslaufen. Zur sozialen Komponente von Marktwirtschaft gehört auch, dass für die Grundversorgung der Bevölkerung wichtige Wirtschaftszweige nicht in Aktiengesellschaften verwandelt werden dürfen mit dem Risiko, dass die Wasserversorgung des Landes irgendwann einem ausländischen Staatsfonds gehört.

Falsch ist aber der Glaube der „Linken“, mit Wiedereinführung einer konsequent keynesianischen Wirtschaftspolitik würde sich ihr Umverteilungsprogramm durch „Selbstfinanzierung“ tragen, weil die Massenkauf-

kraft so gestärkt würde, dass massiv höhere Steuereinnahmen und Beiträge zu den Sozialkassen zu erwarten seien. Denkbar ist tatsächlich ein begrenzter Effekt in diese Richtung. Aber wenn alle dem Bürger zusätzlich für soziale Wohltaten abverlangte Steuern und Abgaben zu 100 % als konjunktureller Aufschwung zurückkämen, dann hätte „Die Linke“ wohl ein ökonomisches Perpetuum Mobile erfunden. Das ist sehr unwahrscheinlich, weil die aufgewendeten staatlichen Mittel nicht investiv, sondern fast ausschließlich konsumtiv eingesetzt würden. Denn investiv bedeutet für die staatliche Nachfragestimulierung, dass Kapital für rentable private Investitionen fehlt, weil es der Staat aufgenommen hat. Der Zinssatz und die öffentlichen Zinslasten steigen und das Budgetdefizit nimmt zu. Gleichzeitig schrumpft die private Wirtschaft – ein Teufelskreislauf. Eine solche Hypothese übersieht auch die stete Differenz zwischen makro-ökonomischen Maßnahmen und mikro-ökonomischem Verhalten: Selbst die Bezieher kleiner Einkommen oder Transferleistungen würden in einem Umfeld, das von einer umfassenden Erhöhung von Steuern und Abgaben geprägt ist, ihre höheren Einnahmen nicht sofort für den Konsum einsetzen, sondern eher auf die „hohe Kante“ legen, um sich ein Polster für eventuell schlechtere Zeiten zu schaffen.

Und schließlich sind „Zukunftsinvestitionsprogramme“ wie das der „Linken“ ohne *erhöhte Schuldenaufnahme* nicht realisierbar. Künftigen Generationen würde damit eine Hypothek aufgebürdet, die sie gar nicht mehr schultern könnten. Erstaunlich genug: Obwohl sich linke Parteien klassischerweise als zukunftsorientiert verstehen und „Die Linke“ gerne von „Nachhaltigkeit“ redet, scheint der Partei die Zukunft egal zu sein. Ihre Demagogie „sozialer Gerechtigkeit“ ist insoweit regelrecht „asozial“, weil für kurzfristige Effekte die Chancen zukünftiger Generationen geopfert würden.

Finanzierung über massive Neuverschuldung hätte im übrigen auch in ganz überschaubaren Zeiträumen negative Konsequenzen: Sie bediente erstens die Interessen der Banken an steigenden Darlehenszinsen, die sich aus erhöhter Kreditnachfrage zwangsläufig ergäben. Der Bundeshaushalt würde von Jahr zu Jahr stärker durch Zinszahlungen belastet. Ließe man der Memorandum-Gruppe mit ihren Forderungen nach einem weitgehend schuldenfinanzierten Konjunkturprogramm von 110 Milliarden Euro freien Lauf, so betrügen allein die Schuldzinslasten jährlich rund fünf Milliarden Euro. Der fiskalische Spielraum zur Gestaltung von Politik würde immer kleiner, auch weil üppige Renten- und Pensionsansprüche, auf Dauerversorgung der „Linken“-Klientel angelegte Sozialleistungen,

ständige Neuverschuldung zur Finanzierung eben dieser Sozialprogramme, massive Steuerausfälle durch Insolvenzen oder Abwanderung von Arbeitsplätzen und Kapital die Bundesrepublik irgendwann an den Rand der Zahlungsunfähigkeit trieben. Ein Weg, wie er zum Staatsbankrott der DDR geführt hat, wäre vorgezeichnet.

Natürlich gibt es einen „Ausweg“ aus einer solchen Misere: den *Anwurf der Notenpresse*. Durch massive Vermehrung der Geldmenge wird eine Inflation in Gang gesetzt, die Staatsschulden nominal vermindert. Das geht aber im europäischen Rahmen nicht mehr wegen der Unabhängigkeit der Zentralbank. Bei einer (starken) Inflation werden auch die Ersparnisse des Durchschnittsbürgers entwertet und Generationen um die Früchte ihrer Arbeit betrogen. Paradox genug: Auch ein solches Szenario passte in die Langzeitperspektiven einer Partei wie der „Linken“: Als besitzlose und wirtschaftlich ruinierte Masse ist das Volk eher reif für den vormundschaftlichen Sozialismus.

Wie der Kreislauf aus Zerstörung produktiver Teile einer Volkswirtschaft, exorbitanter Verschuldung, Ausplünderung des Mittelstandes und hemmungsloser Selbstbedienung einer Staatskaste funktioniert, kann man derzeit übrigens am besten in Simbabwe besichtigen, das unter Robert Mugabe unter der am schnellsten schrumpfenden Volkswirtschaft der Welt leidet. Die Staatspartei Zimbabwe African National Union (ZANU) des Bankrotteurs verstand sich übrigens von jeher als sozialistische Einheitspartei und sah sich in der Tradition realsozialistischer Vorbilder.

### 3.5 KULTUR, MEDIEN, ÖFFENTLICHKEIT UNTER „GEISTIGER HEGEMONIE“ DER „LINKEN“

Wie stände es mit Kultur, Medien und Meinungsfreiheit in einer Republik, die von der „Linken“ mit regiert würde? Die Frage ist deshalb berechtigt, weil Kommunisten – auf sie will die Partei erklärtermaßen nicht verzichten – die Meinungsfreiheit und das Klima einer nicht zensierten Öffentlichkeit fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Überall, wo „sozialistische Transformationen“ stattfinden, beseitigen die Machthaber zuallererst die Pressefreiheit – aktuelle Beispiele sind das Nicaragua des wiedergekehrten Caudillo Daniel Ortéga und das von der „Linken“ angehimelte „bolivarische“ Projekt seines Kollegen Hugo Chávez. Das Konzept einer offenen Gesellschaft, das freie Wort, die Äußerung von Widerspruch, sind solchen Regimen zuwider.

Obleich „Die Linke“ sich gegen genau dies mit hehren Worten verwarht: Sie steht in der Tradition einer Demokratie erstickenden Kultur zensurierter Öffentlichkeit. Ihre Position zu einer diskursiven Öffentlichkeit ist dialektisch: Für sich selber nimmt sie alle Möglichkeiten der Meinungsäußerung in Anspruch, bis hin zu sehr harten, verletzenden Äußerungen. „Die Linke“ verkündet wissentlich und willentlich die Unwahrheit, wenn dies nicht sanktionierbar ist. Sie bewertet Fakten unseriös und falsch, sie selektiert, fälscht und verschweigt – besonders deutlich ist das in Fragen der Bewertung des untergegangenen Realsozialismus der Fall. Von den Standards demokratischer Kultur ist sie gerade hier ein ganzes Stück entfernt.

#### Originalton „Die Linke“ zur Pressefreiheit

Die hehren Worte der Partei in ihren Programmen stehen zu diesem Befund in einem gewissen Gegensatz. Sie seien deshalb hier durchaus zitiert, um sie am Verhalten der Partei zu prüfen: „Vielfalt, Kompetenz, kritische Öffentlichkeit, umfassende Grundversorgung mit authentischen, nachprüfbaren Informationen, allgemeiner und freier Zugang zu Nachrichten und Kultur sind vorrangige Ziele demokratischer Medienpolitik. Die Medien müssen der Gesellschaft die Möglichkeit geben, sich vielstimmig demokratisch zu artikulieren, sie müssen Aufklärung und Bildungsprozesse fördern und dazu beitragen, Bürgerinnen und Bürger zur Kontrolle privater und staatlicher Macht und zur Beteiligung an politischen Entscheidungen zu befähigen.“ (PDS-Programm 2003, S.29)

In der Praxis sieht das anders aus: „Linken“-Frontmann Lafontaine behauptete über Wochen beharrlich gegen die Tatsachen, die amtierende Bundeskanzlerin Merkel habe in Moskau studiert: „authentische, nachprüfbare Informationen“?

Und auf der anderen Seite lässt – im November 2008 – ein Politiker der „Linken“ den kompletten deutschen Internet-Zugang zur freien Enzyklopädie „Wikipedia“ sperren, weil ihm ein dortiger Eintrag zu seiner Stasi-Vergangenheit nicht gefällt: „allgemeiner und freier Zugang zu Nachrichten und Kultur“?

Die Praxis sieht also etwas anders aus. Dafür sind mehrere Gründe erkennbar:

*Erstens:* Zensur und gelenkte Öffentlichkeit waren stets zentrale Elemente von Diktaturen wie der SED-Herrschaft. Auch wenn „Die Linke“ durchaus plausibel machen kann, dass sie den Wert von Meinungsfreiheit begriffen hat, schlagen gelegentlich alte Reflexe durch. Das gilt auch für „ihre“ Journalisten, seien sie nun als Sympathisanten irgendwo in der freien Presse beschäftigt oder direkt beim parteieigenen Organ *Neues Deutschland*: Viele haben ihr Handwerkszeug noch zu DDR-Zeiten gelernt, Pressearbeit als „Parteiauftrag“ ist ihnen geläufig. Diese Umstände sollte man realistisch einschätzen und vielleicht nicht zu streng mit Leuten sein, die eigentlich nie wirklich Journalisten, sondern Propagandisten waren.

#### Originalton SED: Der sozialistische Journalist

„Der sozialistische Journalist ist Funktionär der Partei der Arbeiterklasse, einer anderen Blockpartei [...] bzw. einer gesellschaftlichen Organisation und der sozialistischen Staatsmacht, der mit journalistischen Mitteln an der Leitung ideologischer Prozesse teilnimmt. [...] Er hilft, das Vertrauensverhältnis des Volkes zu Staat und Partei zu festigen. Seine gesamte Tätigkeit wird grundlegend vom Programm und den Beschlüssen der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse sowie durch die Verfassung des sozialistischen Staates bestimmt.“ (*Wörterbuch der sozialistischen Journalistik*, hrsg. von der Sektion Journalistik der Karl-Marx-Universität Leipzig, 2. Aufl. Leipzig 1981, S. 111)

*Zweitens:* Die „kulturelle Hegemonie“ in der Gesellschaft zu erobern, ist ausdrücklich ein Projekt der „Linken“. Es schließt ein, eigene Sichtweisen, Positionen und Deutungsmuster gesellschaftlich „hegemoniefähig“ zu machen. Das soll, so erfährt man in unterschiedlichsten Programmaussagen, nur über die Eroberung von Mehrheiten geschehen. „Hegemoniefähigkeit“ bedeutet zugleich, dass konkurrierende Positionen zwar nicht verboten, aber marginalisiert, an den Rand gedrängt und ausgegrenzt werden. Da „Die Linke“ Politik in den Kategorien von Macht und Sendung versteht, empfindet sie die dauerhafte Existenz abweichender Meinungen eher als Störung des politischen Herrschaftsbetriebs. Den Wechsel von

Mehrheitsmeinungen, die Selbstverständlichkeit von Alternativen und auch die Ablösung „hegemoniefähiger“ Kräfte als Normalität pluralistischer Gesellschaften zu akzeptieren, fällt ihr mit der Vergangenheit als absolut herrschende Staatspartei verständlicherweise schwerer als Parteien, die aus einer demokratischen Tradition stammen.

#### Exkurs: Das Konzept der „kulturellen Hegemonie“

Der Vater dieses Konzept ist der italienische Kommunistenführer Antonio Gramsci (1891-1937). Er stellte fest, dass es nicht genüge, die ökonomische Basis einer Gesellschaft umzugestalten, sondern dass „Die Linke“ in Teilen des Überbaus, die er als „Zivilgesellschaft“ (*società civile*, also „bürgerliche Gesellschaft“) bezeichnete, die „kulturelle Hegemonie“ erobern müsse, um die moralischen und geistigen Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft zu zerstören. André Brie, einer der PDS-Reformer, fasste dies in die Worte: „Es geht darum, die konservative geistige Hegemonie zu zerstören und selbst die Hegemonie in der Zivilgesellschaft zu erlangen“ (*Junge Welt* vom 29. Mai 1995). Zentrale Elemente der „società civile“ stellten für Gramsci die Bereiche der Sinnvermittlung und Meinungsbildung dar, also pädagogische Institutionen, Presse und andere Medien, Kultur und Wissenschaft.

*Drittens* kann dies zur Folge haben, dass die im Allgemeinen durchaus akzeptierten Grundsätze der Meinungsfreiheit ins Wanken geraten, wenn unerwünschte Kritik an der Partei, ihrer Sendung oder leitenden Genossen auftritt. Eine demokratische Grundeinstellung würde nahe legen, dass man solchen Problemen mit offenem Visier und Gegenargumenten begegnet, sie auch schon einmal akzeptiert. Solches Format zeigen Politiker der „Linken“ eher selten. Sie ziehen es vor, ihnen unangenehme Meinungen durch den Gang zu den bürgerlichen Gerichten und mit einstweiligen Anordnungen zu bekämpfen.

#### Exkurs: „Die Linke“ und die bürgerliche Justiz

Zu den ganz großen Anpassungs- und Lernleistungen der früheren SED gehört, dass ihre Kader sich der bürgerlichen Gerichtsbarkeit recht souverän zu bedienen gelernt haben. Dabei überkreuzen sich moderne Lernprozesse mit altem Wissen. Zu den neuen Erkenntnissen gehört, dass Richter im Rechtsstaat unabhängig und auch in der Auslegung der Gesetze ziemlich frei sind. Zum alten und ganz realistischen Wissen gehört, dass Justiz insofern Klassenjustiz sein kann, als Richter eine politische Meinung haben. Hinzu kam eine für „Die Linke“ besonders günstige Besonderheit im deutschen Presserecht: Während der gewöhnliche Straftäter am Ort der Tat vor seinen gesetzlichen Richter kommt, kann man sich bei Feldzügen gegen missliebige Meinungsäußerungen den Richter praktisch aussuchen: Geklagt werden kann überall, wo die inkriminierte Äußerung gedruckt erhältlich ist. Als besonders beliebter Gerichtsstand hat sich für Kommunisten, Sozialisten und Stasi-Mitarbeiter in diesem Zusammenhang das Landgericht Hamburg mit seinen „fortschrittlichen“ Richtern erwiesen. Zwar scheint der Wortlaut des Grundgesetzes eindeutig: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten [...] Eine Zensur findet nicht statt.“ (Art. 5 Abs. 1 GG) Für manche Richter wiegt aber das Interesse von tatsächlichen oder mutmaßlichen MfS-IM am Schutz ihrer persönlichen Würde viel stärker als das Interesse der Öffentlichkeit, etwas über die Täter der SED-Diktatur zu erfahren. Sie sind auch der Meinung, dass weder Unterlagen des MfS, noch Beschlüsse von Bundestagsgremien irgendeine Beweiskraft haben, die eidesstattliche Versicherung des Klägers, mit dem Geheimdienst nie etwas zu tun gehabt zu haben, aber schon. Solche Interpretationen der Pressefreiheit haben solange Bestand, bis sie von einer höheren Instanz aufgehoben werden oder die Sache im Zweifel vergessen ist. Der Spruchpraxis einschlägiger Kammern kommt zugute, dass es gegen den schnöden Wortlaut der Verfassung denn doch noch das berühmte Richterrecht gibt. Dr. Gregor Gysi, dessen zu DDR-Zeiten verfasste Dissertation sich mit der sozialistischen Rechtsdurchsetzung befasst hatte, dürfte das zu schätzen wissen.

### 3.6 AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK DER „LINKEN“

Auf keinem Gebiet hat sich „Die Linke“ seit 1989 weniger gewandelt als auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik. Ihre heutigen Positionen auf diesem Politikfeld sind nicht nur praktisch mit jenen der SED identisch. Sie wurden durch den Zulauf der WASG noch um bizarre Töne verschärft, welche selbst die SED um ihrer internationalen Reputation willen vermutlich vermieden hätte. Ein Staat, der den außenpolitischen Vorstellungen der „Linken“ folgte, würde vermutlich in kürzester Frist in die Riege international geächteter Parias der Staatengemeinschaft absteigen.

Nur einen wirklich auffälligen Bruch mit der Vergangenheit kann man in der außen- und sicherheitspolitischen Positionierung der „Linken“ entdecken: Das Vorbild Sowjetunion ist nicht mehr gültig. Das PDS-Programm von 1993 hatte noch den die nach Millionen zählenden Opfer kommunistischer Massenverbrechen beleidigenden Satz enthalten „Dem welthistorischen Ereignis der sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 verdankt die Menschheit grundlegende günstige Entwicklungen im 20. Jahrhundert“ (PDS-Programm 1993, S. 6). Heute fehlt ein Bezug auf die Sowjetunion weitgehend. Erwähnt wird der reale Sozialismus nur noch mit folgender Passage: „Seine Existenz hatte der westlichen Welt begrenzte Zurückhaltung beim Einsatz militärischer Gewalt aufgenötigt. Er begünstigte Befreiungskämpfe in den so genannten Entwicklungsländern und soziale Reformen in den kapitalistischen Industrieländern“ (PDS-Programm 2003, S. 6). Obwohl hier keine besondere Vorbildhaftigkeit des realen Sozialismus mehr bemüht wird, passt der erste Satz perfekt in die Wahrnehmung der heutigen „Linken“: Der Einsatz aggressiver militärischer Gewalt ist offenbar nur für die westliche Welt kennzeichnend, während „linke“ Regime in jedem Falle „Friedensstaaten“ sind.

#### 3.6.1 Die „konsequente Friedenspartei“: Aufguss des traditionellen Antiimperialismus

Zwar sind der „Linken“ mit Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten nicht alle Identifikationsobjekte im internationalen Bereich verloren gegangen (Kap. 3.6.2), Vorrang in ihrer außen- und sicherheitspolitischen Wahrnehmung hat gleichwohl das „Anti“. Es richtet sich primär gegen die Bindung der Bundesrepublik an die Gemeinschaft der westlichen, durchweg mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung versehenen Demokratien.

In der außenpolitischen Wahrnehmung der „Linken“ gibt es für diese Kombination westlich/ demokratisch/marktwirtschaftlich nur ein einziges Pseudonym: imperialistisch. Hier ist ein Rückgriff auf die klassische Imperialismus-Theorie leninistischer Prägung unverkennbar.

Begriffsklärung: „Imperialismus“ in marxistisch-leninistischer Sicht

Die klassische marxistische Imperialismustheorie wurde von Lenin während des 1. Weltkrieges entwickelt. Wie die marxistische Gesellschaftsanalyse geht sie davon aus, dass für das außenpolitische Verhalten eines Staates letztlich seine Wirtschaftsverfassung entscheidend das Handeln der Regierung bestimmt. Demnach ist für „kapitalistische“ Gesellschaften vor allem der inhärente Zwang zu Wirtschaftswachstum und Profitmaximierung kennzeichnend. Er führt – sind die binnenländischen Absatzmärkte und Produktionskapazitäten erschöpft – zur aggressiven Erschließung fremder Märkte, (billiger) Arbeitskräfte und Rohstoffe. Dies trifft vor allem die Dritte Welt, die zunächst militärisch unterworfen und in Kolonien aufgeteilt, später, nach der Entkolonialisierung, durch unfaire Wirtschaftsbeziehungen und die Diktate internationaler kapitalistischer Organisationen wie Internationaler Währungsfonds und Weltbank weiter in Abhängigkeit gehalten wird (Globalisierung). Stoßen Profitmaximierungsinteressen kapitalistischer Staaten aufeinander, kann es zu inner-kapitalistischen Kriegen kommen (1. Weltkrieg). Bei Staaten, die nicht von Kapitalverwertungsinteressen bestimmt werden, entfällt die Ursache imperialistischen Verhaltens. Originalton SED: „Der Marxismus-Leninismus begründet, dass die Fragen von Krieg und Frieden vom Klassenkampf abgeleitet sind und Kriege letztlich ihre Wurzel im Privateigentum an Produktionsmitteln und im Klassenantagonismus der Ausbeutergesellschaft haben. [...] Aufgrund des aggressiven Wesens des Imperialismus wird der Frieden ständig bedroht.“ (*Kleines politisches Wörterbuch*, Berlin 1983, S. 273 bzw. 274)

Man prüfe, inwieweit sich die Einlassungen der heutigen Partei mit diesem Grundmuster der leninistischen Imperialismustheorie decken. Gegenbeispiele wird man kaum finden.

Das Gegenmittel zum Imperialismus ist – ganz wie vor 1989 – die „Friedenspolitik“ nicht-kapitalistisch verfasster Staaten, wobei man auf den früheren verräterischen Begriff „Friedenskampf“ zu verzichten gelernt hat. auch in der „Friedensagitation“ der Linken überschneiden sich heute ältere ideologische Grundüberzeugungen mit populistischer Agitation und der missbräuchlichen Umwertung positiv besetzter Begriffe. Die Partei weiß um die Skepsis großer Teile der deutschen Bevölkerung hinsichtlich des Einsatzes militärischer Gewalt – und sei es auch nur im Rahmen der UN zur Friedenssicherung. Sie bedient sich daher des positiv besetzten Begriffs „Frieden“, begibt sich propagandistisch in eine pazifistisch anmutende Pose und täuscht die Öffentlichkeit darüber, dass sie mit „Frieden“ nicht etwa einen Zustand der Abwesenheit von Gewalt, sondern eine Gesellschafts- und Staatenordnung meint, aus der Marktwirtschaft als angebliche Ursache von Kriegen verschwunden ist. Das schließt bisweilen auch die stillschweigende Zustimmung zu gewaltsamen Formen der Bekämpfung „kapitalistischer Ausbeutung“ mit ein.

#### Argumentationstipp:

Die offensichtlich unwahre Suggestion einer angeblich pazifistischen, nicht bloß antiimperialistischen „Linken“ wird von einzelnen Vordenkern der Partei kritisiert. Auf die Frage, ob die PDS eine pazifistische Partei sei, erklärte André Brie 1999 einer Wochenzeitung: „Nein, das ist sie nicht. Sie hat auch keinen pazifistischen Grundkonsens. Das ist nie wirklich diskutiert worden. Zum Beispiel mit Blick auf nationale Befreiungsbewegungen oder die Theorie des gerechten Krieges. Außerdem kommen wir aus allem, nur nicht aus einer pazifistischen Tradition.“<sup>7</sup> Da hat Brie Recht, denn abgesehen von Albanien war die DDR vor 1989 der wohl am stärksten militarisierteste Staat Europas:

- 160.000 Mann NVA, Luftstreitkräfte und Volksmarine,
- 50.000 Mann Grenztruppen,
- 100.000 Mann Geheimdienst mit militärischen Diensträngen und Bewaffnung,
- bis zu 400.000 Mann in den Betriebskampfgruppen als Parteimiliz, dazu eine bruchlose Anknüpfung an die Tradition des preußischen Militarismus.

Woher hätte ausgerechnet der in die PDS eingeschmolzene Kern dieses bewaffneten Realsozialismus auf Knopfdruck eine pazifistische Grundgesinnung nehmen sollen?

Zugleich gilt westliches Militär stets als Ausfluss aggressiven Militarismus, denn es dient Kapitalinteressen. Sozialistisches, „fortschrittliches“ Militär steht ebenso wie so genannte „Befreiungsbewegungen“ für „Friedenspolitik“, und zwar auch dann wenn es sich bei Licht betrachtet um Soldateska handelt, die sich terroristischer Mittel bedient.

Da „Die Linke“ derzeit über eigenes sozialistisches Militär nicht verfügen kann, bleibt ideologisch bestimmter „Friedenspolitik“ also nur, zunächst das „imperialistische“ zu bekämpfen. Dessen Symbol in agitatorischer Hinsicht sind die USA. Die Partei weiß an antiamerikanische Ressentiments anzuknüpfen, die besonders in den neuen Bundesländern vorhanden sind. Bei der „Linken“ ist Antiamerikanismus indessen ideologisch begründet. Auf die USA als westlicher, marktwirtschaftlich verfasster und natürlich auch militärisch führender Macht werden praktisch alle aus „sozialistischer“ Sicht gegebenen Fehlentwicklungen der Weltlage projiziert.

#### Originalton „Die Linke“:

„Wachsende Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit und Armut, Hunger und Kriege, Fremdbestimmung und Gewalt sind Angriffe auf die Würde des Menschen. Die neoliberale Politik der Verwandlung aller Lebensbereiche in profitbestimmte Märkte und die autoritäre, imperiale und kriegerische Durchsetzung dieser Politik zerstören die Errungenschaften von zweieinhalb Jahrhunderten sozialer emanzipativer Kämpfe. Die USA-Regierung verfolgt mit ihrer imperialistischen Politik, mit politischer und wirtschaftlicher Erpressung und mit Aggressionskriegen das geostrategische Ziel einer weltweiten Vorherrschaft.“

(PDS-Programm 2003, Präambel, dritter Absatz)

„Die imperiale Politik unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika zielt auf eine ganz der Kapitalverwertung untergeordnete Welt, auf die ungehinderte Verfügung über Rohstoffe und Energieträger, auf Ausweitung von Herrschaft und Einflussphären. Aufgekündigt ist die Norm des Völkerrechts, die jeden Angriffskrieg verbietet. Die NATO und die Europäische Union setzen auf globale Eingreiftruppen.“ („Programmatrische Eckpunkte“ 2007, Teil 1, Ziff.II)

Ein Zusammenhang zwischen Fehlentwicklungen in der Dritten Welt und „imperialistischen“ US-Interessen wird gar nicht mehr geprüft, sondern in jedem Fall als gegeben unterstellt. Dann passieren der Partei selbst in elaborierten Programmdokumenten solche kurzschlüssigen Aussagen wie die folgende: „Ganze Weltregionen sind vom Zerfall elementarer gemeinschaftlicher und staatlicher Strukturen erfasst. In vielen Ländern zerstören Kriege jede Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben. Afrikas Anteil am Welthandel ist auf ein Prozent gesunken. In zahlreichen Staaten herrschen Diktaturen, Nationalismus, Korruption und grausame Formen des Patriarchats. Die imperiale Hegemonie der USA und der NATO samt ihrer Konzeption von Angriffskriegen soll den Erhalt der ausbeuterischen und zerstörerischen Strukturen garantieren und vertieft zugleich die Ursachen der realen Gefahren.“ (PDS-Programm 2003, Ziff.3., S. 9.)

In der *Beschreibung* der Verhältnisse in afrikanischen „failing states“ irrt sich die Partei hier nicht. Unseriös ist aber, wie eine *Ursächlichkeit* westlicher Politik dafür suggeriert wird. Haben Diktatur und Massenarmut in Zimbabwe, Völkermord im Sudan und die Einführung der Scharia in zahlreichen anderen afrikanischen Ländern irgendetwas mit amerikanischen Weltherrschaftsplänen oder NATO-Konzeptionen für Angriffskriege zu tun? Die Partei schweigt zu solchen endemischen Katastrophen in der Dritten Welt, wenn sie nicht in ihr vorgefertigtes Weltbild zu pressen sind. Die „Friedenspartei“ kritisiert Unrecht und Gewalt nur, wenn sie es dem „imperialistischen“ Gegner zurechnen kann. Auch hier sollte nachgefragt werden.

Die NATO als Werkzeug angeblicher amerikanischer Weltherrschaftspläne, die Bundeswehr als ihr Bestandteil, insbesondere soweit sie zu out-of-area-Einsätzen kommt: Die Forderung der Partei nach *Auflösung der NATO* und „*konsequenter Abrüstung*“ der Bundeswehr sind in dieser vulgär-marxistischen Wahrnehmung fast zwingende Folgerungen. „Imperialistisches“ Militär kann niemals und nirgends etwas Richtiges tun, außer sich abzurüsten.

Dabei ignoriert „Die Linke“ geflissentlich, dass diese Abrüstung bereits in einem ganz enormen Umfang stattgefunden hat: Von einer Sollstärke von 495.000 Mann Mitte der 1980er Jahre schrumpfte die Bundeswehr auf heute 248.000 Mann, von denen 165.000 als einsatzfähiger Kern gelten. Von diesen dienen rund 7.500 in out-of-area-Einsätzen, die größten Kontingente sind mit jeweils um die 3.000 im Kosovo und in Afgha-

nistan stationiert. Zugleich ist der Anteil des Verteidigungsetats am Bundeshaushalt von um die 5 % vor 1989 auf weniger als die Hälfte gesunken. Diese Friedensdividende war hochwillkommen, um in den neuen Bundesländern die von der SED-Herrschaft ruinierte Infrastruktur wieder aufzubauen. Allerdings hat die angebliche „Militarisierung“ der Bundesrepublik heute einen derart niedrigen Stand erreicht, dass die Bundeswehr ihre Bündnisverpflichtungen kaum noch erfüllen kann.

#### Argumentationshinweis:

Geschickte Agitatoren der „Linken“ werden darauf hinweisen, dass die Bundesrepublik der drittgrößte Waffenexporteur der Welt ist. Nach Angaben des Stockholmer International Peace Research Institute (SIPRI) liegen wir mit einem Anteil von 10 % der Weltrüstungsexporte hinter den USA (31 %) und Russland (25 %). Das spricht zum einen für die Qualität deutscher Technologie, ist aber politisch unbeachtlich, solange Waffen nicht in Krisengebiete und auch nicht an problematische Staaten geliefert werden. Ein erheblicher Teil der deutschen Rüstungsexporte besteht im Übrigen aus Ausrüstungshilfen an NATO-Partner.

#### 3.6.2 Das Agitationsmuster „völkerrechtswidrige Angriffskriege“

Neben der ständigen Rede von der „Friedenspartei“ ist die zweite Agitationsparole, die holzschnittartig von der „Linken“ verwendet wird, der Vorwurf, die Bundesrepublik beteilige sich an „völkerrechtswidrigen Angriffskriegen“. Der Vorwurf ist klug gewählt, hat doch in Deutschland Rechtsstaatlichkeit einen hohen Stellenwert. Gemünzt ist er vor allem auf die Irak-Intervention der USA und Großbritanniens 2003, für das beide Länder tatsächlich kein UN-Mandat hatten.

#### Hintergrund: Die „furchtbaren Juristen“ der „Linken“

Natürlich hat „Die Linke“ für solche Agitationsmuster ihre Spezialisten aus dem juristischen Bereich, und sie muss dazu nicht auf die leicht anrühenden alten SED-Wissenschaftskader zurückgreifen, weil formal wissenschaftlich qualifiziertes westliches Personal zur Verfügung steht. In diesem Fall handelt es sich zum Beispiel um den Juristen und MdB der „Linken“ Norman Paech (Jg. 1938), ehemals Professor für politische Wissenschaft und Staatstheorie an der gewerkschaftsnahen Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg.

Paech gibt in seiner Vita an, 1969-2001 Mitglied der SPD und seither parteilos gewesen zu sein. Aber seit 1979 war er Bundesvorsitzender der DKP-gesteuerten „Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen in der BRD und Westberlin e.V.“ (VDJ), einem SED-finanzierten Club von juristischen „Fellow travellers“ der Kommunisten. Vom Herrn Professor ist ein schönes Grußwort an den 7. Parteitag der DKP 1984 überliefert: „Ich habe als Sozialdemokrat [...] niemals einen Hehl daraus gemacht, dass Kommunisten und ihre Parteiorganisation nicht nur ein notwendiger Faktor des politischen Lebens der BRD sind, sondern in den Konflikten in dieser Gesellschaft und für den Kampf um demokratische und fortschrittliche Perspektiven ein unverzichtbarer Bündnispartner sind.“ Nach 1989 fiel Paech vor allem durch sein Engagement zu Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der RAF und der kurdischen PKK auf – gemeint waren natürlich nicht die von diesen Terrorgruppen begangenen Verbrechen, sondern „Menschenrechtsverletzungen“ an gefassten Terroristen, die sie als angebliche Opfer völkerrechtswidriger Repression erlitten hatten. Seit 2005 ist Paech MdB der „Linken“ und außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion. „Furchtbare Juristen“ nannte man übrigens in der linken Publizistik der vergangenen Jahrzehnte solche, die rechtsstaatliche Grundsätze verbogen, um Diktaturen zu rechtfertigen und zu verklären; allerdings zielte der Vorwurf ausschließlich auf Verharmloser rechtsextremistischer Regime.

Tatsächlich verbietet das Völkerrecht aus Gründen der Stabilität und Berechenbarkeit der internationalen Ordnung Angriffskriege nach ganz formal gefassten legalistischen Prinzipien. Das Verbot gilt unabhängig davon, ob gewaltsame Interventionen moralisch berechtigt sind, weil sie beispielsweise, wie im Falle der Regierung Saddam Husseins, dem Sturz eines kriminellen und ständig gegen die UNO-Charta handelnden Regimes gelten.

Ungeachtet eines formellen Verstoßes gegen das Völkerrecht können also solche militärischen Aktionen legitim sein, wenn sie der Abhilfe von Verbrechen gegen die Menschlichkeit dienen. Genau das war im Falle der Irak-Intervention beabsichtigt. Dass der Operation aufgrund amerikanischer Fehleinschätzungen zunächst kein nachhaltiger Erfolg beschieden war, ändert daran nichts.

#### Argumentationshinweis: „Völkerrechtswidrige Angriffskriege“

Wenn die stehende Rede besonders Lafontaines von „völkerrechtswidrigen Angriffskriegen“ insbesondere der Amerikaner zuträfe, wäre darunter wohl auch der Eintritt der USA in den 2. Weltkrieg zu fassen. Denn tatsächlich hatte die Regierung Roosevelt mit ihrer Weisung an die US-Navy, deutsche U-Boote im Atlantik anzugreifen, einen formalen Kriegsgrund geliefert und sich deutlich auf die Seite der britischen Kriegspartei gestellt. Dass es schließlich Hitler war, der mit dem ihm eigenen Größenwahn den Amerikanern der Krieg erklärte, kann als Formalie außer Betracht bleiben. Nichtsdestoweniger war Eintritt der Amerikaner in den 2. Weltkrieg moralisch mehr als gerechtfertigt. Wäre es nach Lafontaines heutigen Maßstäben gegangen, hätten die USA seinerzeit zusehen müssen, bis die Nazis Europa komplett unterjocht und die europäischen Juden vollständig ausgerottet hätten. Die Frage, wie sich die Formel des „Die Linke“-Frontmanns von den „völkerrechtswidrigen Angriffskriegen“ mit dem „antifaschistischen Erbe“ der Partei verträgt, sollte hartnäckig gestellt werden.

Eine schwächere Variante des Vorwurfes „völkerrechtswidriger Angriffskrieg“ trifft offenbar das Engagement der Bundeswehr in Afghanistan. Im PDS-Programm von 2003 heißt es dazu fein differenziert: „Das 21. Jahrhundert begann mit dem Überfall der NATO-Staaten auf Afghanistan und dem völkerrechtswidrigen Krieg der USA und Großbritanniens gegen den Irak.“ (S. 11). Mit dem „Überfall“ verhält es sich wie mit dem „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg“: Er hatte deshalb sofort Erfolg, weil er für die Masse der afghanischen Bevölkerung ein „Tag der Befreiung“ war: Es gab wieder Fernsehen und Radio, Musik und Unterhaltung durften wieder gehört, Feste gefeiert und Fußballspiele wieder ausgetragen werden. Ganz besonders galt die Befreiung für den weiblichen Teil der Bevölkerung, der nach islamistischen Regeln ins Haus gesperrt und komplett entmündigt worden war.

„Die Linke“ ficht alles das heute nicht an: Sie fordert unbeirrt den Abzug der Bundeswehr aus ihrer Mission innerhalb der *International Security Assistance Force* (ISAF), unbeachtlich der Tatsache, dass deutsche Kontingente in erster Linie Aufbauarbeit (Infrastruktur, Schulen, Primärversorgung) organisierten, wie ein Kritiker halb spöttisch, halb bewundernd schrieb: „bewaffnete Sozialarbeit“. Unbewaffnet geht die leider nicht, denn wenn Bildung und eine befriedete Zivilgesellschaft die ersten Voraussetzungen einer (in der Terminologie der „Linken“) emanzipatorischen, sozialen und ökologisch nachhaltigen Entwicklung sein sollen, bleibt zu beachten, dass die Taliban bei der Besetzung eines Ortes zuallererst die Lehrer ermorden sowie die Schulen zerstören: Bildung ist mit einer archaisch-religiösen Ordnung einfach unvereinbar.

Für die Forderung nach bedingungsloser Auslieferung des von der Bundeswehr beschirmten Teils von Afghanistan – ohne jede Exit-Strategie – ist in der „Linken“ hauptsächlich Christine Buchholz zuständig. Der frühere Leitungskader des trotzkistischen „Linksruck“ ist über die WASG in die Partei zugewandert. Die britischen Genossen ihres trotzkistischen Dachverbandes sind für ihr freundschaftliches Verhältnis zu islamistisch-terroristischen Gruppen bekannt. Dem entsprechend fallen ihre – namens der „Linken“ abgegebenen – Einlassungen zur deutschen Afghanistan-Mission aus:

#### Originalton „Die Linke“

Beispiel 1: „OEF (Anm.: d.i. Operation Enduring Freedom) ist ein Teil des ‚Krieges gegen den Terror‘, den George W. Bush nach dem 11. September 2001 ausgerufen hat. In diesem Krieg geht es vor dem Hintergrund einer zunehmenden globalen Konkurrenz und dem Kampf um Rohstoffe in der kaspischen Region und in Afrika vorrangig um eine Neuaufteilung der Einflussphären in der Welt.“

(Presseerklärung Buchholz, 14. November 2007)

Beispiel 2: „Frieden kann nicht mit militärischen Mitteln geschaffen werden. [...] DIE LINKE bleibt bei ihrer Forderung: Bundeswehr raus aus Afghanistan.“ (Presseerklärung Buchholz, 28.2.2008)

Beispiel 3: „Die Schnelle Eingreiftruppe kann auch nicht den Wiederaufbau unterstützen. Denn Wiederaufbau ist mit Waffengewalt nicht zu erzwingen, sondern wird durch Krieg und Besetzung verhindert.“

(Presseerklärung Buchholz, 30. Juni 2008)

Fast alle Elemente einer vulgärmarxistischen Imperialismustheorie sind in diesen Erklärungen enthalten:

*Erstens:* Westliche Militärinterventionen sind angeblich immer Kriege um Absatzmärkte und Rohstoffe, insbesondere Öl. Das brachte auch schon der von Trotzisten in Umlauf gesetzte Slogan „*No Blood For Oil*“ gegen die beiden Kriege im Irak zum Ausdruck. Offensichtlich ist das Unsinn: Wenn es stimmte, hätten die Amerikaner sich im Irak mit der Sicherung und Ausbeutung der Ölfelder begnügt, anstatt sich am Wiederaufbau des Landes aufzureiben. Die irakische Ölförderung liegt wegen der terroristischen Aktivitäten heute kaum auf dem Niveau des Jahres 2002. Wo das flüssige Gold in Afghanistan herkommen soll, bleibt das Geheimnis der „Antiimperialisten“.

*Zweitens:* Ein Rückzug der NATO aus Afghanistan hätte vermutlich die Re-Installation der Taliban zur Folge und damit eine weltweite Gefährdung durch ein Terrorregime, das ähnlich unberechenbar ist wie der Nationalsozialismus. Außerdem würde man in der afghanischen Bevölkerung genau die Zielgruppen im Stich lassen, um denen es der „Linken“ sonst angeblich stets zu tun ist: Frauen, säkulare und gebildete Afghanen würden zum Freiwild religiöser Fanatiker, die jede Art von Zivilgesellschaft als westliche Häresie ablehnen. Wer den Rückzug aus Afghanistan fordert, soll also bitte auch zugeben, dass ihm das Schicksal der Bevölkerung gleichgültig ist.

*Drittens:* Eines der hartnäckigsten Dogmen einer sich pazifistisch gebenden „Linken“ ist, *dass man mit militärischer Gewalt keinen Frieden stiften kann*. Wäre dieser Unfug im vorigen Jahrhundert Politik geworden, würde Europa vermutlich heute noch von den Nationalsozialisten regiert.

*Viertens:* In diese Kategorie gehört auch die Idee, man könne Gewalt und Terrorismus *durch umfassende Sozialeleistungen* und friedliche Hilfe eindämmen. Das mag in einzelnen Fällen sogar stimmen. Aber im Falle islamistischer Extremisten ist es erkennbar absurd, weil diese Leute im Unterschied zur gängigen linken Lesart gar keinen Wohlstand wollen: Häufig genug zerstören sie die Infrastruktur, die ihren archaischen Vorstellungen eines Gottesstaates entgegensteht.

### 3.6.3 Neue Freunde in aller Welt: Castro, Chávez & Co.

Es ist nun nicht so, dass „Die Linke“ keinerlei bevorzugten Partner in der internationalen Gesellschaft hätte. Nur westliche Demokratien sind eben nicht darunter.

Hans Modrow, dem sanften Sachwalter des SED-Traditionalismus in der „Linken“, blieb es vorbehalten, den Kreis der bevorzugten Partnerregime zu skizzieren. Er folgte damit bei seiner Eröffnungsrede zum letzten Parteitag der PDS in Dortmund (15. Juni 2007) einer alten kommunistischen Tradition: „Ich möchte auch herzlich die Botschafterinnen und Botschafter aus Kuba, Bolivien, Ecuador, Venezuela, Belarusland und auch weiterer Vertretungen herzlich begrüßen.“<sup>8</sup> Interessante Freunde: Weißrussland unter Lukaschenko ist der nahezu letzte Vertreter „sowjetischer“ Regime in Europa. Das kubanische Regime, als kommunistischer Traditionsbestand nun unter Raoul Castro, hält weiterhin politische Gefangene. Aber Kuba war wegen der Mythen „Fidel“ und Che Guevara, wegen seiner Zugehörigkeit zum westlichen Kulturkreis (man ist fast versucht zu sagen, wegen des angenehmen Klimas) immer Projektionsfläche linker Sehnsüchte gewesen – sie weist insofern über „Die Linke“ hinaus.

#### Hintergrund:

„Die Linke“ unterhält einen eigenen Lobby-Verein für das kubanische Regime: die AG „Cuba Sí“. Er wehrt jede Kritik an Menschenrechtsverletzungen in Kuba ab, notfalls auch gegen die Genossen aus der „Linken“. Dies widerfuhr einzelnen Europa-Abgeordneten der Linkspartei. PDS. Sie hatten 2006 einer Resolution zugestimmt, in der Menschenrechtsverletzungen auf Kuba kritisiert wurden. Von einer gegenläufigen Unterschriftensammlung aus dem stalinistischen Urgrund der Partei wurden sie regelrecht gejagt. Schockiert gab André Brie, Mitglied der Fraktion im Europaparlament, dem *Spiegel* (am 1. März 2006) zu Protokoll: „Die PDS hat trotz vieler Erklärungen kein wirkliches Verhältnis zu Menschenrechten entwickelt.“ Schließlich betonte Bisky in einer Presseerklärung: „Die Linkspartei.PDS ist und bleibt ein verlässlicher Freund Kubas“ (Pressemitteilung vom 9. Februar 2006) – und damit deckt sie denn auch – in der Tradition des SED-Regimes – die Verfolgung politisch anders Denkender auf Kuba.

Interessanter, weil zukunftssträchtiger als der sichtlich abgewirtschaftete kubanische Realsozialismus ist der sehr positive Bezug der Partei auf die *linkssozialistischen, führerzentrierten Regime in Venezuela, Bolivien und neuerdings Ecuador*. Es ist nicht einmal klar, ob der „Caudillismo“ des venezolanischen Potentaten Hugo Chávez irgendwie „links“ ist. Er ist in erster Linie typisch südamerikanisch und kann wie der argentinische Peronismus rasch in Chauvinismus und Nationalismus umschlagen. Entscheidend für seine Beliebtheit in der Linken sind seine populistischen Züge, die Partei für „das Volk“ ergreifen und stark vereinfachte „Lösungen“ für komplizierte wirtschaftliche und internationale Fragen anbieten. Zudem stimmt das Feindbild: Hugo Chávez spricht von den USA nur als „dem Imperium“, von dem alles Böse ausgehe (was ihn nicht hindert, mit den USA glänzende Ölexportgeschäfte zu machen). Chávez hat eine revolutionäre Vision für das, was er den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ in Lateinamerika nennt. Sie betrifft auch die Nachbarländer, besonders die pro-westlichen, weshalb Chávez häufig auf Waffen-Einkaufstour weilt, bevorzugt in Moskau. „Die Linke“ findet den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ sehr attraktiv, zumal er sich definitiv gegen „Neoliberalismus“ und „Globalisierung“ wendet, als deren Sitz sie USA, IWF und Weltbank identifiziert.

#### Argumentationshinweis:

##### Wirtschaft im „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“

Altbekannt erscheinen zu Teilen die wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Caudillo. Venezuela könnte wegen seines Ölreichtums ein wohlhabendes Land sein, investierte er die Einnahmen in eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Er verwendet sie aber zur Ausschüttung von subventionierten Wohltaten an seine Klientel. Anreize für wirtschaftliche Eigenverantwortung gehen so verloren. So setzte die Regierung beispielsweise für Milchprodukte Verkaufspreise fest, die unterhalb der Erzeugerkosten lagen. Die Produzenten beendeten daher deren Produktion, um den Konkurs zu vermeiden. Der Schwarzhandel begann zu blühen, und das Regime reagierte mit Sabotagevorwürfen, ein Muster, das als Erklärung für wirtschaftliche Katastrophen besonders im klassischen Stalinismus erhalten musste.

Die leidgeprüften Kubaner erwiesen sich da sogar als marktwirtschaftlicher. Die Regierung führte im Sommer 2008 leistungsbezogene Löhne ein. Der *Neuen Zürcher Zeitung* (Ausgabe vom 13. Juni 2008) zufolge ließ sich der Vize-Arbeitsminister im kommunistischen Parteiorgan *Granma* dahin gehend ein, die bisherige Gleichheit der Löhne sei „nicht zweckdienlich und nicht gerecht.“ Das dürfte einer deutschen Partei, die ständig von „sozialer Gerechtigkeit“ redet und damit Nivellierung auf niedrigst möglichem Niveau meint, wenig gefallen haben.

Venezuela und Ecuador sind Anrainer Kolumbiens. Dort bemüht sich ein demokratisch gewählter, westlich orientierter Präsident darum, das Land aus dem Griff eines langjährigen Bürgerkrieges zwischen zwei linksextremistischen Guerillabewegungen und rechtsgerichteten Milizen zu befreien. Die kolumbianische Regierung hat dabei bemerkenswerte Erfolge im Kampf gegen die älteste Guerillaorganisation Lateinamerikas zu verzeichnen. Die *Fuerzas Armadas Revolucionaria de Colombia (FARC)* kontrollieren nur noch kleinere Teile des Landes, etliche ihrer Führer wurden durch Kommandoaktionen der Armee oder durch Verräter in den eigenen Reihen getötet. Bei einer dieser Operationen gegen die in Ecuador sitzende Führung der FARC erbeutete die Armee Daten aus dem PC eines getöteten Spitzenkaders – mit interessanten Details: Der Außenpolitik-Experte der „Linken“, Wolfgang Gehrcke, hatte demnach vor einigen Jahren den Sohn des Kommandanten in Berlin getroffen und ihm zugesichert, seine Partei werde eine Initiative ergreifen, die FARC aus der Terrorliste der EU streichen zu lassen. Dieses Versprechen setzte sie im Juni 2007 um.<sup>9</sup> Außerdem habe sich die PDS bereiterklärt, eine Solidaritätskampagne für einen in den USA inhaftierten FARC-Funktionär zu lancieren.

Es ist nicht bekannt, dass „Die Linke“ die FARC ermahnt hätte, Kidnapping und Drogengeschäfte zu unterlassen. Ihre „Friedenspolitik“ – wohl auch auf europäischer und weltweiter Ebene – ist offensichtlich im klassischen, kommunistischen Sinne gemeint. Sie besteht darin, kriminelle und terroristische Organisationen als Bündnispartner zu akzeptieren und auf internationaler Ebene aufzuwerten – vorausgesetzt, sie erscheinen ihr als „links“, „fortschrittlich“, „antikapitalistisch“ oder zumindest antiwestlich. Die FARC erhebt zwar durchaus weiterhin den sozialrevolutionären Anspruch, für die „Befreiung“ Kolumbiens zu kämpfen, aber die Realität sieht seit Jahren anders aus: Die Organisation lebt im Wesentlichen vom Drogenhandel, dessen Florieren sie mit ihren bewaffneten

Kräften schützt. Sie finanziert sich ferner durch Kidnapping, denn sie hat Hunderte von Zivilisten entführt und hält sie z.T. über Jahre fest, um Lösegelder zu erpressen. Deshalb ist sie auch international geächtet, und in Bogotá gehen Hunderttausende auf die Straße, um gegen die Narco-Guerilla zu demonstrieren. „Die Linke“ ficht das offenbar nicht an. Ihr genügt es, dass sich FARC erstens gegen die USA und den „Kapitalismus“ positioniert und zweitens, dass sie bei ihrer Entstehung 1964 der bewaffnete Arm der orthodox-kommunistischen Partei Kolumbiens gewesen ist. Für die Einforderung von „Solidarität“ reicht das offenbar allemal aus. Solange die Feindbilder gemeinsame sind, kann also auf freundliche Zuwendung der Partei hoffen, wer immer antiwestlich agiert, egal, ob es sich um Drogenhändler, Kidnapper, Islamisten oder separatistisch motivierte Gewalttäter handelt. Damit ist die Partei, wie der Fall FARC zeigt, ein Fall für Interpol. Ihr internationales Treiben gehört genauso scharf beobachtet wie das irgendwelcher anderer Terror-Sympathisanten.

- 1| *SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag: Die Linksfraktion und das Geld, August 2007.*
- 2| *Karl Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Vorwort, in: MEW 13, 9.*
- 3| *Irene Runge/Uwe Stelbrink, Gregor Gysi: Ich bin Opposition, Berlin 1990, S. 90.*
- 4| *„Vorlage für das Politbüro der SED: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen“, 30.10.1989, SAPMO-BArch DY30/5195, im Internet unter: [http://www.bstu.bund.de/cln\\_029/nn\\_925658/DE/MfS-DDR-Geschichte/Revolutionskalender..](http://www.bstu.bund.de/cln_029/nn_925658/DE/MfS-DDR-Geschichte/Revolutionskalender..)*
- 5| *Kleines politisches Wörterbuch, 7. Aufl. Berlin (Ost) 1988, S. 1094, Stichwort „Wirtschafts- und Sozialpolitik.“*
- 6| *Die im Jahre 2006 erschienene ausführliche Studie: Gero Neugebauer, Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2007; von Neugebauer eine prägnante Zusammenfassung in: APuZ B 33-34/2008, S. 31-38.*
- 7| *Interview mit „Freitag“ vom 12.03.1999.*
- 8| *In seiner Rede sprach Modrow von insgesamt 73 Delegationen befreundeter Parteien und Organisationen aus 50 Ländern. Er konnte sie nicht alle benennen, und so wissen wir nicht, ob die Vertreter des Genossen Kim Song-II aus Nordkorea dabei gewesen sind.*
- 9| *Focus-Online vom 24.05.2008*

## 4. TECHNIKEN DER POLITIKUMSETZUNG

### 4.1 IMAGEBILDUNG DURCH PERSONALISIERUNG: GREGOR GYSI UND OSKAR LAFONTAINE

Das gewöhnliche Personal dieser Partei ist in den Medien kaum vorzeigbar: Alte Menschen mit den typisch wahrnehmbaren Allüren ehemaliger Mitarbeiter der Staatssicherheit im Osten, die Versprengten und Gescheiterten im Westen, auch sie kaum jünger als 50 Jahre; Schicksale, die durch etliche Parteien gegangen sind und im Allgemeinen als „lunatic fringe“ einer politischen Kultur gelten. Junge Menschen gibt es in der Partei kaum: Den wenigen, oft aus extremistischen Splittergruppen zugewanderten, stehen bruchlose Karrieren als Polit-Apparatschiks offen. Die graue „Linke“ kann auf keinen anderen Nachwuchs zurückgreifen.

Die Partei hat also ein Imageproblem, das sie allerdings virtuell ganz gut lösen konnte. Ihr Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit wird eben nicht von SED-Altakadem oder jugendlichen Heißspornen bestimmt, sondern von wenigen, telegenen und kommunikativen Vertretern: Im Verhältnis zu ihrer politischen Bedeutung schafft es „Die Linke“, in den Medien ein weit überdimensioniertes Interesse hervorzurufen und ein positives Selbstbild zu liefern. Das gilt besonders für Medienauftritte ihrer zentralen Kommunikatoren bei Talkshows und Gesprächsrunden. Die Doppelspitze Gysi/

Lafontaine führt, so die *taz* vom 23. Juni 2007, mit 22 bzw. 21 Auftritten in den Top Ten der ewigen Dauergäste bei Sabine Christiansen.

Hintergrund: Stimmen aus der Wissenschaft zum Personal der „Linken“

Bei kritischer Betrachtung erhalten die Spitzenpolitiker der „Linken“ freilich keine so guten Noten. Eine wissenschaftliche Untersuchung zum Parteiprojekt aus dem Jahre 2006, der man eine gewisse Nähe zur Sozialdemokratie nicht absprechen kann, findet an ihnen reichlich bedenkliche Charakterzüge: Oskar Lafontaine betrachte die Partei als „opportunistisch verwendbares Vehikel zur Sicherung des Fortkommens der eigenen Karriere, zeichne sich durch Ungeduld mit Andersdenkenden und ihm unterlegen Erscheinenden“ aus, neige zu „in wüste Ausbrüche und Beschimpfungen ausartende Unbeherrschtheit“, Gysi Unentbehrlichkeit schütze ihn vor „unkontrollierten Ausbrüchen seiner Eitelkeit“, Ulrich Maurer provoziere durch „Rechthaberei, Selbstüberzeugung und Unduldsamkeit“, Klaus Ernst habe Probleme mit „seinem autoritären Verständnis von Organisationsstrukturen und innerparteilicher Meinungsbildung“, Lothar Bisky besitze den „Charme eines spröden Funktionärs“. Das sind immerhin bemerkenswert kritische Einschätzungen, auch wenn man in Rechnung stellt, dass die Befähigungen dieser Politiker ebenfalls breit gewürdigt wurden und der Autor gnädig genug war, über Verstrickungen mit dem MfS grundsätzlich zu schweigen. (Alle Zitate aus: Robert Lorenz, Techniker der „kalten Fusion“, in: Tim Spier/Felix Butzlaff/Matthias Micus/Franz Walter (Hrsg.), *Die Linkspartei – zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?*, Wiesbaden 2007, S. 297, 300, 303, 310, 290 und 284.)

#### 4.1.1 Der Fall Gysi

Gregor Gysi wirkt polarisierend. Den einen gilt er als eloquenter und spritziger Kommunikator und Diskutant, andere sehen in ihm einen hochrangigen IM der Staatssicherheit, der überdies seine Mandanten an den Geheimdienst verraten haben soll. Der Immunitätsausschuss des Bundestages stellte tatsächlich schon vor Jahren „eine inoffizielle Tätigkeit des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi für das Ministerium für Staatssicherheit als erwiesen“ fest<sup>1</sup>. Gysi bestreitet diese Vorhaltungen und Feststellungen. Sein Bestreiten bezieht sich insbesondere auf den Vorhalt, er habe gegen seine anwaltliche Verschwiegenheitspflicht verstoßen,

indem er der Staatssicherheit Details aus den Verteidigungsstrategien seiner wegen politischer Delikte angeklagten Mandanten berichtet habe. Sein Bestreiten und die schriftliche Überlieferung der Staatssicherheit scheinen auf den ersten Blick völlig unvereinbar. So lässt Gysi ein, er habe seinen Mandanten Rudolf Bahro, der 1977 wegen Veröffentlichung eines sozialismuskritischen Buches im Westen inhaftiert und 1979 in die Bundesrepublik abgeschoben wurde, persönlich geschätzt: „Bahro mochte ich und mag ihn“. Bahros Buch „Die Alternative“ bewertet Gysi so: „Doch unterm Strich hatte hier ein überzeugter Sozialist einen logischen Ausweg aus der allgegenwärtigen Misere aufgezeigt. Und damit legte er die Axt an die Wurzeln der Honecker-SED.“<sup>2</sup> In der Überlieferung der Staatssicherheit notierte der Geheimdienst über ein Gespräch Bahros mit seinem Anwalt, dieser habe „gegenüber dem Unterzeichnenden aus(geführt), dass er die Verteidigung Bahros nur ungern übernommen habe [...] Er persönlich, so führte er weiter aus, halte Leute wie Bahro für unverbesserliche Feinde des Sozialismus, die man besser rechtzeitig versuchen sollte, in die Bundesrepublik abzuschieben, da eine ideologische Umerziehung unmöglich sei.“<sup>3</sup>

Statt sich mit Gysi vor irgendwelchen Gerichten darüber zu streiten, was der heutige Fraktionsvorsitzende der „Linken“ gegen/für seine Mandaten getan haben könnte oder auch nicht, wäre es nützlicher, die richtigen Fragen zu stellen und korrekte Bewertungsgrundlagen für das Problem einzuführen. Dann lassen sich Widersprüche auch eher auflösen.

Gysi wuchs als Kind der DDR mit und in ihr, nicht im Widerspruch gegen sie auf. Dies offenbart seine eigene Darstellung: Obwohl vom Geburtsjahrgang 1948 her ein typischer „68er“, neigte er nicht zu Aufmüpfigkeit, sondern fügte sich in die Rolle als FDJ-Sekretär seines Studienjahrganges. Seine Familie mit weitverzeigten Positionen in Staatsfunktionen ist bildungsbürgerlich geprägt, das versetzt ihn, soweit kann man ihm glauben, in kritische Distanz zum Niveau proletarischer SED-Apparatschiks. Aber die humanistische Bildung ist eigentümlich gebrochen in einer kommunistisch-antifaschistischen Tradition. Vater Klaus Gysi, Kulturminister, Botschafter in Rom und im Vatikan, dann Staatssekretär für Kirchenfragen, konnte zwar klassisches humanistisches Bildungsgut vermitteln, aber wohl kaum demokratische Werte: Die Kirchen waren Gegner des Regimes, aus der Sicht der SED überkommene Relikte einer früheren, irrationalen Ordnung. Es galt sie zu beseitigen, allenfalls ruhig zu stellen. Der Parteauftrag von Klaus Gysi lautete nicht auf die Propa-

gierung christlicher Werte, sondern auf Entchristianisierung der DDR. Auch in diesem Fall kann man dem Sohn nicht schuldhaft anlasten, dass sich seine normativen Prägungen im systemtreuen Rahmen bewegten.

Das gilt auch – verbreiteter Irrtum westlicher Wahrnehmung – für seine Rolle als Jurist. Ein kommunistischer Jurist ist kein unabhängiges Organ der Rechtspflege, nur seinem Gewissen und dem Gesetz verpflichtet. Ein kommunistischer Jurist ist in erster Linie ein Funktionär, der gesellschaftliche Konflikte im Sinne des Regimes regelt. Recht und Justiz sind parteilich, verpflichtet, den historischen Auftrag der SED zum Aufbau des Sozialismus nach Kräften zu fördern. Gysi war sich dieser Rolle bewusst:

„Mitglied der SED wurde ich dann nach der einjährigen ‚Kandidatenzeit‘ im Jahr 1967, als ich schon an der Universität war. Ihre Sektion Rechtswissenschaft gehörte zu den ideologischsten. Alle Lehrkräfte beherrschten die Ideologie, aber nicht alle die Jurisprudenz als Wissenschaft.“<sup>4</sup> Woher hätte der Mann also Distanz zur Rolle eines Justizfunktionärs haben sollen? „Ich kam aus einem politischen Hause, unser Verwandten- und Bekanntenkreis bestand im wesentlichen aus gestandenen Antifaschisten und bekennenden Kommunisten, und für mich war klar, dass dem Sozialismus die Zukunft gehörte und der Kapitalismus dem Untergrund geweiht war.“<sup>5</sup>

Deshalb hatte Gysi nach eigenem Eingeständnis auch keine Probleme, die Mandate beispielsweise von Bahro und Havemann mit der Abteilung Staat und Recht im ZK der SED zu erörtern. Er berichtete damit einer Instanz, die viel näher an den Kommandohöhen der Diktatur lag als das MfS, vergleichsweise ein reiner Handlanger. Selbst wenn „Mandantenverrat“ nach dem DDR-Strafgesetzbuch strafbar war, war dem DDR-Juristen der rechtstheoretische Grundsatz geläufig, dass die Interessen der Partei über dem geschriebenen Recht standen. Vom Standpunkt des damals unter SED-Mitgliedern gültigen Wertehorizonts aus kann man Gysi keinen Vorwurf machen.

Unhistorisch – nämlich aus heutiger Sicht betrachtet, beginnt das Bewertungsproblem des „Falles Gysi“ mit einem typisch westlichen Irrtum über die gravierend anderen Funktionen von Juristen in Demokratien und Justizfunktionären in kommunistischen Diktaturen. Es geht weiter mit der schiefen Bewertung einer angeblichen Zuträgerschaft für die Staatssicherheit und der tatsächlichen für die SED-Spitze als „Postbote zum

Zentralkomitee“, als die schon Robert Havemann im Falle seinen Anwalt im Verdacht gehabt haben soll.<sup>6</sup> Das damalige Handeln des Anwaltes Gysi war natürlich nicht darauf berechnet, westlichen Standards von Rechtsstaatlichkeit zu entsprechen. Es passt nur im Nachhinein nicht mehr zu seiner gewandelten Rolle im vereinten Deutschland.

Nicht warum und ob ein Nachwuchsfunktionär mit dem „Untersuchungsorgan“ Staatssicherheit zur DDR-Zeiten zusammengearbeitet hat, sollte man ihn fragen, sondern warum er noch 1995 dazu stand, eine riesige historische Chance, die sich ihm als Parteivorsitzender der SED, der SED-PDS und der PDS bot, nicht ergriffen zu haben: „Wer war ich, dass ich das Licht in einer Partei lösche, die einstmals von Liebknecht und Luxemburg gegründet wurde?“<sup>7</sup> Wie viel SED bleibt an einem Reformler, der zwar durchaus glaubwürdig für Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit eintritt, aber die historische Chance verstreichen ließ, eine solche Partei zu eliminieren? Und wie glaubhaft ist der „Bruch mit dem Stalinismus als System“ unter solchen Umständen? Das sind Fragen, die man stellen sollte.

#### 4.1.2 Der Fall Lafontaine

Oskar Lafontaine ist nicht nur als begnadeter Redner eine markante Persönlichkeit. Er hat auch etwas getan, wozu in einem Land, das Meinungswechsel nicht gerade selten als Verrat deutet, einiger Mut gehört: Er hat eine Karriere als Parteivorsitzender und Minister abgebrochen und schließlich die Partei verlassen, der er rund vierzig Jahre angehört hatte. Als Begründung liefert der einstige „Enkel von Willy Brandt“ heute eine Sprachregelung, die in ihrer plakativen Schlichtheit an die geistigen Holzschnitte der SED-Agitation erinnert: Die SPD sei schuld. Einst sei sie die Partei der sozialen Gerechtigkeit und der Friedenspolitik gewesen, heute stehe sie für Sozialabbau und völkerrechtswidrige Angriffskriege. Seit seinem Austritt aus der SPD (24. Mai 2005), seinem Beitritt zur WASG (18. Juni 2005) und anschließend auch zur PDS haben sich die schriftlichen und mündlichen Bekundungen des von jeher kompetenten Kritikers einer angebotsorientierten Wirtschaft markant verändert. Zunehmend mehr schaltet er auf populistische Parolen, passt sich an Geschichtsbilder und Denkmuster von SED-Nostalgikern an. Sozialdemokratische Inhalte scheinen verschwunden zu sein.

Die Schnelligkeit des Wechsels irritiert nicht nur frühere Weggefährten und die „Realpolitiker“ in der „Linken“, die mit seinen populistischen, aber wenig realitätstauglichen Zuspitzungen Probleme haben. Sie wird aber plausibler, wenn man in Rechnung stellt, dass der Weg des Politikers Lafontaine in die Fortsetzungspartei der SED zwar vielleicht lang, nicht aber notwendig auch weit war. Dieser Umstand wird durch die glänzende politische Karriere in der SPD ein wenig verdeckt.

Tatsächlich hatte Lafontaine schon 1968 Kontakte zur SED, als dies in der SPD noch als höchst untunlich galt. SED-Reisekader hatten den damaligen Jungsozialisten bei einem ersten Kontakt als „sehr links“ eingeschätzt. Bei einem zweiten Gespräch im Herbst 1968 notierten sie erfreut, Lafontaine habe zur militärischen Besetzung der CSSR zum Ausdruck gebracht, dass er „für das Eingreifen der verbündeten sozialistischen Länder Verständnis habe“<sup>8</sup>. In den 1980er Jahren zählte er zu den ersten in der SPD, die der Außen- und Sicherheitspolitik Bundeskanzler Helmut Schmidts in den Rücken fielen. Er wandte sich gegen den Doppelbeschluss der NATO, mit dem der Westen versuchte, die Sowjetunion von einer weiteren nuklearen Aufrüstung in Europa abzubringen. Gegen die offiziellen SPD-Distanzierungsbeschlüsse von Kommunisten hat er im „Friedenskampf“ ständig verstoßen: Die Osterausgabe des DKP-Zentralorgans *Unsere Zeit* zeigt den SPD-Politiker hinter dem Fronttransparent in der ersten Reihe des „Ostermarsches Ruhr 1983“ – einträchtig neben einem DKP-Präsidiumsmitglied.

Seine besondere Wertschätzung für das SED-Regime und den Saarländer Erich Honecker brachte Lafontaine zum Ausdruck, nachdem er 1984 Ministerpräsident des Saarlandes geworden war. Die DDR steigerte ihre Importe aus dem Saarland drastisch, um 165 % allein 1985. Sie bekam auch etwas dafür: Als erstes Land der Bundesrepublik stellte das Saarland 1985 seinen Beitrag zur Finanzierung der Erfassungsstelle Salzgitter ein, in der SED-Unrecht registriert wurde. Von der SPD zurückgepfiffen wurde Lafontaine aber, als er sich dafür aussprach, die so genannten „Geraer Forderungen“ der SED insgesamt zu akzeptieren.

#### Argumentationstipp: „Geraer Forderungen“

Die „Geraer Forderungen“ waren der Versuch der SED, von der Bundesrepublik die volle Anerkennung als zweiter deutscher Staat zu erlangen. Dies schloss – neben der Forderung nach Umwandlung der „Ständigen Vertretungen“ in Botschaften und dem Verlangen, die Erfassungsstelle für SED-Unrecht in Salzgitter zu schließen – insbesondere die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft ein. In der Praxis hätte dies zum Beispiel bedeutet: Deutsche Botschaften und Konsulate hätten im Ausland davon Abstand nehmen müssen, bei ihnen schutzsuchende DDR-Bürger mit Pässen der Bundesrepublik auszustatten. In letzter Konsequenz hätte man Deutsche, die über die Zonengrenze in die Bundesrepublik gelangten, allenfalls noch als Asylbewerber behandeln dürfen. Gewiss hätte es dann den Versuch der DDR gegeben, die Auslieferung der „Republikflüchtlinge“ zu verlangen. Unter offenem Bruch des Wiedervereinigungsgebots im Grundgesetz wäre dies das Ansinnen gewesen, die glücklich der Diktatur entkommenen Opfer ihren Verfolgern wieder auszuliefern. Die Geraer Forderungen waren insofern ein Lackmus-Test für westdeutsche Politiker, ob sie es mit den Menschenrechten ernst meinten oder moralisch schon auf die Seite der SED-Diktatur übergewechselt waren.

In den 1980er Jahren war der Saarländer einer der eifrigsten DDR-Reisenden seiner Partei – nur DKP-Chef Herbert Mies wurde häufiger von Honecker empfangen. Oskar Lafontaine nahm gegen die deutsche Einheit Stellung – mit vordergründig ökonomischen, keineswegs durchweg sachfremden Argumenten. Der Zusammenbruch des SED-Staates unterbrach die Annäherung des SPD-Politikers an die ostdeutschen Kommunisten zumindest für einige Jahre, in denen die SED-Fortsetzungspartei in der Öffentlichkeit weitgehend geächtet wurde.

1995 bis 1999 war Lafontaine SPD-Vorsitzender. Nach seinem Rücktritt von allen Ämtern und der Entfremdung von seiner Partei, die ihn nur noch als „die Personalie“ bezeichnete, begann jene Entwicklung, die den früheren SPD-Vorsitzenden in die Nachfolgerin der SED führte.

#### Hintergrund: Von langer Hand vorbereitet?

Im März 2001 stellte Gregor Gysi in Berlin sein neues Buch *Ein Blick zurück – ein Schritt nach vorn* vor. „Gysi und Lafontaine wagen gemeinsam Schritt nach vorn“ titelte *Neues Deutschland* am 16. März. Die beiden sichtlich gut gelaunten Ex-Vorsitzenden (auch Gysi war damals als PDS-Vorsitzender ausgestiegen) hätten wohl nicht nur in punkto sozialer Gerechtigkeit und linker Projekte einen ganz guten Draht zueinander, schrieb das Blatt und zitierte dann im Wortlaut Äußerungen Lafontaines: „Da ich sicher war, dass die PDS unter Führung von Bisky und Gysi mehr und mehr eine sozialdemokratische Partei würde, strebte ich als SPD-Vorsitzender langfristig einen Zusammenschluss beider Parteien an. [...] Längerfristig braucht unsere Gesellschaft eine große linke Volkspartei, die ihre Politik um den Epochenbegriff der sozialen Gerechtigkeit gruppiert.“ Auch dieses Eingeständnis reichte nicht aus, um die SPD-Schiedskommission tätig werden zu lassen: Erst vier Jahre später, im Mai 2005, hat Oskar Lafontaine freiwillig sein SPD-Parteibuch abgegeben.

Seither gilt Lafontaine nicht nur als rhetorisches Zugpferd der „Linken“. Es fällt auch auf, dass der frühere SPD-Funktionär nicht gerade das Lager der modernen „Reformer“ in der Partei stärkt, sondern eher unter den beinharten Traditionalisten Anklang findet. Als auf dem Parteitag der „Linken“ in Cottbus (24./25. Mai 2008) Sahra Wagenknecht vor einem „eifertigen Bekenntnis zur deutschen Staatsräson“ warnte, habe Lafontaine sichtlich erfreut geklatscht, dem Berliner Landesvorsitzenden Liebich mit seinem Bekenntnis zu einem verantwortungsvollen Verhältnis zu Israel und zur EU aber Beifall verweigert.<sup>9</sup> Lafontaines unzimperlicher Führungsstil ist schon seit seinen Tagen als saarländischer Ministerpräsident bekannt und trifft auch heute in der „Linken“ gelegentlich auf Widerspruch. Beides, die unkritische Haltung gegenüber der Diktatur und das eigene Verhalten im Umgang mit politischen Freunden und Gegnern, markieren also Widersprüche, nach denen die Partei befragt werden sollte. Denn es ist nicht nebensächlich, wenn ein Politiker, der ständig in moralischen Kategorien argumentiert, ein unklares Verhältnis zu demokratischen Grundtugenden erkennen lässt.

Die zweite Frage an Oskar Lafontaine und seine Partei richtet sich auf den Widerspruch zwischen einer ständigen Rhetorik sozialer Gerechtigkeit auf der einen und den tatsächlichen Vermögensverhältnissen und

dem Lebenswandel des Spitzenpolitikers auf der anderen Seite. Der Politiker Lafontaine bezieht sein Vermögen überwiegend aus öffentlichen Pensionsansprüchen und mithin – wie weiland jeder SED-Funktionär – aus Leistungen, die erwerbstätige Steuerzahler aufbringen müssen. Es ist sein gutes Recht, dies in der Öffentlichkeit zu zeigen, aber der Lebensstandard passt nicht recht zu dem moralischen Scharfrichtertum über die angebliche Verelendung kleiner Einkommensbezieher. Amerikanische Politiker, die ebenfalls überdurchschnittlich gut verdienen, empfinden es als Selbstverständlichkeit, einen Teil ihres Reichtums in soziale Stiftungen einzubringen. In Deutschland scheint auf der politischen Linken eher das Verhalten der SED-Nomenklatura üblich zu sein, die zwar sozialistische Gleichheitsideale predigte, aber selber gerne edle kapitalistische Westweine trank.

#### Hintergrund: Oskar Lafontaine und die Pressefreiheit

Als saarländischer Ministerpräsident sah sich Lafontaine 1993 mit einer Recherche der *Bild-Zeitung* konfrontiert, die sich für seine angeblichen Kontakte ins Rotlicht-Milieu interessierte. Der Politiker quittierte dies nicht nur mit dem Verdikt „Schweinejournalismus“, sondern schritt auch zur Tat: Er ließ das saarländische Pressegesetz ändern. Künftig war es den Redaktionen untersagt, Gendarstellungen auf der gleichen Seite zu kommentieren. Offenbar ist Wachsamkeit geboten, wenn „Die Linke“ heute forderte, der Journalismus müsse „demokratisiert“ werden. Ein paar Jahre später hatte sich Lafontaines Einstellung zum „Schweinejournalismus“ offenbar geändert: Der Polit-Rentner Lafontaine schrieb zwischen Anfang 2001 und Mitte 2005 zweiwöchentliche Kolumnen für die *Bild-Zeitung*. Für schlappe 5.000 Euro im Monat. Da die *Bild* seine Kolumnen nicht mehr wollte, kassierte er die letzten Monate sein Salär ohne Gegenleistung. Wo „Altersarmut“ und „leistungsloses Einkommen“ anfangen, ist halt auch vom Anspruchsniveau abhängig.

#### 4.2 POPULISTISCHE IREFÜHRUNG: EINE LINKE PARTEI AUF ABWEGEN

„Populismus“, abgeleitet vom lateinischen Wort für Volk, „populus“, kennzeichnet einerseits einen bestimmten Politikstil, andererseits einen in Europa seit rund zwanzig Jahren verstärkt auftretenden Typus politi-

scher Parteien. Im Regelfall handelt es sich um Formationen, die sich ausdrücklich als Protest gegen das etablierte Parteiensystem verstehen, dem sie unterstellen, es missachte die Bedürfnisse der Bürger, habe den Kontakt zum Wähler verloren, sei nicht mehr in der Lage, auf die gegenwärtigen Herausforderungen klare und einfache Antworten zu geben. Damit sind populistische Parteien auch eine Reaktion auf die Komplexität des politischen Betriebs, auf die oft undurchschaubaren Beschleunigungs- und Modernisierungseffekte der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Globalisierung. Sie sind eine Reaktion auf Überforderungen. Ihre „Lösungen“ bestehen in Vereinfachungen und vermeintlich klaren Antworten auf komplizierte Fragen. Vielfach bedienen sie ein Wahrnehmungsmuster, das auf die Bedürfnisse des „einfachen Mannes“ gegen „die da oben“ (die Regierung, die Wirtschaft, die Eliten und ihre Parteien) abstellt. Die wirksame Vermittlung solcher Wahrnehmungsmuster ist oft von geeigneten Agitatoren abhängig: Jörg Haider in Österreich, Jean Marie Le Pen in Frankreich, Pim Fortuyn in den Niederlanden sind Beispiele dafür. Das Muster des „Wir“ gegen „die da oben“ ist auch ein Muster der Identitätsbildung in unsicheren Zeiten. Wie jede politische Konzeption von Identitätsbildung neigt es jedoch dazu, ab- und auszugrenzen. Solche Mechanismen können sich gegen andere Ethnien oder Kulturen, aber auch gegen bestimmte soziale Schichten richten. Klassischerweise sind Ausgrenzungsmechanismen bei politisch sehr weit rechts stehenden Parteien üblich; Populismus tritt daher bevorzugt als Rechtspopulismus auf.<sup>10</sup>

„Die Linke“ ist im Reigen der populistischen Parteien Europas der vermutlich gewichtigste Neuzugang. Paradox genug: eine Partei, die sich als pluralistische sozialistische Strömungspartei versteht, sich politisch dezidiert links einsortiert und sich über Jahre mit einem angeblich wissenschaftlichen programmatischen Konzept zur „gesellschaftlichen Transformation“ quält, adaptiert die populistischen Agitationsmethoden ihrer Gegner. Das gefällt nicht allen innerhalb der Partei. Es ist aber nur scheinbar ein Widerspruch, stellt man die schon von Lenin geforderte maximale taktische Flexibilität auf dem Weg zur Macht in Rechnung.

Populismus ist aber keine politische Taktik wie jede andere. Sie ist – besonders wenn in konzentrierten Dosen verabreicht – demokratieabträglich, und zwar aus mehreren Gründen:

- Populismus vereinfacht politische Sachverhalte und tut so, als könnte man Probleme ohne Berücksichtigung der möglichen Nebenfolgen „einfacher“ Rezepte lösen. Wenn die Erhöhung des Renteneintrittsalters nicht gefällt, dann weg damit! Dass schon aufgrund der demografischen Veränderungen solche „Lösungen“ die gesamte Altersversorgung ins Chaos stürzen müsste, bleibt unberücksichtigt. Populismus empfindet keine Verantwortung für kommende Generationen.
- Populismus tendiert dazu, die bestehenden Institutionen, soweit sie Ausdruck einer komplexen Gesellschaftsordnung sind, zu diskreditieren. Dafür wurde der Frontmann der „Linken“ in Sachen Populismus auch schon von der Presse gerügt:  
„Derzeit gewinnt Lafontaine Wahlen mit dämonisierender, antidemokratischer Rhetorik. Er redet von ‚Bekloppten‘, ‚Rindviechern‘, ‚Quatschköpfen‘ und ‚Terroristen‘, wenn er Minister, Bundeskanzler und amerikanische Präsidenten meint. Das kommt an. Im Westen sowieso. Aber auch die Ostgenossen sind dafür anfällig. Auf einer der Versammlungen zur Vereinigung war die Begeisterung der Delegierten aus Ost und West so groß, dass ein Beobachter heute sagt: ‚Wenn Lafontaine damals gerufen hätte: Wollt ihr den totalen Sozialismus? – dann hätten sie alle Ja gebrüllt.‘ Es ist also keine neoliberale Verleumdung, wenn man sagt, Lafontaines Populismus spiele mit rechten Ressentiments.“  
(*Die Zeit* vom 1. Mai 2008)
- Populismus reduziert Demokratie auf den Willen des Volkes, bzw. dessen Mehrheit. Dass richtig verstandene Demokratie auch Minderheitenrechte kennt, die Abgeordneten eines frei gewählten Parlament nur ihrem Gewissen verantwortlich und dem Druck der Straße entzogen sind, wollen Populisten nicht wissen. Manchmal übrigens auch dann nicht, wenn sie seit Jahrzehnten mit der parlamentarischen Demokratie vertraut sind und Amtseide als Ministerpräsidenten und Minister auf parlamentarische Verfassungen geleistet haben. „Mindestens zwei Drittel der deutschen Bevölkerung“, gibt Lafontaine der *Süddeutschen Zeitung* vom 17. Februar 2008 zu Protokoll, „sind für den Mindestlohn, ein höheres Rentenniveau, weniger Auslandseinsätze und eine stärkere Beteiligung am Wachstum. Diese linke Mehrheit wird aber im Bundestag nicht wirksam, weil das Parlament gegen die Mehrheit der Bevölkerung entscheidet.“ Mindestens zwei Drittel der Bevölkerung sind wahrscheinlich auch für dauerhaft gutes Wetter und Freibier für alle, ohne dass der Bundestag diesem Volkswillen entspräche. Das ist manchmal

auch ganz gut so: Es braucht nach aller Erfahrung nur ein besonders scheußliches Verbrechen, um mindestens vorübergehend die Mehrheit der Bevölkerung hinter der Einführung der Todesstrafe zu versammeln. Politische Prozeduren, die nicht den Stammtisch direkt in Parlamentsentscheide umsetzen, haben also durchaus ihren Sinn.

- Populismus arbeitet mit klaren Feindbildern und Verschwörungstheorien, die sich heute nahezu alle auf die Chiffre „Globalisierung“ beziehen. Besonders die Zuspitzungen des rechts- und des linkspopulistischen Extremismus gleichen sich dabei wie ein Ei dem anderen. Hinter der Globalisierung steht das weltweit agierende Kapital, das seinen Ort in den Vereinigten Staaten hat. Antikapitalismus, Antiamerikanismus und Antiliberalismus sind die gemeinsame Klammer.

#### Hintergrund: Ähnlichkeiten populistischer Feindbilder

Die Verknüpfung von Antikapitalismus, Antiliberalismus und Antiamerikanismus bei der NPD hört sich so an:

„Es handelt sich bei der Globalisierung um das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des Großen Geldes. Diese hat, obwohl seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärisch beschirmten Standort vor allem an der Ostküste der USA. Deshalb ist Globalisierung eine unverblümete Imperialismusstrategie der USA, um der ganzen Welt den von US-Konzernen ausbeutbaren America Way of Life – besser: American Way of Death – aufzuzwingen.“ (NPD-Parteivorstand, Argumente für Kandidaten und Funktionsträger, Berlin 2. Aufl. 2006, S. 19).

Die PDS bastelte sich in ihrem Programm von 2003 eine analoge Verschwörungstheorie über die angeblichen US-Weltherrschaftspläne: „Dabei setzte im Kampf um die Veränderung der nach 1945 entstandenen wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Strukturen in der kapitalistischen Welt rasch eine große neoliberale Gegenreform ein. Ihr Auftakt war der von den USA unterstützte neofaschistische Putsch in Chile 1973 [...] Die herrschenden Klassen antworteten darauf mit stark neokonservativ und neoliberal geprägten Prozessen des Übergangs zu einem neuen Typ der Kapitalakkumulation, den das Finanzkapital unter Führung der USA dominierte.“ (S. 6) „Die imperiale Hegemonie der USA und der NATO samt ihrer Konzeption von Angriffskriegen soll den Erhalt der ausbeuterischen und zerstörerischen Strukturen garantieren [...]“ (S. 8)

- Populismus arbeitet mit Emotionen und Ressentiments, appelliert an den Stammtisch, wo Reflexion und Verantwortungsbereitschaft angezeigt wären. Dazu braucht er, um wirksam zu werden, begabte Agitatoren, die bereit sind, entsprechende Rhetorik auch einzusetzen.

#### Hintergrund: „Die Linke“ und der Personenkult

Nicht nur rechtsextreme, sondern auch linksextreme Bewegungen haben charismatische Führer hervorgebracht; man denke an Fidel Castro und Ernesto „Ché“ Guevara. Allerdings verstehen sich heutige Linke als Rationalisten; sie stehen schon aus „antifaschistischer“ Tradition und eigenen Erfahrungen mit dem stalinistischen Personenkult Volkstribunen eher kritisch gegenüber. Das scheint für „Die Linke“ nur noch bedingt zu gelten. Signifikant dafür ist die folgende Aussage von Jürgen Elsaesser, einem früheren Kader des „Kommunistischen Bundes“ und Autor des *Neuen Deutschland*. Der Milosevic-Fan galt zeitweilig als außenpolitischer Berater Oskar Lafontaines. Zu diesem meint er: „Nur unter Führung von solchen Volkstribunen können Menschen gewonnen werden, die vom Sozialismus bisher nichts wissen wollten. Manchmal braucht es am Anfang etwas Personenkult, um die selbsternannte Avantgarde beiseite zu schieben und den politischen Raum für die Massen zu öffnen.“ (*junge Welt* vom 2. Mai 2006)

- Populisten müssen sich letztlich auch dem Verdacht stellen, keine wirklichen Überzeugungen zu haben. Sie passen sich tagespolitischen Notwendigkeiten gegebenenfalls so flexibel an wie ein Chamäleon seinem Umfeld. Widersprüche zwischen aktuellen und früheren Reden stören da weniger, auch Diskrepanzen zwischen der verkündeten Botschaft und dem eigenen Handeln nicht. Gegebenenfalls wird die Unwahrheit so lange wiederholt, bis sie sich als Tatsache im Kopf des Zuhörers festgesetzt hat. Und: Sie verstehen es, ihrem Publikum nach dem Mund zu reden.

#### Argumentationshinweis:

Die „bündnistaktische Zitiertechnik“ des Oskar Lafontaine

Oskar Lafontaine schmückt seine Reden gerne mit gewichtigen Zitaten von Menschen, deren Namen zum humanistischen Bildungsgut gehören. Nicht immer werden die Zitate dieser geistigen Größen in dem ursprünglichen Sinnzusammenhang verwendet, aber stets wirken sie autoritätsheischend. Der offensichtlich belesene Politiker verfügt dazu über ein breit bestücktes Schatzkästchen aus vielen Jahrhunderten, geistigen Traditionen und Ländern. Ausgerechnet ein bekennendes DKP-Mitglied, der Politikwissenschaftler Georg Fülberth, kam bei einer Untersuchung von Lafontaines Autoritätsstützen zu dem Befund einer „bündnistaktischen Zitiertechnik“ (Fülberth, „Doch wenn sich die Dinge ändern“ – „Die Linke“, Köln 2008, S. 114). Der Mann hat Recht. Zwar sind die Botschaften Lafontaines stets ähnlich und fast immer einfach, ihre Verpackung wandelt sich aber, je nachdem wer ihnen zuhören soll. So zieht der Politiker als Beleg für seine Ansichten in der *Neuen Zürcher Zeitung* (vom 17./18. November 2008) Ordoliberalismus und christlichen Sozialismus heran, beschwört im Spiegel (vom 25. August 2008) den Sozialstaat der 1970er Jahre und greift dafür im Zentralorgan *Neues Deutschland* (vom 13. Februar 2006) ungeniert in die Klaviatur des Vulgärmarxismus: Mehrfach fällt der Begriff „Rohstoff-Imperialismus“ zur Kennzeichnung amerikanischer Politik, und zugleich bedient der Politiker den unterschwellig „Antizionismus“ seiner Genossen: „Es gibt Schnittmengen zwischen linker Politik und islamischer Religion: Der Islam setzt auf die Gemeinschaft, damit steht er im Widerspruch zum übersteigerten Individualismus, dessen Konzeption im Westen zu scheitern droht.“

Auch zum linken Populismus sind deshalb Fragen zu stellen: Wildert die Partei guten Gewissens im rechtsextremistischen Wählersegment? Und wenn ja, wie steht es dann eigentlich mit der Ähnlichkeit des programmatischen Angebots? Und: Welche Problemlösungskompetenz darf man bei Politikern voraussetzen, die solche Strategien wählen? Und welche Gefahren gehen von ihnen aus?

### 4.3 SEMANTISCHE MIMIKRY: UMDEUTUNG VON BEGRIFFEN UND WERTEN

Bei ihrem Versuch, in der Bundesrepublik „anzukommen“, musste „Die Linke“ sprachliche Anpassungsleistungen erbringen. Der typische kommunistische Parteijargon mit seinen holzschnittartigen Redewendungen wäre nicht nur in westlichen Mediengesellschaften ein Fremdkörper gewesen, sondern wohl auch von jüngeren Mitgliedern der Partei als befremdlich empfunden worden. Ihre parteieigene „Sprachpolitik“ kennt dabei zwei Grundmuster.

*Erstens:* Mit der sprachlichen Modernisierung ist nicht notwendig auch eine Veränderung des Denkens einhergegangen. Dies gilt vor allem für den Gebrauch von politisch-normativen Begriffen. „Freiheit“ und „Demokratie“ führten im 20. Jahrhundert Demokraten als auch Kommunisten in ihrem Sprachschatz. Allerdings verbargen sich hinter dem gleichen Wort gänzlich andere, manchmal einander ausschließende Inhalte. Die Übernahme des positiv besetzten Begriffs „Demokratie“ (als vom Volk mandatierte zeitlich begrenzte Herrschaft) und seine komplette Umbewertung (als „Volksdemokratie“, also Diktatur des Proletariats unter Führung der kommunistischen Partei) ist nur ein besonders plastisches Beispiel für diese semantische Kriegsführung.

#### Originalton PDS

„In vielen Punkten – Individualität, Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden, Naturbewahrung usw. – hat die PDS keine anderen Werte als andere politische Parteien, wohl aber andere Vorstellungen über deren Inhalt.“ (Gysi, *Neues Deutschland* vom 16. Mai 1990)

Das ist natürlich bewusst unpräzise formuliert: Richtiger ist, dass die PDS die gleichen Begriffe mit anderen Inhalten füllt. Kommunistische und demokratische Werte sind nicht gleich, im Gegenteil.

Nun soll der „Linken“ nicht unterstellt werden, dass sie, wenn sie heute von „Demokratie“ redet, zur Volksdemokratie zurück will. Aber man tut gut daran, sich in Erinnerung zu rufen, was „Frieden“ im kommunistischen Sprachgebrauch bedeutet hat, wenn „Die Linke“ heute von „Friedenspolitik“ spricht (vgl. Kap. 3.6.1). Nicht das man jedem Repräsentanten dieser Partei unterstellen darf, er meine „Frieden“ im Sinne der

marxistisch-leninistischen Auslegung. Aber manchmal leitet altes Wissen, das unterschwellig eingeübt ist, die Wahrnehmung. Ein altes Parteimitglied wird mit „Sozialismus“ „Frieden“ und mit „Kapitalismus“ „Krieg“ assoziieren, ohne dass ihm immer bewusst ist, dass solche automatisch ablaufenden Assoziationen aus dem ideologischen Gepäck der Vergangenheit stammen und mit der Realität nichts zu tun haben. Deshalb muss hinter die Kulissen der Begriffe geschaut und gegebenenfalls nachgefragt werden. Nachgerade die Auseinandersetzung um den Inhalt politischer Werte brauchen Demokraten gegenüber den Anhängern eines gescheiterten Systems nicht zu fürchten.

#### Argumentationshinweis:

Gysi/Bisky und der „demokratische Kommunismus“

Gelegentlich treten die geradezu einander ausschließenden Begriffsinhalte einer demokratischen und einer kommunistischen Sichtweise ganz offen hervor. Lothar Bisky ließ sich auf dem 4. Parteitag 1995 so ein: „Als sozialistische Partei kann und darf die Partei nicht anti-kommunistisch sein. Sie ist nicht bereit, auf demokratisch-kommunistische Positionen in ihren Reihen zu verzichten.“ (*Disput* 3/4 Februar 1995, S. 26). Gysi, der üblicherweise für einen untadeligen Demokraten gehalten wird, ließ 1993 drucken, die PDS dürfe alles mögliche werden, aber nicht antikommunistisch (Wolfgang Sabath: Gregor Gysi, Berlin 1993, S. 104). Für Kommunisten ist die Verschränkung „demokratisch“ – „kommunistisch“ durchaus nachvollziehbar, weil sie Kommunismus im Sinne des Historischen Materialismus als notwendige Weiterentwicklung der bloß „bürgerlichen“ Demokratie sehen. Der Demokratiebegriff des Grundgesetzes ist da freilich etwas anders.

*Zweitens:* Seit das Bundesverfassungsgericht mit dem Verbot der rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei 1952 die Mindestanforderungen für die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ normiert und sie vier Jahre später beim Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands konkretisiert hatte, steht für die Rechtslage in der Bundesrepublik fest, dass bestimmte Begriffe Verfassungsfeindlichkeit indizieren. Wer sich als seriöse politische Kraft darstellen will, wird sie daher vermeiden. Das wusste stets die westdeutsche DKP (vgl. Ziff. 3.1.3), und bei ihr war völlig klar, dass sie sich von ihren verfassungsfeindlichen Zielen keineswegs verabschiedet hatte. Auch die PDS und „Die Linke“ kennen Tech-

niken der „Weichzeichnung“ von Begriffen wie „Revolution“, „Umsturz“ oder „Diktatur“. Bevor in aller Deutlichkeit die „Systemfrage“ gestellt wurde, lauteten solche Umschreibungen, das eigene Projekt weise „über den Kapitalismus hinaus“ (PDS-Programm 2003, S. 5). Die Partei stehe in prinzipieller Opposition zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen in Deutschland“ („Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel“, Beschluss der 1. Tgg. des 4. Parteitages der PDS, Januar 1995, in: *Disput* 3/4 1995), es sei ihr Ziel, den „Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess zu überwinden“ („Programmatische Eckpunkte“ 2007, Ziff. I). Bei solchen Formulierungen sollte man hart nachfragen, wie sie sich zu jederzeit denkbaren, auch grundlegenden, Reformschritten in Staat und Wirtschaft verhalten. Tatsächlich begnügt sich die Partei nicht mit ihnen, sie sind nur Etappen auf dem Weg zum dem, was man „Systemüberwindung“ bezeichnen kann. Die Verschiebung systemüberwindender Pläne in eine fernere Zukunft gehört zu den Tricks, die das Bundesverfassungsgericht schon 1956 der KPD angekreidet, aber ihr nicht hatte durchgehen lassen:

„Zu den Absichten, die eine Partei verfassungswidrig machen, gehören [...] auch diejenigen, die sie nur verwirklichen will, wenn die Situation dafür günstig ist. [...] Eine Partei ist schon dann verfassungswidrig, wenn sie eine andere soziale und politische Ausprägung der freiheitlichen Demokratie [...] deshalb erstrebt, um sie als Durchgangsstadium zur leichteren Beseitigung jeder freiheitlichen demokratischen Grundordnung überhaupt zu benutzen.“ (Leitsätze zum Verbot der KPD 17. August 1956, BVerfGE 5, 85 f.)<sup>11</sup>

Originaltöne: Verhältnis von Reformschritten und Systemüberwindung

In den neueren Programmdokumenten finden sich folgende Formulierungen, die hier zitiert seien. Die entscheidenden Aspekte sind anders als im Original hier jeweils kursiv hervorgehoben:

„Die Politik der PDS soll dazu beitragen, die Vorherrschaft der Kapitalverwertungsinteressen abzuschwächen, schließlich zu überwinden und die ihr zu Grunde liegenden Macht- und Eigentumsverhältnisse zu verändern. Aus dieser Politik sollen sich *Möglichkeiten für weitere Umgestaltungen ergeben.*“ (PDS-Programm 2003, S. 5)

„Ziel dieser Reformprojekte ist es, die Lebensbedingungen zu verbessern, Schritte zu mehr Demokratie und Gerechtigkeit zu gehen und den Einstieg in *eine umfassendere Umgestaltung der Eigentums- und Machtverhältnisse vorzubereiten, die die Dominanz des Profits über die Gesellschaft bricht.*“ (PDS-Programm 2003, S. 13)

„Die Linke wird gesellschaftlichen Protest, den Einsatz für soziale Verbesserungen und die Entwicklung von Reformalternativen *unter den gegebenen kapitalistischen Verhältnissen* und die Gestaltung von Entwicklungswegen, die *über die gegenwärtige Gesellschaft hinausweisen, zusammenführen.*“ (Programmatische Eckpunkte 2007, Teil 2, S. 5)

Eine *dritte* Methode semantischer Mimikry bezieht sich auf den Versuch, Sachverhalte mit Begriffen zu bezeichnen, die schon in der Dimension nicht treffen. Der Unrechtscharakter der SED-Diktatur zum Beispiel ergab sich nicht aus vereinzelt „Verletzungen der sozialistischen Gesetzmäßigkeit“, sondern aus systemisch und systematisch angelegten kriminellen Handlungen, die in allen zivilisierten Staaten als Verbrechen bezeichnet werden. Dazu zählt die Ermordung von mehr als 1.000 eigenen Bürgern, die nichts anderes tun wollten, als ihren Staat zu verlassen. Oder die Verurteilung und Inhaftierung von rund 3.000 Menschen jährlich, deren einziges Vergehen eine vereitelte „Republikflucht“ gewesen ist. Gegen solche sprachlichen Verharmlosungen hilft eine klare Sprache: SED-Verbrechen sind eben Verbrechen, und nicht „Unregelmäßigkeiten“ oder „Verletzungen sozialistischer Gesetzmäßigkeit“.

#### 4.4 AGITATIONSMETHODEN

##### 4.4.1 Vereinnahmungstechniken: „Die Linke“ als „Ostpartei“

Fast zwanzig Jahre nach dem Ende der Diktatur in Europa ist das Kapitel der früheren Staatsparteien, oft Refugien der Täter und der buchstäblichen Revanchisten, nicht abgeschlossen.

Erstaunlicherweise ist ihr Erfolg gerade in Deutschland mit am größten, jenem Land, dessen diktaturgeschädigte Osthälfte enorme Solidaritätsanstrengungen ihrer westlichen Landleute erfahren hat. Kein anderes Transformationsland konnte auf etwas Vergleichbares zurückgreifen.

Und dennoch: Die SED-Diktaturpartei ist nach Wählerzuspruch die zweitstärkste Partei in den Neuen Ländern. Sie schürt das Gefühl der Men-

schen, benachteiligt zu sein. Inzwischen sehen die Städtebilder, die Verkehrswege und die Infrastruktur in den Neuen Bundesländern flächendeckend weit besser aus als die mancher alter Ballungszentren im Westen, denen man ansieht, dass sie unter einem Investitionsdefizit leiden. Und natürlich nehmen die Irritationen der Bürger im Westen zu.

Wie funktioniert also die Etablierung der PDS als „Partei der Ostdeutschen“?

*Erstens:* Die Partei wurde nicht wie die NSDAP nach 1945 verboten; ihre Funktionäre wurden nicht strafrechtlich belangt. Dafür gab es gute Gründe: Sie hatte unter dem Druck der friedlichen Revolution gewaltlos kapituliert. Es hatte kein Blutbad, keine „chinesische Lösung“ gegeben. Dies war ihre Eintrittskarte in das normale politische Geschäft der vereinten Republik als zwar zunächst allgemein geächteter, später aber mehr und mehr als „Normalität“ wahrgenommener Akteur.

*Zweitens:* Die Bürger in den neuen Ländern waren in den 1990er Jahren einem doppelten Transformationsschock ausgesetzt: Sie hatten sich in ein ihnen völlig neues politisches und wirtschaftliches System zu gewöhnen, das ihren Lebensalltag grundlegend veränderte. Und zweitens war dieses System seinerseits noch einer rasanten Umgestaltung ausgesetzt, die sich durch die wirtschaftliche, politische und kulturelle Globalisierung ergab und auch die marktwirtschaftsgewohnten Westdeutschen hart beanspruchte. Und: Die Deutschen in den neuen Bundesländern waren nicht nur die Empfänger, auf deren Köpfe das Geld regnete. Das wird auch in den alten Bundesländern oft übersehen. Sie hatten den Dreck, den Lärm, das Chaos und die Belastungen eines fast zwei Jahrzehnte dauernden Ausnahmezustandes zu ertragen. Die neuen Bundesländer waren nach 1945 im Grunde mit zwei Wiederaufbauten konfrontiert: Sie mussten nach der nationalsozialistischen Katastrophe 1945 und nach der kommunistischen 1989 aufräumen.

*Drittens:* Natürlich haben fast vierzig Jahre DDR mentale Spuren hinterlassen. Dazu gehören schwächere Wertschätzung privatwirtschaftlicher Initiative, die Gewöhnung an staatliche Fürsorge und eine gewisse Weichzeichnung der statischen Verhältnisse unter der Diktatur. Solche ganz normalen mentalen und kulturellen Unterschiede zwischen den deutschen Ländern sind kein Manko, sondern eine natürliche Bereicherung eines Landes, das seine Kraft auch aus föderalen Traditionen und der Verschiedenheit seiner Regionen schöpft.

Hier kommt man zu dem Ergebnis, dass es der PDS in erstaunlichem Maße gelungen ist, ihre Rolle als *Täter der Diktatur* in eine solche der *Sachwalter der Opfer* umzuwidmen. Dieser Mechanismus dürfte ziemlich einmalig und ein „Verdienst“ sein, dessen sich „Die Linke“ niemals öffentlich rühmen wird.

Der Hauptmechanismus dabei lautet, dass es eine spezifische „ostdeutsche Identität“ gebe, die durch die Systemtransformation trotz entsprechend positiver Eigenschaften ausgelöscht werden solle. Diese „ostdeutsche Identität“ wird in Zusammenhang gebracht mit der Lebensleistung der ostdeutschen Bürger zwischen 1945 und 1990, also zu Zeiten der DDR, die heute „entwertet“ werde. Die Ostdeutschen würden „enteignet“ und „kolonialisiert“, ihre Lebensleistung vom arroganten Kapitalismus „platt“ gemacht.

Nichts davon stimmt: Von 16 Millionen Menschen in der DDR waren allenfalls zwei Millionen Mitglieder der SED. Für die weitaus meisten übrigen bestand die tägliche Herausforderung darin, mit den Widrigkeiten der Diktatur zurecht zu kommen, die Produktion und einen halbwegs funktionierenden Wirtschaftskreislauf trotz der Unfähigkeit der Zentralverwaltungswirtschaft in Gang zu halten, das Überleben der Familie in der steilen Mangelwirtschaft zu organisieren, sich vor der Staatssicherheit in Acht zu nehmen. Die Beschädigung ihrer Lebenswege, den Verlust an möglichem Wohlstand, an Meinungs- und Reisefreiheit verdanken sie nicht etwa dem Kapitalismus, sondern der SED.

#### Argumentationshinweis:

Kritik an einer Diktatur beleidigt nicht jene Menschen, die notgedrungen unter ihr leiden müssen. Man stelle sich vor, ein Sozialdemokrat, der die zwölf Jahre der NS-Diktatur bei innerem Widerstand, aber vorsichtshalber schweigend überstanden hat, müsste sich nach 1945 ausgerechnet von ehemaligen Funktionären der NSDAP anhören, Kritik am Dritten Reich beleidige seine Lebensleistung. Was würde der Mann davon halten?

#### 4.4.2. Selektive Wahrnehmung und maßstabloser Vergleich

Selektive Wahrnehmungen und maßstabloser Vergleich sind Agitationsmuster, die sich vor allem im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der SED- und DDR-Geschichte in der PDS festgesetzt haben. Sie dienen in allererster Linie der Relativierung von SED-Unrecht und damit der versuchten Reinwaschung der Partei. Dabei werden verschiedene Techniken miteinander kombiniert: Zum einen werden wesentliche Aspekte der SED-Diktatur wie z.B. systematische Menschenrechtsverletzungen entweder ganz ausgeblendet oder zumindest „niedrig gehängt“ und mithin eher als Randerscheinungen dargestellt. Umgekehrt werden Fehlleistungen in westlichen Demokratien als übliche Geschehnisse und mithin als systemtypische Fehler dargestellt. In der Darstellung werden so die Ereignisse nivelliert, ihre wesentlichen Unterschiede systematisch verwischt. Ein klassisches Beispiel dafür ist die Nivellierung des Schießbefehls an der innerdeutschen Grenze durch den Hinweis, dass auch die Grenzsicherungseinheiten anderer Staaten im Zweifel im Rahmen der gegebenen Vorschriften von der Schusswaffe Gebrauch machen dürften, was Ausdruck staatlicher Souveränität und insofern völkerrechtlich völlig unbedenklich sei. Das „Argument“ „übersieht“, dass Demokratien abwanderungswillige Bürger natürlich ziehen lassen, während die DDR sie in den Rücken schoss.

Man sieht, dass die Nivellierung mit einem anschließenden Vergleich unvergleichbarer Sachverhalte einher geht. Das erwünschte Ergebnis ist der beim Zuhörer erzeugte Eindruck, dass vergleichbare, eben vergleichene Sachverhalte dann auch irgendwie ein Stück weit „gleich“ sein müssten.

Der Effekt wird erzielt durch die bewusste Missachtung intellektuell redlicher Vergleichsmaßstäbe. Dabei werden zum einen schon die formalen Vergleichsmaßstäbe verletzt, d.h. es werden auf einer Ebene der Sachverhalte buchstäblich Äpfel mit Birnen verglichen. Zum anderen wird die normative Vergleichsebene ausgeblendet. Formal ist z.B. zutreffend, dass beide deutsche Staaten Nachrichtendienste unterhielten. Dass sie in einem Fall allerdings rechtsstaatlich kontrolliert dem Schutz der auswärtigen Interessen und der inneren Demokratie dienten (Gesamtstärke bei 60 Millionen Einwohnern rund 11.000 Mitarbeiter), im anderen aber der gewaltsamen Aufrechterhaltung einer Diktatur (Gesamtstärke bei 16 Millionen Einwohnern rund 100.000 Mitarbeiter, also etwa das Vierzig-

fache), ist nicht nur auf der Zahlen-, sondern auch auf der Bewertungsebene sehr wohl ein entscheidender Unterschied.

Solche Argumentationstricks sind offenbar nicht das Privileg früherer SED-Funktionäre, denn auf dem Fusionsparteitag zur „Linken“ leistete sich Oskar Lafontaine ein besonders krudes und plakatives Beispiel, als er ausführte, die Partei „[...] fühlt sich dem Erbe derer verpflichtet, die als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der DDR eingesperrt waren wie den Kommunistinnen und Kommunisten, die in der Bundesrepublik eingesperrt und verfolgt wurden. Beides gehört zusammen, und beides muss gesagt werden.“ Nein, beides gehört ganz und gar nicht zusammen. Und gesagt werden muss, dass, wer solche Ungeheuerlichkeiten äußert, die Technik des maßstablosen Vergleichens bestens beherrscht.

Zum einen: Sozialdemokraten wurden in der frühen DDR nicht nur eingesperrt, sondern auch umgebracht. Nach der Zwangsvereinigung zur SED kamen 2.220 von ihnen allein im „Gelben Elend“ in Bautzen um. Dies sind die bisher feststehenden Zahlen, die tatsächlich dürften um ein Vielfaches höher liegen, wenn man andere Haftanstalten einbezieht.

Kommunisten in Westdeutschland wurden im Vergleich dazu nicht nur ebenfalls eingesperrt, sondern auch – wie Lafontaine betont – verfolgt. Die Enquete-Kommission des Bundestages hat festgestellt, dass es zu rund 125.000 Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder oder Sympathisanten der KPD gekommen war. Um die 4 %<sup>12</sup>, also rund 5.000 wurden rechtskräftig verurteilt, natürlich durchaus nicht alle zu Freiheitsstrafen, die wiederum häufig genug zur Bewährung ausgesetzt wurden. Umgebracht wurde selbstverständlich niemand. Schon auf der Faktenebene sind rechtsstaatliche Freiheitsstrafen in Demokratien und der Justizterror einer stalinistischen Diktatur nicht vergleichbar.

Aber darüber hinaus: Wer solche Sachverhalte in eins setzt, offenbart auch seine völlige Unfähigkeit, zwischen Recht und Unrecht zu unterscheiden – eine in der „Linken“ äußerst häufig anzutreffende Eigenschaft. Die in der DDR verfolgten und inhaftierten Sozialdemokraten stritten für Demokratie und Freiheit, sie hatten unter moralischen Gesichtspunkten keinerlei Schuld auf sich geladen – im Gegenteil. Die in der Bundesrepublik inhaftierten Kommunisten kämpften hingegen für die Errichtung einer stalinistischen Diktatur und – damit implizit auch wieder für die

Verfolgung von Sozialdemokraten, zu der es auch im Westen gekommen wäre, wenn die KPD ihre Ziele erreicht hätte. Solche Verräter an Demokratie und Menschenrechten mit Widerstandskämpfern oder Opfern einer Diktatur gleichzusetzen, offenbart nicht nur geringe, sondern ganz grundsätzliche moralische Defizite.

#### Argumentationshinweise:

Bestimmte Muster des maßstablosen Vergleichens und der propagandistischen und dann auch moralischen Nivellierung tauchen bei der „Linken“ gehäuft auf, wo es um die Abwehr des Vorwurfes geht, die DDR ein Unrechtsstaat gewesen, z.B.:

- Es habe Ansätze von Rechtsstaatlichkeit in der DDR gegeben: Falsch, denn wo formal Rechtswege eröffnet wurden, konnten Partei und Staatssicherheit jederzeit nach Belieben in das Verfahren eingreifen. Das Prinzip der „führenden Rolle der Partei“ setzte die Verfassung und alle Gesetz regelmäßig außer Kraft.
- Im Unterschied zur verbreiteten Arbeitslosigkeit im Westen habe es dergleichen in der DDR nicht gegeben: Formal gesehen ist das richtig, denn es gab in einer ineffizienten Zentralverwaltungswirtschaft stets Arbeitskräftemangel. Wie in jedem Zwangsarbeitslager gab es deshalb auch in der DDR de facto keine Arbeitslosigkeit – mit dem Schönheitsfehler, dass die Arbeitenden für die Früchte ihres Fleißes nichts oder nur weitgehend wertloses Geld erhielten.
- Nach der deutschen Einheit habe die BRD „Vereinigungsunrecht“ verübt, indem sie früher „systemnahe Personen“ grundrechtswidrig in ihren politischen Rechten bzw. ihren Rentenansprüchen beschnitten habe. Hier liegt eine Nivellierung sowohl auf der faktischen als auch auf der moralischen Ebene vor: Moralisch konnte es keinen Anlass geben, die Täter der Diktatur für ihre Verbrechen auch noch mit üppigen Renten zu belohnen. Faktisch hat es eine moralisch notwendige Rentenkürzung nach etlichen Urteilen des BGH gar nicht mehr gegeben, im Gegenteil: Die Stasi- und Parteitäter aus der Zeit vor 1989 sind heute im Unterschied zu ihren früheren Opfern, deren Lebenswege sie zerstört haben, unter den besser verdienenden Rentnern zu finden.

Selektive Wahrnehmung und maßstabloser Vergleich sind Agitationsmittel, die in einer „Infotainment-Gesellschaft“ leicht einsetzbar sind, bis hin zur glatten Lüge, denn nur zu oft hat niemand die Zeit nachzufragen. Die „Eindampfung“ und Nivellierung der Diktatur kann indessen nur funktionieren, wenn die Demokraten den Geschichtsfälschern das Feld überlassen. Ein solides Wissen darüber, wie es im „ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat“ vor 1989 gewesen ist, hilft dagegen.

#### 4.4.3 Lob der Dialektik: Techniken politischer Täuschung

Der „dialektische Materialismus“ war nach offizieller SED-Doktrin „als allgemeine Theorie des Zusammenhangs und der Entwicklung sowie allgemeine Methode des Denkens und Handelns wesentlicher Bestandteil marxistisch-leninistischer Philosophie“, er galt nach offizieller kommunistischer Lesart als „eine der größten Errungenschaften des menschlichen Denkens“. <sup>13</sup> Tatsächlich nahm bis auf die Ideologie-Exegeten des Systems schon lange vor 1989 niemand mehr den Unsinn des Dialektischen Materialismus als angebliche Erkenntnistheorie ernst.

Gleichwohl sind die weitaus meisten SED-Kader in dieser „Denkweise“ geschult. Für die Zwecke politischer Agitation und Argumentation gibt es kaum eine Methode, mit der Aussagen so gezielt verunklart, Sachverhalte vergleichbar verdreht und klare Stellungnahmen so wirksam umgangen werden können. Eine Reihe von Grundannahmen des dialektischen Materialismus machen dies möglich: Er behauptet, alle Erscheinungen und Gegenstände ließen sich (1) nicht getrennt voneinander analysieren, sondern ständen in widersprüchlichem Bezug zueinander, (2) keine Erscheinung sei als statisch beschreibbar, sondern in steter Entwicklung und Wandlung begriffen, (3) diese Entwicklung vollziehe sich nicht in linearer Evolution, in einer Abfolge erkennbarer Ursachen und Wirkungen, sondern dergestalt in Gegensätzen, dass eine Sache oft schon den Keim ihrer inneren Widerlegung in sich trage; Form und Inhalt könnten auseinander treten.

Das alles sind philosophische Grundannahmen und rhetorische Argumentationsmuster, mit denen politische Aussagen praktisch beliebig geformt werden können.

Hintergrund: Wie die dialektische Verunklarung von Sachverhalten funktioniert

(1) *die Behauptung von der unauflösbaren gegenseitigen Bedingtheit der Dinge:* Auf den Vorwurf, die SED habe die Mauer errichtet und 16 Millionen Menschen dauerhaft eingesperrt, wird der Kommunist antworten, die seinerzeitige Erscheinung könne man nicht isoliert von ihren weltpolitischen Bedingungen beurteilen. Dazu gehörten das revanchistische Programm der Adenauer-Regierung, die DDR personell durch Abwerben von Fachkräften auszutrocknen, die imperialistische Umkreisung des sozialistischen Lagers, die Atmosphäre des vom Westen geschürten Kalten Krieges, der Wunsch, den sozialistischen Aufbau gegen die Konterrevolution zu schützen, etc. etc. Am Schluss bleibt von der Menschenrechtsverletzung pur et simple nichts Nennenswertes mehr übrig, die weltpolitischen Rahmenbedingungen haben die „Grenzsicherungsmaßnahme“ tragischerweise notwendig gemacht.

(2) *Die Beschreibung eines gegenwärtigen Zustandes trifft die Sache nicht, weil diese sich in einem ständigen Entwicklungsprozess befindet:* Die Behauptung, dass es in der DDR einen Mangel an Sanitäreinstellungen gegeben habe, wird der Funktionär zurückweisen mit dem Hinweis, dass die isolierte Betrachtung vorübergehender Versorgungsengpässe dem dynamischen Charakter der sozialistischen Wirtschaft nicht gerecht werde. Im Kontext der Entwicklung und Erfüllung des Fünfjahresplanes belegten schon die Planindikatoren, dass die sich stetig vervollkommnende sozialistische Produktionsweise der krisenanfälligen, anarchischen und lediglich kurzfristigem Profitdenken folgenden kapitalistischen weit überlegen sei. Momentaufnahmen, die sich als scheinbare Versorgungsengpässe darstellten, verfehlten daher das Wesen der Sache.

(3) *Dinge seien nicht automatisch mit ihrem äußeren Erscheinungsbild identisch. Form und Inhalt könnten auseinander treten, weil eine Sache stets schon den Keim ihrer dialektischen Widerlegung in sich trage:* Auf den Vorhalt, die westlichen Staaten hätten mit der Entspannungspolitik zum Frieden in Europa beigetragen, wird der Funktionär antworten, man dürfe die Erscheinungsform imperialistischer „Friedenspolitik“ nicht mit dem aggressiven Wesen des Monopolkapitalismus verwechseln. Tatsächlich sei die Entspannungspolitik eine Reaktion auf die gewachsene Stabilität und Macht des sozialistischen Lagers und zugleich ein besonders heimtückischer Versuch, durch Appelle an die bekannte Friedensliebe der sozialistischen Menschen deren Wachsamkeit gegenüber den revanchistischen Plänen des Imperialismus einzuschläfern.

Mit den verschiedenen Verfahren des dialektischen Argumentierens lassen sich eine Reihe von für den Agitator günstigen Effekten erzielen. Das dialektische Muster (1) nivelliert und relativiert klare Stellungnahmen so lange, bis am Schluss „irgendwie“ alles gleich und Unterschiede im Nebel dialektischer „Bedingtheiten“ und Zusammenhänge verdampft sind. Es versteht sich, dass dabei nicht genehme Zusammenhänge eher ausgeblendet und andere hervorgehoben werden. Das Ergebnis hat den Vorteil, dass es – weil eine identifizierbare Ursache fehlt – keine Vorhaltungen wegen irgendwelcher Fehlleistungen mehr geben kann; die Figur des verantwortlichen Verursachers und Täters verschwindet aus dem Denken; zur Relativierung kommunistischer Verbrechen ein sehr wirksames Verfahren.

Das Muster (2) vermeidet klare Aussagen und Wertungen und macht es möglich, auch offensichtlich kontrafaktische Behauptungen unter Verweis auf eine gegenläufige Entwicklungstendenz stehen zu lassen. Die analytische Beschreibung einer Sache erscheint als weitgehend verzichtbar, wenn sie sich ohnehin in ständigem Wandel befindet. Das Muster zu (3) schließlich mit seiner Behauptung vom Auseinandertreten des Wesens und der Form ermöglicht es, buchstäblich ein X für ein U vorzumachen: Wenn ein sozialistischer Überfall gar keine Aggression, sondern seinem Wesen nach die Unterstützung einer Befreiungsbewegung war, dann kann auch eine humanitäre Intervention, die der Verhinderung eines bereits in Lauf gesetzten Völkermordes dient, zum „völkerrechtlichen Angriffskrieg“ umgedeutet werden – selbst wenn sie gewaltlos verlaufen sollte.

Wer diese dialektischen Argumentationsverfahren beherrscht, genießt gerade in Diskussionen, bei denen nicht kritisch nachgefragt wird, einen erheblichen Vorteil und hat die Möglichkeit, sich unerwünschten Aussagen weitgehend zu entziehen.

Nehmen wir zwei ältere – durchaus weniger subtile – Beispiele aus der Argumentationstechnik Gregor Gysis: „Ich stehe zu Lenin aus vielen Gründen auch nicht unkritisch, wobei ich ihn auch nicht verdammen würde – seine Imperialismus-Analyse war zum Beispiel hervorragend, wobei da auch nicht alles stimmte.“

Weiß der Leser nach dieser Aussage von Gysi (*junge Welt* vom 3. September 1990, Hervorhebungen nicht im Original), ob sich der PDS-Reformer nun gegen den Schöpfer der sowjetischen Diktatur wendet

oder ihn vielmehr doch bewundert? Ähnlich verhält es sich mit der Position des damaligen PDS-Vorsitzenden zu Hausbesetzungen – ein heikles Thema, denn sie sind einerseits illegal, gehören aber andererseits zum Modus operandi gewaltbereiter linker Gruppen, welche die Partei als Bündnispartner nicht vergraulen wollte. Heraus kommt schon fast eine Argumentationshilfe für Rechtsbrüche im außerparlamentarischen Kampf:

„Wir denken immer, jede Aussage muss so klar wie möglich sein. Das ist aber ein Irrtum. Ja, man kann sehr wohl sagen: Ach wissen Sie, was nun die Besetzung betrifft, sie verstößt sicherlich gegen Normen, das will ich nicht in Abrede stellen. Aber wissen Sie, für mich ist interessant, was dabei herauskommt, und wie ich zu den Forderungen stehe und ob ich dafür bin, dass Wohnraum sozusagen vernichtet wird, d.h., ich habe doch z.B. das Recht zu erklären, dass eine Rechtsfrage für mich nicht so wichtig ist. Dabei sage ich überhaupt nicht, ob ich dafür oder dagegen bin, sie im Prinzip einzuhalten.“ (PDS – eine neue Partei?, Erneuerungskonferenz der PDS, Berlin 8./9. September 1990, S. 112)

- 1| *Deutscher Bundestag, Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zu dem Überprüfungsverfahren des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi gem. § 44b Abs. 2 Abgeordnetengesetz, vom 29.05.1998, Drucksache 13/10893, S. 3.*
- 2| *Gregor Gysi, Das war's. Noch lange nicht. Autobiographische Notizen, Düsseldorf 1995, S. 41,42.*
- 3| *Deutscher Bundestag, a.a.O., S. 11.*
- 4| *Gysi, Das war's noch lange nicht, a.a.O., S. 34.*
- 5| *Ebenda, S. 33*
- 6| *So in der Erinnerung des Havemann-Freundes Manfred Wilke, in: Die Welt vom 15.07.2008.*
- 7| *Gysi, Das war's noch lange nicht, S. 137.*
- 8| *Bericht zweier SED-Reisekader, Oktober 1968, zit. nach Jochen Staadt, Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970, Berlin 1993, S. 252.*
- 9| *Heinrich Bortfeld in einem Bericht zum 1. Parteitag der „Linken“ in Cottbus, in: Deutschland-Archiv 4/2008, S. 591-595, zit. S. 593. Bortfeld ist Mitglied der „Linken“.*
- 10| *Zu den verschiedenen Erscheinungsformen des Phänomens in Europa vgl. Frank Decker (Hrsg.), Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv, Wiesbaden 2006, zum „Linken“ besonders S. 206-211.*
- 11| *Im Unterschied zur damaligen KPD zeigt „Die Linke“ allerdings nicht jene „kämpferisch-aggressive Grundhaltung“ gegen die grundgesetzliche Ordnung, die Voraussetzung für ein Parteiverbot ist. Aber der Trick mit der Verschiebung der revolutionären Perspektive entlastet eben nicht vom Vorwurf der extremistischen Ausrichtung.*

- 12| *Zahlen nach Diether Posser, „Gab es ‚politische Strafverfolgung‘ in der Bundesrepublik Deutschland in den 50er und frühen 60er Jahren, und wie wurde die Problematik von der SED instrumentalisiert“, in: Materialien der Enquete-Kommission des 13. Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit, Baden-Baden 2000, S. 2205-2245, hier S. 2238 f.*
- 13| *So das von Georg Klaus und Manfred Buhr herausgegebene Marxistisch-Leninistische Wörterbuch der Philosophie, hier zit. nach der westlichen 2. Auflage, Hamburg 1975, S. 269 und 275.*

## 5. ERGEBNISSE: WIE UMGEHEN MIT DER „LINKEN“?

„Die Linke“ ist ebenso wie ihre Vorgänger keine bloße Protestpartei am linken Rand des Parteienspektrums. Sie ist auch nicht nur Oppositionspartei, wie ihr Spruch aus den 1990er Jahren „Veränderung *beginnt* mit Opposition“ absichtsvoll verschleierte. Sie ist eine ernstzunehmende gesellschaftliche Kraft, die über die *Vision einer qualitativ anderen Gesellschaftsordnung* verfügt und sich dezidierte Konzeptionen für einen Weg dorthin zurechtgelegt hat. Dies entspricht einerseits Traditionen linker und marxistischer Parteien, ihre Politik konzeptionell und theoretisch zu fundieren. Deshalb sind die Programme der „Linken“ ernst zu nehmen. Sie enthalten – bisweilen in verschlüsselter Form – die Fern- und Endziele der Partei. Andererseits ist „Die Linke“ Rest einer Regierungspartei, die völlig gegen ihren Willen 1989 von der absoluten Macht getrennt wurde. Da sie ihr Ziel, eine irgendwie geartete „sozialistische“ Gesellschaft nicht aufgegeben und ganz ausdrücklich auch nicht als historisch diskreditiert verworfen hat, arbeitet sie an der Chance zu einem neuen Anlauf.

Wie die Programme verraten, will sie dabei versuchen, die schweren Entgleisungen des „ersten Versuchs“ von 1917 bis 1989 zu vermeiden. Dennoch sind viele ihrer politischen „Essentials“ im Kern nur Variationen zum gescheiterten Real-

sozialismus. Innerhalb einer Gesamtkonzeption verwirklicht, würden sich ihre Folgen nicht sehr stark von diesem unterscheiden.

Die Partei hat aber zugleich bestimmte, ihr bisher fremd gewesene Institutionen als *manchmal schätzenswert*, aber *fast immer als nützlich* oder *zumindest nutzbar* erkannt. Dazu gehören Meinungs- und Reisefreiheit, rechtsstaatliche Verfahren, auch die Produktivität und Innovationsfähigkeit marktwirtschaftlicher Ordnungen. Es darf unterstellt werden, dass sie diese Institute nicht beseitigen würde, solange sie sich unter den Vorbehalt sozialistischer Politik stellen ließen. Damit bleiben sie aber gegenüber der sozialistischen Vision sekundär: Die tragenden Säulen der westlich-demokratischen Verfassungsordnung hat die Partei nicht als solche akzeptiert.

Daran hat der Zulauf ihrer WASG-Komponente nichts Wesentliches geändert. In ihr sind zwar auch ehemalige Sozialdemokraten und enttäuschte Gewerkschafter vertreten, für die Demokratie als Lebensform selbstverständlich ist. Andererseits findet man zahlreiche offen verfassungsfeindliche kommunistische West- und Restextremisten, deren politische Identität von unbeirrbarer Feindseligkeit gegenüber demokratischen Ordnungen gezeichnet ist.

Auf der anderen Seite haben zahllose Kommunalpolitiker der PDS bzw. der „Linken“ sich in nahezu zwanzig Jahren an demokratische *Verfahren* gewöhnt. Damit kann, muss aber nicht, eine *inhaltliche Akzeptanz* der mit ihnen verbundenen Werte verbunden sein. Es wäre demnach verkehrt, jeden PDS-Anhänger in den neuen Bundesländern schlicht mit dem Stempel „Extremist“ ausgrenzen zu wollen.

An dieser Stelle kommen die *Last der Geschichte* und der *Mentalitäten* ins Kalkül. Vierzig Jahre realer Sozialismus haben seine aktiven Befürworter und früheren Betreiber mit einer *mentalen und ideologischen Legierung* versehen, die nur wenige bewusst aufbrechen und hinter sich lassen konnten. Reflexe und Gewohnheiten, die ihr Handeln und Denken steuern, bleiben davon geprägt. „Zwar würden es sich“, schrieb Christian von Ditfurth in seiner 1998 erschienenen einfühlsamen Analyse, „fast alle PDS-Genossen verbitten, würde man sie als Stalinisten titulieren. Aber die meisten denken nach wie vor in Stalins Kategorien.“<sup>1</sup> Bei einem Teil dieser Menschen wird man das nicht mehr ändern können. Aber Aufgabe aller Demokraten ist, erstens solche Mentalitäten so oft und so nachhaltig

wie möglich zu erschüttern und zweitens ihre Übertragung auf künftige Generationen zu verhindern.

Der *Last der Geschichte* hat sich die PDS zunächst stellen wollen, ist aber mit ihrer „Geschichtsaufarbeitung“ schon nach wenigen Jahren auf halbem Wege hängengeblieben. Stolperdrähte gab es genug: Da wurde Stalin geächtet, Lenin aber als Vorbild behalten. Da wurde das Ergebnis der DDR als unerfreulich akzeptiert, nicht aber ihre Gründung. Zwar wurden die Exzesse der SED-Herrschaft eingeräumt, nicht aber ihr alltägliches Funktionieren als Diktatur analysiert. Und die eigene Biografie ließ sich angenehm entlasten, wenn man die propagandistische Selbstdarstellung der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ als nach 1990 vom Kapitalismus kolonialistisch beseitigte Realität ausgab. Dialektisch formuliert: Die PDS ist bei der Geschichtsaufarbeitung überall am plakativen Schein der Oberfläche des Realsozialismus orientiert, hat sich dem Kern und Wesen der Probleme aber nicht gestellt.

Man darf vermuten, dass dies keineswegs unbeabsichtigt geschah. Der empirisch messbare Effekt einer Weichzeichnung der SED-Diktatur funktionierte nicht nur bei Kadern, Mitgliedern und Anhängern der PDS, sondern auch beim Durchschnittsbürger der neuen und – seltener – der alten Bundesländer. Bleibt zu erwähnen, dass positive DDR-Bilder natürlich am ausgeprägtesten bei Menschen vorkommen, die sich politisch der „Linken“ nahe fühlen.

Aus diesem Zusammenhang zwischen mangelnden oder faktisch falschen Geschichtskennntnissen, mentalen Prägungen und ihrem Fortbestand auch nach zwanzig Jahren ergibt sich:

*Erstens:* Im Kontext einer sachlichen und fairen Auseinandersetzung mit der „Linken“ kommt man ohne gefestigtes Wissen darüber, was der gescheiterte reale Sozialismus war und wie er funktionierte bzw. warum er nicht funktionierte, nicht aus. Dies gilt auch für den Westen der Republik, der die 20 % plus an PDS bisher offenbar für ein Problem der neuen Bundesländer gehalten hatte.

*Zweitens:* Die Mentalitätslasten früherer SED-Mitglieder sollte man konsequent in Rechnung stellen und gegebenenfalls auch erwähnen, andererseits aber auch verständig und gelassen bewerten. Letzteres gilt nicht für „West-Linke“, die aus extremistischen Gruppen stammen und oft

über Jahrzehnte westlichen Komfort mit Mitgliedschaften in SED-finanzierten Vereinen oder Zusatzverdiensten aus der Hauptverwaltung Aufklärung von Markus Wolf verbanden.

*Drittens:* Im Übrigen ist sorgfältigst zu unterscheiden zwischen Kadern, Mitgliedern und erklärten Anhängern einer im Kern extremistischen Partei einerseits und ihren Wählern andererseits. Selbst unter den Mitgliedern und Anhängern wird man Menschen treffen, die insofern schuldlos handeln, als sie bisher im Missverständnis über zentrale Werte der Demokratie verharren oder auch das Programm „ihrer“ Partei in seinen Konsequenzen nicht überblicken. Oft werden sie sich – durch Gewöhnung an die tägliche Praxis der Demokratie – in ihrem Handeln kaum von den Anhängern demokratischer Parteien unterscheiden. Das gilt erst recht für die Wähler, denen sich „Die Linke“ als normale, inzwischen etablierte und reputierliche Partei darbietet. Diese falsche Vorstellung zu erschüttern, ohne in Exorzismus oder unsachlichen Antikommunismus zu verfallen, ist Aufgabe politischer Bildung und kann in offener Diskussion mit einer Partei geschehen, deren Ziele oft genug nicht kritisch genug hinterfragt wurden.

Für den Diskurs stehen *verschiedene Ebenen* zur Auswahl. Eine Kritik auf der Grundsatz- und Werteebene muss das *Geschichts- und Demokratiebild* der „Linken“ thematisieren. Das ist anspruchsvoll, denn marxistische Theorien sind nicht auf Stammtischniveau, sondern auf höheren Abstraktionsebenen angesiedelt.

Nicht nur, weil „Die Linke“ sich in Teilen ihrer Agitation auf populistische Irrwege begeben hat, die für eine linke Partei eigentlich unwürdig ist, kann als zweite Ebene der Auseinandersetzung die *Politikfolgenanalyse* gewählt werden. Was passiert eigentlich, wenn eine oder mehrere der ständig erhobenen praktischen Forderungen der Partei realisiert werden? Wo geht die Partei eigentlich ganz ungeniert von falschen Voraussetzungen oder Zahlen aus, wo verschweigt sie die Kollateralschäden ihrer Vorschläge?

Bei der Diskussion ist es falsch, in Emotionen zu verfallen oder ob mancher Zumutungen einfach zu schweigen. Mit einem ernst zu nehmendem Gegner muss die Diskussion argumentativ, d.h. mit begründeten und begründenden Aussagen geführt werden. Fast immer gibt es rationale Argumente gegen Ideen und Forderungen der „Linken“.

Nur gegen eine nicht, bei der sich die Partei eine berühmte Formulierung von Karl Marx zu eigen gemacht hat: Alle Verhältnisse abzuschaffen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.<sup>2</sup> Dieser Forderung kann man schon deshalb nicht widersprechen, weil sie für deutsche Verhältnisse im Wesentlichen als erfüllt gelten kann. Seit November 1989.

1| Christian van Ditfurth, *Ostalgie oder linke Alternative. Meine Reise durch die PDS, Köln 1998, S. 43.*

2| Karl Marx, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: MEW 1, 385.*

#### ANHANG: PROGRAMMDOKUMENTE DER PDS BZW. DER „LINKEN“

- *Wahlprogramm der Linken Liste/PDS, beschlossen auf dem gesamtdeutschen Wahlkongress der Linken Liste / PDS in Berlin, 15./16. September 1990, zit.: „PDS-Programm 1990“*
- *Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, beschlossen auf der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS, 29. bis 31. Januar 1993, zit.: „PDS-Programm 1993“*
- *Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, beschlossen von der 2. Tagung des 8. Parteitages der PDS am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, zit.: „PDS-Programm 2003“*
- *Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. (Hrsg.), Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997, zit.: „PDS-Programmkommentar“*
- *Wahlprogramm Bundestagswahl 2005, beschlossen von der 2. Tagung des 9. Parteitages am 27. August 2005, zit.: „PDS-Bundestagswahlprogramm 2005“*
- *Programmatische Eckpunkte – Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE, Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24. und 25. März 2007, Teile 1 und 2, zit.: „Programmatische Eckpunkte“*
- *Das 100-Punkte-Programm, herausgegeben von der Fraktion der „Linken“ im Bundestag, 20. Mai 2008, zit.: „100 Punkte-Programm“*

## DER AUTOR

*Dr. Rudolf van Hüllen studierte Politische Wissenschaften, Neuere Geschichte und Jura. Magister Artium und Promotion in Bonn. Nach Tätigkeit in der Politischen Bildung war er von 1987 bis 2006 Referent/Referatsleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln.*